

Der britische Kohlenbergbau

Voraussetzungen und Gründe der Nationalisierung

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel
vorgelegt

von

GUSTAV ERIC GRISARD

von Basel und Villeret



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548804_0003

Der britische Kohlenbergbau

Voraussetzungen und Gründe der Nationalisierung

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel
vorgelegt

von

GUSTAV ERIC GRISARD

von Basel und Villeret



Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag des Herrn Professor Dr. EDGAR SALIN

Basel, den 26. Januar 1956

Prof. Dr. H. FUCHS
Dekan

Die vorliegende Arbeit erscheint gleichzeitig als Buchhandelsausgabe in der Reihe
«Staatswissenschaftliche Studien», herausgegeben von EDGAR SALIN und V. F. WAGNER,
Neue Folge, Band 31, Polygraphischer Verlag Zürich

MEINEN ELTERN

ALLGEMEINE INHALTSANGABE

EINLEITUNG

1. Kapitel: Problemstellung	11
2. Kapitel: Die Bedeutung der Kohlenindustrie für England	13

ERSTER HAUPTTHEIL

GRÜNDE DER NATIONALISIERUNGSREIFE

3. Kapitel: Natürliche Bedingungen	16
4. Kapitel: Rechtliche Bedingungen	34
5. Kapitel: Ökonomische Bedingungen	41
6. Kapitel: Soziologische Bedingungen	49

ZWEITER HAUPTTHEIL

DER ZUG ZUR NATIONALISIERUNG

7. Kapitel:	Ursachen des Nachfragerückgangs	60
8. Kapitel:	Wandlungen im innern Aufbau des Kohlenbergbaus	70
9. Kapitel:	Maßnahmen zur Reorganisation	85
10. Kapitel:	Das Versagen im zweiten Weltkrieg	97

SCHLUSS

NATIONALISIERUNG UND ZUKUNFTSAUSSICHTEN

11. Kapitel: Nationalisierung und Ergebnisse	104
12. Kapitel: Zukunftsaussichten des britischen Kohlenbergbaus	115

ANALYTISCHE INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Allgemeine Inhaltsangabe	5
Analytische Inhaltsübersicht	6
Vorwort	9

EINLEITUNG

<i>1. Kapitel: Problemstellung</i>	11
<i>2. Kapitel: Die Bedeutung der Kohlenindustrie für England</i>	
1. Die Bedeutung der Kohlenindustrie im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts	13
2. Die Bedeutung der Kohlenindustrie nach dem zweiten Weltkrieg	15

ERSTER HAUPTTEIL

GRÜNDE DER NATIONALISIERUNGSREIFE

Einleitung	16
<i>3. Kapitel: Natürliche Bedingungen</i>	
– Einleitung	16
1. Deskriptive Analyse der geographischen und geologischen Bedingungen in England und den englischen Kohlendistrikten	18
a) Die Lage der Kohlenvorkommen	18
b) Die geologischen Abbaubedingungen	20
c) Die Qualität der gewonnenen Kohle	22
d) Zusammenfassung	23
2. Auswirkungen der natürlichen Bedingungen auf die Entwicklung der englischen Kohlenindustrie	26
3. Natürliche Mannigfaltigkeit und Kartellbestrebungen	31
<i>4. Kapitel: Rechtliche Bedingungen</i>	
– Einleitung	34
1. Die Entwicklung des «Bergrechts» in England im Vergleich zu Frankreich und Deutschland	35
2. Wirtschaftliche Auswirkungen der bergrechtlichen Eigenheit Englands	37
3. Folgen der Zersplitterung	39
<i>5. Kapitel: Ökonomische Bedingungen</i>	
– Einleitung	41
1. Die Rolle des Kohlenbergbaus im Rahmen der frühen und raschen Entwicklung der britischen Volkswirtschaft	41
2. Die Kohlenindustrie im «Prozeß der schöpferischen Zerstörung»	43

3. Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf die innerwirtschaftliche Struktur des englischen Kohlenbergbaus	43
– Die Auswirkungen im allgemeinen	43
a) Unökonomische Abbaumethode und Organisationsform	46
b) Geringe Mechanisierung	47
c) Sinkende Produktivität	47
4. Weitere strukturelle Eigenheiten der britischen Volkswirtschaft	48
a) Das englische Bankensystem	48
b) Die Stellung des Kohlenbergbaus zum Kohlenhandel	48
c) Die Vielheit der Transportmittel	49
 <i>6. Kapitel: Soziologische Bedingungen</i>	
1. Die soziale Lage der Bergarbeiter im 18. und 19. Jahrhundert	49
2. Soziale Lage der Bergarbeiter und Entwicklung der Kohlenindustrie	51
– Einleitung	51
a) Mechanisierung und Produktivität	52
b) Tendenz zum Zusammenschluß	53
c) Ruf nach Nationalisierung	54
d) Arbeitsbeziehungen	55
– Zusammenfassung	57

ZWEITER HAUPTTEIL

DER ZUG ZUR NATIONALISIERUNG

Einleitung	58
----------------------	----

7. Kapitel: Ursachen des Nachfragerückgangs

– Allgemeine Ursachen	60
1. Die Auswirkungen des ersten Weltkrieges	62
2. Die Nachkriegstendenzen	63
3. Die Wandlungen im Verbrauch von Kohle	65
– Die Konsumwandlungen im allgemeinen	65
a) Bevölkerungs- und Industriewachstum	66
b) Wettbewerb anderer Energieträger	66
c) Rationalisierung des Verbrauchs	67
4. Autarkiebestrebungen in der Kohlenwirtschaft	68
– Zusammenfassung	69

8. Kapitel: Wandlungen im innern Aufbau des Kohlenbergbaus

– Einleitung	70
1. Natürliche Bedingungen	71
a) Verschlechterung von Abbaubedingungen und Qualität	71
b) Der standortsbedingte Konkurrenzkampf zwischen den Distrikten	72
2. Rechtliche Bedingungen	77
3. Ökonomische Bedingungen	78
4. Soziologische Bedingungen	82
– Zusammenfassung	84

9. Kapitel: *Privatwirtschaftliche und staatliche Maßnahmen zur Reorganisation der Kohlenindustrie*

– Die Gegenmaßnahmen im allgemeinen	85
1. Privatwirtschaftliche Maßnahmen	86
a) Die South-Wales Coal Marketing Association	86
b) Das Scottish Coal Marketing Scheme	87
c) Das Five Counties Scheme	87
d) Bilanz der Zusammenschlüsse	88
2. Staatliche Interventionen	89
– Die staatlichen Interventionen im allgemeinen	89
a) Der staatliche Kartellierungsversuch	92
b) Die staatliche Konzentrationsförderung	94
c) Die Bilanz der staatlichen Eingriffe	95
– Zusammenfassung	97
10. Kapitel: <i>Das Versagen der Kohlenindustrie im zweiten Weltkrieg</i>	
– Die Entwicklung im zweiten Weltkrieg im allgemeinen	97
1. Der fortgesetzte wirtschaftliche Niedergang	98
2. Das System der Regierungskontrolle	100
3. Reorganisationspläne am Ende des zweiten Weltkrieges	101
– Zusammenfassung	102

SCHLUSS

NATIONALISIERUNG UND ZUKUNFTSAUSSICHTEN

Einleitung	104
11. Kapitel: <i>Nationalisierung und Ergebnisse</i>	
1. Die Ausgangslage der Verstaatlichung	104
2. Die Organisation der verstaatlichten Kohlenindustrie	107
3. Resultate der Verstaatlichung	107
4. Gründe des Zurückbleibens	111
12. Kapitel: <i>Zukunftsaussichten des britischen Kohlenbergbaues</i>	115
Literaturverzeichnis	127
– Allgemeine Literatur	127
– Staatliche Publikationen	130
– Gesetze	130
– Periodica	131

Vorwort

Mit dem Stichtag 1. Januar 1947 wurde der englische Kohlenbergbau vom Staat übernommen. Im Gegensatz zu den andern Verstaatlichungsprojekten der englischen Labour Party handelte es sich hierbei nicht zur Hauptsache um die Erfüllung einer abstrakten Doktrin, sondern vielmehr um eine wirtschaftlich gerechtfertigte und allgemein anerkannte Notwendigkeit. Das zeigt sich allein schon darin, daß die Kohlenindustrie – im Gegensatz zur Eisen- und Stahlindustrie und zum Straßentransport – von den Konservativen nach ihrer Machtübernahme im Jahre 1951 nicht wieder entstaatlicht worden ist.

Diese wirtschaftliche Notwendigkeit als «Voraussetzung der Verstaatlichung» ist einzig aus der Geschichte des britischen Kohlenbergbaus zu verstehen. Ein großer Teil dieser Arbeit legt daher die aus ökonomischen, soziologischen und politischen Verknüpfungen sich ergebende historische Entwicklung dar, ohne aber eine rein deskriptive Geschichte des britischen Kohlenbergbaus zu sein. Es ist vielmehr versucht worden, mit Hilfe eines theoretischen Begriffsystems an die historische Wirklichkeit heranzutreten, um durch Abstraktion von Einmaligkeiten und Zufälligkeiten auf die Hintergründe der Nationalisierung zu stoßen und deren Wirkungen auf die Entwicklung des Kohlenbergbaus zu beleuchten. In bezug auf das Problem der Bergarbeiter hat sich das nach dem Abschluß, doch vor der Drucklegung meiner Arbeit erschienene Werk von George B. Baldwin: *Beyond Nationalisation, The Labor Problems of British Coal*, das gleiche Ziel gesteckt, und ist auch zu ähnlichen Resultaten gelangt.

Es ist mir eine angenehme Pflicht, allen denjenigen, die mich während meines Englandaufenthaltes durch Material und Auskünfte unterstützt haben, an dieser Stelle verbindlichst zu danken. Besonderes Entgegenkommen bewiesen mir das Public Relations Department des National Coal Board und die Bibliothekare der Labour- und Konservativen Partei. Besonders herzlichen Dank möchte ich aber meinen verehrten Lehrern an der Universität Basel, der London School of Economics und vor allem Herrn Professor Dr. Edgar Salin aussprechen, der mir die Anregung zur vorliegenden Arbeit gegeben hat und mir auch stets mit seinem wertvollen Rat zur Seite gestanden ist.

Einleitung

1. Kapitel

Problemstellung

Als Grundlage aller wirtschaftlichen Betätigung im Hochkapitalismus steht der Kohlenbergbau im Mittelpunkt jeder wirtschaftspolitischen Diskussion, und infolge der mit dem Abbau verbundenen Gefahren bietet er auch ein weites Feld für sozialpolitische Maßnahmen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß bereits am Ausgang des 19. Jahrhunderts die Nationalisierung dieser wichtigen Basisindustrie ins Programm der aufstrebenden sozialistischen Bewegungen vieler Länder aufgenommen und seither mit aller Vehemenz gefordert worden ist.

Die Nationalisierung des britischen Kohlenbergbaus hingegen ist keineswegs allein die Folge dieses dogmatisch-sozialistischen Ideengutes und befindet sich deshalb in einem scharfen Gegensatz zu den andern Verstaatlichungsprojekten¹, die von der englischen Labour-Party von 1945–1951 durchgeführt worden sind. Sie war vielmehr zur Hauptsache wirtschaftlichen Motiven entsprungen und leitete die dringend notwendige und allseits erwartete Reorganisation der vor dem Zusammenbruch stehenden Kohlenindustrie in die Wege. Diese Tatsache kann nur aus der fast ein- und einhalb Jahrhunderte alten «Geschichte» des englischen Kohlenbergbaus verstanden werden. Vorerst soll deshalb ein gedrängter geschichtlicher Überblick die notwendige Grundlage vermitteln, auf der die weitere Untersuchung aufbauen kann.

Die ersten Ansätze des Kohlenbergbaus im Sinne der kapitalistischen Kohlenindustrie reichen in das 18. Jahrhundert zurück. Seine Geschichte beginnt mit der industriellen Revolution, mit der Möglichkeit, Kohlen in größerem Stile auch im Bergbau zu gewinnen, und der Gelegenheit, sie in immer steigenden Mengen an die sich vergrößernde Industrie zu verkaufen. Wohl sind schon im 10. Jahrhundert² an einzelnen Stellen Kohlen abgebaut worden, wohl hat seit dem 13. Jahrhundert die Kohle als Brennstoff eine gewisse Bedeutung erlangt und wohl werden bereits im 16. Jahrhundert Kohlen aus dem Gebiet von Newcastle exportiert — doch ist all das als Vor-

¹ Neben der Kohlenindustrie sind folgende Wirtschaftszweige nationalisiert worden: Lufttransport (1946), Schienen- und Straßentransport (1948), Elektrizitätsproduktion (1948), Gasproduktion (1949), Eisen- und Stahlindustrie (1951). Entstaatlichungsgesetze sind seither für den Straßen-Transport und die Eisen- und Stahlindustrie erlassen worden. Vgl. hierzu das Wahlmanifest der Labour-Party: *Let Us Face The Future*, London 1950, und die Thronrede vom 15. August 1945, Hansard 1945, die das Regierungsprogramm enthält.

² Über die Vorgeschichte der Kohलगewinnung besteht keine einheitliche Darstellung; die folgenden Angaben beruhen auf LUBIN, *The Coal Industry*, in: *Encyclopaedia of the Social Sciences*, New York 1930, vol. III.

geschichte aufzufassen; denn in größerem Stil hat sich der Kohlenbergbau erst seit der industriellen Revolution entwickelt.

Die besten Anhaltspunkte zur «Geschichte» des englischen Kohlenbergbaus liefert die Entwicklung der Produktion in den vergangenen 150 Jahren, die durch die folgenden Ziffern von fünf repräsentativen Jahren schlaglichtartig beleuchtet wird:

1800	10 Millionen Tonnen ³
1860	80 Millionen Tonnen
1913	287 Millionen Tonnen
1938	227 Millionen Tonnen
1946	181 Millionen Tonnen.

Diese Angaben ermöglichen eine Scheidung in zwei Perioden, die Periode des Aufstiegs von 1800–1913 und die Periode des Niedergangs von 1914 bis 1946, und lassen in großen Zügen das Problem des englischen Kohlenbergbaus erkennen: Nach einem frühen und raschen Start hat sich die Kohlenindustrie zu einem der bedeutendsten Industriezweige Englands entwickelt; seit dem Höhepunkt im Jahre 1913 ist ihre Produktion aber um mehr als 100 Millionen Tonnen zurückgegangen.

Dieser fast dreißig Jahre dauernde Niedergang, der die englische⁴ Kohlenindustrie⁵ bis an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs gebracht hat und sie zu einer schweren Belastung für die englische Volkswirtschaft werden ließ, ist die eigentliche, die wirtschaftliche Ursache der Nationalisierung. Seine Gründe bilden das Untersuchungsobjekt der vorliegenden Arbeit. Der erste Hauptteil ist der Entstehung, der Beschreibung und den frühen Wirkungen dieser «Gründe der Nationalisierungsreife» gewidmet. Im zweiten Hauptteil wird gezeigt, wie deren Zusammenwirken einen eigentlichen «Zug zur Nationalisierung» verursacht hat, der trotz vielen Versuchen nicht aufgehalten werden konnte. Schließlich muß deshalb die Verstaatlichung⁶ quasi als «Synthese» zwischen einer weiterhin privaten Kohlenindustrie einerseits und dem Wohl der gesamten Volkswirtschaft anderseits vollzogen werden.

³ Die Ziffern für 1800 und 1860 sind approximative Angaben (Juraschek, Bergbaustatistik, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena 1899, 2. Aufl., 2. Bd., S. 562); die übrigen Zahlen sind dem Colliery Yearbook and Coal Trades Directory (CYB) 1949, London 1949, S. 524–25, entnommen. Wenn nicht anders vermerkt, sind in der ganzen Arbeit sämtliche Produktionsziffern in englischen Tonnen angegeben (1 engl. Tonne = 20 cwts. = 1,016 metrische Tonnen).

⁴ Der Begriff englisch wird in der vorliegenden Arbeit oft in seinem volkstümlichen Sinne als Synonym zu «britisch» verwendet, d. h. es wird darunter das gesamte Gebiet des «United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland» (England, Wales, Schottland, die Insel Man und die Kanalinseln) verstanden. Kohle findet sich jedoch nur in England, Wales und Schottland.

⁵ Die Begriffe Kohlenindustrie und Kohlenbergbau werden im folgenden als Synonyme verwendet.

⁶ Die Begriffe Nationalisierung, Sozialisierung und Verstaatlichung werden im folgenden als identisch betrachtet, d. h. als Überführung von Privatunternehmungen in den Besitz der gesamten Nation.

In der vorliegenden Arbeit wird die wirtschaftliche Notwendigkeit der Verstaatlichung der englischen Kohlenindustrie betont und in ihrer Bedeutung vor die Bestrebungen sozialistischer Art gestellt. Damit wird der Beitrag der sozialistischen Forderungen zur Nationalisierung keineswegs unterschätzt, sondern einzig die Priorität der wirtschaftlichen Motive anerkannt. Mit andern Worten: Die Kohlenindustrie hätte, um viel schwerwiegendere volkswirtschaftliche Schäden⁷ zu vermeiden, auch von den Konservativen «verstaatlicht» werden müssen, wenn das auch nicht so offensichtlich und in einer weniger bürokratischen Form geschehen wäre. Andererseits hätte die Labour-Party aber auch eine erfolgreiche Kohlenindustrie, analog zur Eisen- und Stahlindustrie, in ihr dogmatisches Verstaatlichungsprogramm nach dem zweiten Weltkrieg miteinbezogen, wobei diese Maßnahme von den Konservativen keineswegs gebilligt und später bestimmt wieder aufgehoben worden wäre. Die Diskrepanz, die zwischen der konservativen und der Labour-Doktrin in dieser Hinsicht besteht, ist von einem englischen Parlamentarier folgendermaßen treffend charakterisiert worden: «Labour verstaatlicht mit Freude, die Konservativen mit Tränen in den Augen.»

2. Kapitel

Die Bedeutung der Kohlenindustrie für England

«The paramount importance of the coal mining industry in the economic and social life of this country is a commonplace, and it is unnecessary for us to dwell upon it... It is the foundation of our iron and steel, ship-building and engineering trades and, indeed, of our whole industrial life.»

Samuel Commission

1. Die Bedeutung der Kohlenindustrie im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Die Kohle hat im Rahmen der englischen Volkswirtschaft eine ungleich größere Bedeutung als in der Mehrzahl anderer Kohlenländer. Das beruht auf zwei Faktoren: Erstens ist sie die einzige bedeutende Energiequelle und wurde mit zunehmender Erschöpfung der Eisenvorräte auch zum einzigen in ausreichenden Mengen vorhandenen Rohstoff. Zweitens beruht der frühe und rasche Aufstieg Englands zur weltweiten Industrie- und Handelsmacht zu einem wesentlichen Teil auf seinen reichen und leicht gewinnbaren Kohlenvorkommen. Als die Holzkohlenvorräte im 18. Jahrhundert ihrer

⁷ Ein wesentliches Kriterium einer derart pragmatisch begründeten Verstaatlichung ist die Bedeutung, die das Eingriffsobjekt für die gesamte Volkswirtschaft besitzt. Im nächsten Kapitel wird deshalb die Bedeutung der Kohlenindustrie für die englische Volkswirtschaft in kurzen Zügen dargelegt.

Erschöpfung entgegengingen, sah sich die englische Textilindustrie gezwungen, sich nach einem andern Brennstoff umzusehen. Die technischen Erfindungen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ermöglichten eine Gewinnung der bisher schwer erreichbaren Steinkohle im Bergbau und sicherten dadurch der englischen Industrie eine Entwicklungsbasis und dem Kohlenbergbau einen großen Absatz. Nach und nach entstanden nun die großen Textil-, Eisen- und Stahlindustrien, der Schiffs- und Maschinenbau und mit Beginn der chemischen Phase des Hochkapitalismus hat auch die Produktion der chemischen Neben- und Kuppelprodukte von Kohle stark an Bedeutung gewonnen.

Diese historisch und geologisch begründete Wichtigkeit der Steinkohle spiegelt sich in der volkswirtschaftlichen Struktur Englands wider: Im Jahre 1913 wurden 99,2 %¹ des gesamten Energiebedarfs durch die Kohle in ihren verschiedenen Formen gedeckt, und zwar 88,9 % als eigentliche Kohle, 5,6 % als Koks, 2,7 % als Elektrizität und 2 % als Gas. Die volle Tragweite dieser Ziffern zeigt sich erst in einem internationalen Vergleich: In den Vereinigten Staaten betrug der Anteil der Kohle im gleichen Jahre nur 84,3 %, in Deutschland 73,3 % (+ 18,9 % Braunkohle), in der Schweiz 72,9 %² und im Durchschnitt sämtlicher Länder 71,4 %.

Eine ähnliche Bedeutung haben Kohle und Kohlenindustrie für den englischen Beschäftigungsgrad. Die Zahl der Bergarbeiter war im Laufe des 19. Jahrhunderts rasch angestiegen und erreichte im Jahre 1913 1,107³ Millionen. Das bedeutet, daß ein Zwölftel⁴ der gesamten britischen Bevölkerung direkt von der Kohlenindustrie abhängig war.

Neben ihrer mehr inländischen Nützlichkeit bildete die Kohle auch im internationalen Handel einen wichtigen Aktivposten: 100 Millionen Tonnen oder ein Drittel der britischen Kohlenförderung wurden im Jahre 1913 im Außenhandel abgesetzt. Der direkte Anteil der Kohle an der gesamten englischen Ausfuhr betrug im Jahre 1924 10 %⁵ in Wert und 80 % in Gewicht. Durch ihren großen Gewichtsanteil an der wertmäßig zur Hauptsache aus Industrieprodukten zusammengesetzten Gesamtausfuhr erlangte die Kohle eine zusätzliche Bedeutung für die Handelsflotte: sie nahm die Hälfte der Ladefähigkeit in Anspruch und hielt dadurch den voluminösen Rohstoff- und Lebensmittelimporten die Waage. Ohne den Ausgleich der Kohle hätten die Handelsschiffe ihre Heimathäfen vielfach ungenügend geladen verlassen müssen, was die Frachtraten und damit die Importgüter erheblich verteuert und dadurch wiederum Rückwirkungen auf die britische Konkurrenzfähigkeit gehabt hätte.

¹ Vgl. Bureau International du Travail, *L'industrie charbonnière dans le monde*, vol. I, conditions économiques, Genf 1938, S. 39–43.

² Für die Verhältnisse in der Schweiz, vgl. Schweizerischer Bankverein, Bulletin Nr. 3, Basel 1954, Energiewirtschaft an einem Wendepunkt, S. 77 ff.

³ CYB 1949, a. a. O., S. 558.

⁴ Report of the Royal Commission on the Coal Industry (1925), Samuel Commission, London 1926, vol. I S. 3.

⁵ Samuel Commission, a. a. O., S. 3 ff.

2. Die Bedeutung der Kohlenindustrie nach dem zweiten Weltkrieg

Die Strukturwandlungen der Weltwirtschaft seit dem ersten Weltkrieg haben auch für die Kohle und den Kohlenbergbau im allgemeinen eine grundlegend veränderte Situation geschaffen: Einerseits ist die Kohle aus ihrer Stellung als Hauptenergieträger in immer stärkerem Umfange verdrängt worden, andererseits hat der Niedergang der englischen Kohlenindustrie das Gleichgewicht auf dem Weltkohlenmarkt stark verschoben.

Im speziellen Fall Englands hingegen hat sich wohl die wirtschaftliche Situation des Kohlenbergbaus, nicht aber seine wirtschaftliche Bedeutung verändert. Die Anforderungen, die von der Volkswirtschaft an ihn gestellt wurden, sind wenigstens bis unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg die gleichen geblieben: Obwohl der Anteil der Kohle am Energiekonsum im Durchschnitt der ganzen Welt um fast die Hälfte auf 41,4 %⁶ zurückgefallen ist, beträgt er in England mit 96,7 %⁷ kaum weniger als dreißig Jahre zuvor.

Die verschlechterte wirtschaftliche Situation des Kohlenbergbaus zeigte sich aber in den unmittelbaren Nachkriegsjahren darin, daß er die gestellten Anforderungen nicht erfüllen konnte. Seine Produktion reichte knapp dazu aus, um den dringendsten Bedürfnissen der Industrie gerecht zu werden. An eine Kohlenausfuhr im Stile von 1913, welche die englische Zahlungsbilanz mit einem Schlage hätte sanieren können, war aus produktionstechnischen Gründen nicht zu denken. An Stelle von 100 Millionen Tonnen wurden 1946 und 1947 nur 4⁸ bzw. 1 Million Tonnen exportiert, und in den folgenden Jahren mußte zeitweise sogar Kohle importiert werden.

⁶ Nach Pressemeldungen über die Genfer Atomkonferenz.

⁷ Vgl. Report of the Committee on National Policy for the Use of Fuel And Power Resources (Ridley Report), London H. M. S. O. 1952, S. 5ff. (excl. road transport Fuels).

⁸ Vgl. CYB 1949, a. a. O., S. 610.

Gründe der Nationalisierungsreife

Die Geschichte des englischen Kohlenbergbaus ist — wie jede Geschichte — das Resultat des Zusammenwirkens vieler verschiedener Faktoren, zwischen denen ständige Wechselbeziehungen bestehen. Einer geschichtlichen Darstellung, die mehr als eine reine Beschreibung sein will, stellt sich deshalb das Problem, wie die unter sich verbundenen Faktoren getrennt geschildert werden können.

Um aus der geschichtlichen Wirklichkeit etwas Allgemeingültiges herauszulesen, muß die unbestimmte Vielzahl von Ursachen und Wirkungen auf eine bestimmte Mehrzahl zurückgeführt werden. Im folgenden wird deshalb das gesamte ökonomische, soziologische und politische Zusammenwirken in vier Komponenten zerlegt — in natürliche, rechtliche, ökonomische und soziologische Bedingungen —, wobei wir uns klar sind, daß die Unterteilung zeitweise willkürlich gewählt ist und gewählt werden mußte und keineswegs die gesamte Vielfalt der Geschichte erfassen kann. Die Darstellung wird insofern vereinfacht, als es sich bei den vier gewählten Komponenten praktisch um «wirtschaftliche Daten» handelt, die weder durch den einzelnen Grubenbesitzer noch — wenn auch mit Einschränkungen — durch die Entwicklung der gesamten Kohlenwirtschaft verändert werden konnten.

3. Kapitel

Natürliche Bedingungen

«Natural conditions in Britain are greatly inferior to those found in the United States. They are, however, comparable with those of the Ruhr and Holland.»

«In Britain, in contrast to the Continent, sizes of coal are not standardised nor qualities adequately classified. An excessive multiplication of qualities and sizes, especially in relation to house coals, has had unfortunate effects upon the efficiency of mining and surface operations.»

Reid Report

Die natürlichen Bedingungen¹ — darunter verstehen wir zur Hauptsache die geologischen Abbaubedingungen und die geographische Lage² der Koh-

¹ Es kann hier notgedrungen nur kurz auf die Eigenheiten des Bergbaus eingegangen werden. Vgl. für eine ausführliche Darstellung: EBERHARD GOTHEIN, Bergbau und Hüttenwesen, in: Grundriß der Sozialökonomik, VI. Abteilung, 2. Auflage, Tübingen 1923, S. 296ff. und 314ff.

² Die standortstheoretischen Ausführungen dieser Arbeit stützen sich grundsätzlich auf ALFRED WEBER, Über den Standort der Industrien, I. Teil, Reine Theorie des Standorts, Tü-

lenvorkommen — bilden für jeden Kohlenbergbau die Grundlage, auf der er sich entwickeln kann. Aus der Fülle ihrer Eigenschaften sollen im folgenden zwei herausgegriffen werden, die, meines Erachtens, für England von besonderer Bedeutung sind: die Unabänderlichkeit und die Mannigfaltigkeit der natürlichen Bedingungen.

Schon aus ihrer Bezeichnung geht hervor, daß die natürlichen Bedingungen ein einmaliges, unabänderliches Geschenk der Natur an ein bestimmtes Land sind. Als Folge davon kann sich die Kohlenindustrie äußeren Veränderungen, der wirtschaftlichen Entwicklung, den Standortsverschiebungen der Industrie, der neuen Verwendungsmöglichkeiten von Kohle und dem technischen Fortschritt nur beschränkt anpassen. Ihr Standort ist an die Lagerstätten gebunden; die geologischen Bedingungen ändern sich nur insofern, als die einmal abgebauten Bodenschätze nicht mehr ersetzt werden können und deshalb immer neue Flöze in Angriff genommen werden müssen. Eine Wertung der natürlichen Bedingungen ist deshalb immer nur für eine kürzere Zeitepoche gültig und nur unter der Voraussetzung eines bestimmten technischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstandes³. Die Rentabilität des Bergbaus ist in stärkerem Maße als jede andere Industrie und jede andere Urproduktion von diesen äußeren Faktoren abhängig. Mit äußeren Veränderungen verbessert oder verschlechtert sich die wirtschaftliche Stellung der Kohlenindustrie in sehr starkem Umfang. Das bedeutet, daß die natürlichen Bedingungen, die ein Land oder Gebiet besitzt, sich zu einer Zeit sehr vorteilhaft, mit fortschreitender Entwicklung aber als Nachteil auswirken können.

Die zweite Besonderheit der natürlichen Bedingungen ist ihre enorme Mannigfaltigkeit. Der offizielle Bericht einer vom englischen Parlament eingesetzten Untersuchungskommission⁴ bemerkt dazu: «The only generalisation about it that is safe is that no generalisation is possible.»

Es gibt im Bergbau Unterschiede in den Abbaubedingungen, in der Teufe, in der Mächtigkeit der Flöze, in der Güte der andern Gesteinsschichten, in der Menge des Grubenwassers, in der Gefahr von Grubengas und im Alter der Grube, Unterschiede, die alle einen starken Einfluß auf die Produktionskosten ausüben. Aus qualitativen Unterschieden in der chemischen Zusammensetzung, in der Körnung und im Grad der Verunreinigung der geförderten Kohle ergeben sich verschiedene Verwendungsmöglichkeiten. Unter-

bingen 1909, und Industrielle Standortslehre, Allgemeine und kapitalistische Theorie des Standortes, in: Grundriß der Sozialökonomik, IV. Abteilung, 2. Auflage, Tübingen 1923, S. 58–86

³ Diese Tatsache wird in der Literatur über den englischen Kohlenbergbau nur für die Abbaubedingungen berücksichtigt, wobei einzig deren absolute Verschlechterung allgemein anerkannt wird. Es wird aber vollständig übersehen, daß ein Entscheid über die natürlichen Bedingungen nicht nur «rational», sondern unter Berücksichtigung der geschichtlichen Gegebenheiten gefällt werden muß.

Vgl. in diesem Zusammenhang zum Begriff des Standorts, E. SALIN, Standortsverschiebungen der deutschen Wirtschaft, in: Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, herausgegeben von B. Harms, Berlin 1928, S. 79ff. In der Folge zitiert: SALIN, Standortsverschiebungen.

⁴ Report of the Royal Commission on the Coal Industry (1925), genannt Samuel-Commission, London 1926, Cmd. 2600, vol. I., S. 44.

schiede in der Entfernung der Vorkommen von einem Markt oder einem Hafen bestimmen, ob das Inland oder das Ausland beliefert wird, solche in der Beschaffenheit der Oberfläche die Eignung zum Bau der nötigen Installationen und Wohngelegenheiten für die Belegschaft. Weiterhin unterscheiden sich die Bezirke durch Arbeitsgebräuche, die Gruben durch die Größe der Reserven, die Kapitalausstattung, die angewandte Technik und die personelle Leitung.

Die natürlichen Bedingungen sind so mannigfaltig, daß es unmöglich ist, vom Kohlenbergbau als einer Einheit zu sprechen und sich darunter eine homogene Industrie vorzustellen, die ein gleichartiges Produkt mit möglichst gleichartigen Mitteln herstellt. Natürliche Unterschiede bestehen nicht nur zwischen Ländern und Distrikten, auch benachbarte Gruben sind dadurch für einen Konkurrenzkampf oft völlig ungleich ausgestattet.

Diese durch wenige Hinweise dargestellten Eigenheiten der natürlichen Bedingungen sollen im folgenden für den speziellen Fall Englands durch einige technische Daten illustriert werden. Es ist im Rahmen der vorliegenden Arbeit allerdings unmöglich, zu sehr in technische Details einzugehen. Für diese Zwecke sei auf das meinen Ausführungen zugrunde liegende, sehr reichhaltige Quellenmaterial⁵ verwiesen.

1. Deskriptive Analyse der geographischen und geologischen Bedingungen in England und den englischen Kohlendistrikten

a) Die Lage der Kohlenvorkommen

Im Gegensatz zu den kontinentalen sind die englischen Kohlenvorkommen über das ganze Land verteilt⁶. Vom äußersten Süd-Osten in Kent erstrecken sie sich über Wales, Mittel- und Nordengland bis hinauf nach Schottland. Einzig Südengland und die Gegend um London sind völlig ohne Kohle. Mit Ausnahme der Metropole liegen aber alle größeren Städte in der Nähe von Kohlenvorkommen.

Im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts ist mit dem Abbau fast sämtlicher Kohlenlager begonnen worden. Große Industriekörper haben sich mit dem Übergang vom Holz- zum Kohlenzeitalter um diese herum konzentriert. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts hat die Erfindung der Elektrizität teilweise von der direkten Verwendung von Kohle unabhängig gemacht und bewirkt, daß sie die «London-Area» und zum Teil auch der Süden Englands immer stärker industrialisierten.

Jeder Versuch einer Einteilung der englischen Kohlenvorkommen in verschiedene Distrikte ist in einem gewissen Maß willkürlich. Die Kohlenlager sind dermaßen zerstreut, daß es bis vor kurzem kein auch nur von einer Mehrzahl von Autoren befolgtes Schema gab. In den letzten Jahren

⁵ An den einzelnen Stellen zitiert.

⁶ Vgl. für die Lage der einzelnen Distrikte die beigelegte Karte (S. 123).

wurde jedoch eine distriktweise Einteilung der Kohlenbecken auf der Basis der englischen Grafschaften und der geographischen Gruppierung sowohl von der Regierung für administrative Zwecke, als auch von den Grubenbesitzern und Bergleuten für ihre Organisationen geschaffen. Sie ist in etwas abgeänderter Form nach der Nationalisierung vom National Coal Board⁷ übernommen worden.

Der gesamte Kohlenbergbau von Großbritannien, d. h. von England, Schottland und Wales, ist in 9 «Divisions» und 48 «Areas» eingeteilt. Aus administrativen Gründen wurden der Größe der Distrikte Grenzen gesetzt, so daß in einigen Fällen geographische Einheiten in zwei Distrikte aufgeteilt sind. Im großen und ganzen entspricht die Einteilung des N. C. B. aber den natürlichen Gegebenheiten. Die Divisions sind daher unterschiedlich groß und enthalten eine ungleiche Zahl Areas. In der folgenden Aufstellung sind hinter den Divisionsbezeichnungen die Namen der Grafschaften angegeben, die jedoch nicht mit der Einteilung in Areas übereinstimmen.

Nr. 1. Scottish Division, 5 Areas.

Nr. 2. Northern Division (Northumberland, Cumberland), 4 Areas.

Nr. 3. Durham Division, 6 Areas.

Nr. 4. North Eastern Division, (Yorkshire) 8 Areas.

Nr. 5. North Western Division, (Lancashire, Cheshire, North Wales) 5 Areas.

Nr. 6. East Midlands Division, (Derbyshire, Nottinghamshire, Leicestershire) 8 Areas.

Nr. 7. West Midlands Division, (Staffordshire, Shropshire, Warwickshire) 4 Areas.

Nr. 8. South West Division, (South Wales, Monmouthshire, Somerset), 8 Areas.

Nr. 9. South East Division, (Kent).

Die North-Eastern und East-Midland Division (Nr. 4 und 6) gehören geographisch zusammen, werden oft als «Midland-Amalgamated» Distrikt bezeichnet und sollen im folgenden auch gemeinsam betrachtet werden. Das gleiche gilt für Nr. 2 und 3, die Northern und Durham Division, die bis 1950 unter der Bezeichnung Northern Division vereinigt waren, seither aber aus administrativen Gründen vom N. C. B. getrennt wurden⁸.

⁷ N. C. B., die öffentliche Körperschaft, die seit der Nationalisierung die Gruben verwaltet.

⁸ Eine detailliertere Schilderung der Mannigfaltigkeit in den einzelnen Distrikten ist in den «Regional Survey Reports» des Ministry of Fuel and Power, London H. M. S. O. 1945/46 zu finden:

The Coalfields of the Midland Region

Forest of Dean Coalfield

Kent Coalfield

North Eastern Coalfield

North Midland Coalfield

Northumberland and Cumberland Coalfields

North Western Coalfields

South Wales Coalfield (Including Pembrokeshire)

Im Gebiet von Deutschland konzentriert sich der Kohlenbergbau auf ein großes, ein mittleres, ein kleineres und einige unbedeutende Reviere. Von den drei wichtigen hatte die Ruhr im Jahre 1913 eine Förderung von 114,5⁹ Millionen Tonnen, Oberschlesien von 43,5 Millionen Tonnen und die Saar von 17 Millionen Tonnen. Alle drei Reviere liegen, was politisch ungünstig ist, nahe der Grenze. Es konnte sich deshalb nicht wie in England eine gleichmäßige Industrialisierung durchsetzen: Vor allem in der Ruhr, aber auch in den beiden andern Revieren hat sich eine bedeutende Schwerindustrie installiert; Mittel- und Süddeutschland sind hingegen in industrieller Hinsicht benachteiligt. Ein Konkurrenzkampf zwischen den drei Distrikten konnte sich schon infolge der räumlichen Distanz nur schwer entwickeln.

Nachdem die Saar und Oberschlesien von Deutschland abgetrennt sind, ist die Ruhr das einzige größere Kohlengebiet der Bundesrepublik und muß mit einer Förderung, welche das Dreifache des größten englischen Distrikts erreicht, ganz «Westdeutschland» versorgen.

b) Die geologischen Abbaubedingungen¹⁰

Die Kohlenvorkommen Großbritanniens sind ebenso alt wie die Ablagerungen auf dem europäischen Kontinent und in Nordamerika; sie gehen fast ausschließlich auf das Karbon zurück. Bereits im 18. und 19. Jahrhundert wurden die mächtigsten und am besten zugänglichen Flöze abgebaut, so daß England seinen natürlichen Vorsprung auf die europäischen Konkurrenten einbüßte. Die gegenwärtigen Abbaubedingungen¹¹ entsprechen deshalb denjenigen der Ruhr und Hollands, wenn sie auch den amerikanischen stark unterlegen sind. Allerdings sind die durchschnittliche Teufe und Flözmäch-

sowie Scottish Home Department: Scottish Coalfields; The Report of the Scottish Coalfields Committee, Edinburgh H. M. S. O. 1944.

Vgl. außerdem die folgenden alle Distrikte vergleichenden Übersichten.

Produktionsziffern: CYB 1949, a.a.O., S. 524/25.

Kohlenreserven: CYB 1949, S. 522.

Exporte/Bunker: CYB 1949, S. 616/17 (nach den Abgangshäfen)

Belieferte Länder: CYB 1949, S. 618/19.

Verwendungszwecke: CYB 1949, S. 629.

Arten: Plan for Coal, a.a.O., S. 53

Sorten: CYB 1949, S. 630.

Anzahl Unternehmungen, Gruben, Beschäftigte: HAROLD WILSON: New Deal for Coal, London 1945, Tabelle S. 252 (nach CYB 1943).

Produktivität: WILSON, S. 9.

Durchschnittlicher Verdienst der Beschäftigten: CYB 1949, S. 665.

Gesamt- und Lohnkosten: CYB 1949, S. 592 und 602.

⁹ Vgl. PAUL WIEL, Untersuchungen zu den Kosten- und Marktproblemen der westeuropäischen Kohlenwirtschaft, Essen 1953, S. 23ff., sowie GOTHEIN, a.a.O., S. 309ff.

¹⁰ Vgl. dazu das erste Zitat zu Beginn dieses Kapitels, aus Coal Mining, Report of the Technical Advisory Committee, kurz Reid-Report genannt, London H. M. S. O. 1945, S. 30/37.

¹¹ Vergleiche zwischen den verschiedenen europäischen Kohlenländern und den Vereinigten Staaten finden sich an folgenden Orten: The Colliery Yearbook and Coal Trades Directory (CYB) 1949, London 1949, S. 716/17; Reid-Report, a.a.O., S. 7–30; H. N. WATKINS, Coal and Men, London 1934, S. 110–111.

tigkeit mit 312 m und 1,20 m¹² in England immer noch günstiger als in der Ruhr mit 750 m bzw. 1,04 m. Im allgemeinen kommen für große Teufen infolge der erhöhten technischen Anforderungen nur Großbetriebe in Betracht. In England mit seiner kleinen durchschnittlichen Teufe ist aber eine Ausbeutung durch Kleinbetriebe noch möglich.

In den einzelnen Bezirken¹³ variieren die Abbaubedingungen — das muß immer wieder betont werden — von Grube zu Grube und zum Teil sogar innerhalb der einzelnen Betriebe. Oft ist deshalb eine getrennte Kostenrechnung für jedes Flöz nötig.

Die Kohlenfelder liegen im allgemeinen ziemlich störungsfrei; besonders in den East-Midlands und in Süd-Yorkshire lagern die Flöze fast flach und ohne Brüche, während in Süd-Wales, vor allem in den Anthrazitfeldern, und in Nord-Wales ihre Lage durch Faltungen und Verschiebungen erheblich gestört wird. Das sie umgebende Nebengestein ist überwiegend günstiger Art. Nur selten ist es druckhaft und brüchig. Dabei ist die Kohle verhältnismäßig rein und fast nie mit Gestein durchsetzt.

Die Mächtigkeit der Flöze ist in den West-Midlands mit 140 cm¹⁴ am größten. In Wales wird dieser Vorteil (Stärke 130 cm) durch die Unreinheit der Vorräte weitgehend aufgehoben. Dagegen macht in Schottland und Nordengland die gute Lagerung den Nachteil kleiner Flöze (105 cm bzw. 111 cm) wieder wett.

Interessant ist eine Aufstellung über den abnehmenden Ertrag im Bergbau: Seit 1913 hat der Produktionsanteil von Flözen über 120 cm¹⁵ stark abgenommen; gleichzeitig ist die Quote kleinerer Flöze beträchtlich gestiegen. Ältere Distrikte wie z. B. Durham arbeiten aus diesem Grund schon lange mit steigenden Kosten. Als Maßstab für die Güte der natürlichen Abbaubedingungen dienen die Schichtleistungen vor dem ersten Weltkrieg, zu einem Zeitpunkt, als die Mechanisierung die Produktivität¹⁶ erst wenig beeinflusste. Die Midlands, Durham und Oberschlesien standen damals an der Spitze mit 1,216¹⁷ bzw. 1,159 und 1,139 Tonnen pro Schicht, während Schottland auf 1,080, die Ruhr auf 0,943 und Wales auf 0,888 Tonnen kamen.

¹² WIEL, a. a. O., S. 45 und 47. Es handelt sich — wie auch bei den folgenden technischen Daten — um ungefähre Angaben aus der Periode 1930–50.

¹³ Vgl. WIEL, a. a. O., S. 45, Tabelle über die Abbaubedingungen in den verschiedenen Distrikten.

¹⁴ Vgl. WIEL, a. a. O., S. 45, Tabelle über die Flözverhältnisse im west-mittel-europäischen Kohlenbergbau.

¹⁵ Vgl. CYB 1949, a. a. O., S. 556, Tabelle über die gewonnene Kohle nach Flözstärken.

¹⁶ Unter Produktivität versteht man das Verhältnis von Aufwand zu Ertrag in einer bestimmten Periode. Im Kohlenbergbau wird der Ertrag immer an der Menge der geförderten Kohle, d. h. in Tonnen, angegeben; der Aufwand in der Leistung eines Mannes der Belegschaft. Je nachdem, ob die Gesamtbelegschaft oder nur die Zahl der Hauer gezählt werden, unterscheidet man zwischen Produktivität «overall» oder «at the face». Als Zeiteinheit wird normalerweise die Schicht verwendet; die eigentliche Arbeitsleistung hingegen mißt man mit Vorteil über die Dauer eines Jahres, da so auch die Zahl der gearbeiteten Schichten einbezogen werden kann. Man unterscheidet deshalb zwischen «output per man-shift» (O. M. S.) und «output per man-year», d. h. zwischen Schicht- und Jahresleistung. Die gebräuchlichste Einheit ist heute der O. M. S.

¹⁷ Vgl. WIEL, a. a. O., S. 51, gemeint ist der O. M. S. overall.

c) Die Qualität der gewonnenen Kohle¹⁸

Wie bei den Abbaubedingungen ist Großbritannien als Ganzes auch in bezug auf die Qualität gegenüber Deutschland eher begünstigt, d. h. seine beim Abbau anfallenden Arten und Sorten passen sich dem Bedarf besser an als die seines Konkurrenten¹⁹. In den westdeutschen Revieren herrscht die Fettkohle vor, die besonders konjunkturrempfindlich ist. In England hingegen entfallen über achtzig Prozent der gesamten Förderung auf „allgemeine Kohle“²⁰. Das bedeutet, daß die Auswirkungen von Konjunkturschwankungen nicht eine einzige Qualität, sondern die gesamte Förderung ziemlich gleichmäßig treffen.

Auch das Sortenproblem spielt in Großbritannien, verglichen mit Deutschland, eine untergeordnete Rolle. Der Anteil an gewaschener Feinkohle beträgt nur 17,8 % gegenüber 45,5 %²¹ im Ruhrgebiet. Andererseits sind die marktfähigen groben Stücke in der britischen Produktion mit 30,4 % vertreten, in Deutschland dagegen mit nur 13,5 %.

Betrachten wir die Situation jedoch im einzelnen, so ergibt sich ein völlig anderes Bild. Die Qualitätsarten und -sorten sind womöglich noch mannigfaltiger als die Abbaubedingungen. So unterscheidet das N. C. B. 8000 Variationen von Kohle²², was naturgemäß den Absatz unübersichtlich macht und enorm erschwert. Die Klassierung erfolgt nach dem Gehalt an flüchtigen Bestandteilen, dem kalorischen Wert, dem Wasser- und Kohlenstoffgehalt, der Backfestigkeit und nach anderen Gesichtspunkten, wobei sich die verschiedenen Eigenschaften nur selten gleichläufig verhalten.

Am gebräuchlichsten ist in England die Unterscheidung nach dem Gehalt an flüchtigen Bestandteilen²³. An einem Ende der Skala stehen hochbituminöse Kohlen, die sogenannten Gasflammkohlen mit einem Gehalt von 30–40 %, am andern Ende steht Anthrazit mit weniger als 10 %. Zwischen diesen Extremen befinden sich Gaskohlen, Kokskohlen, Fettkohlen, Dampfkohlen und viele andere Arten. Der überwiegende Teil der englischen Kohlenproduktion besteht aus Gasflammkohle²⁴, einer allgemein verwendbaren Art. In den schottischen und nordenglischen Kohlenfeldern und in Süd-Wales wird eine fetthaltigere Kohle geschürft, die sich besonders gut zur Verkokung eignet. Vor dem ersten Weltkrieg hatte die magere

¹⁸ Vgl. zweites Zitat zu Beginn dieses Kapitels, Reid, Report, a. a. O., S. 3 und 38.

¹⁹ Für internationale Vergleiche:

WIEL, a. a. O., Tabellen S. 8–16 und 73–83.

Bureau International du Travail, (BIT), *L'industrie charbonnière dans le monde*, vol. I, conditions économiques, Genf 1923, S. 20–29.

²⁰ National Coal Board, *Plan for Coal: The N.C.B.'s Proposals*, London 1950, S. 47 (Gasflammkohlen).

²¹ WIEL, a. a. O., S. 73/74, die Zahlen sind aus dem Jahr 1949, sie reflektieren jedoch die Verhältnisse vor dem ersten Weltkrieg.

²² *Plan for Coal*, a. a. O., S. 32, Tabelle: Hauptarten mit Verwendungszwecken. BIT, a. a. O., S. 22/23, Tabelle: Hauptarten mit Eigenschaften.

²³ *Plan for Coal*, a. a. O., S. 52. In England übliche Klassierung.

²⁴ *Plan for Coal*, a. a. O., S. 53, Tabelle der Kohlenarten, aufgeteilt nach Distrikten.

BIT, S. 26, Tabelle der chemischen Eigenschaften nach Distrikten.

Dampfkohle aus Mittel-Wales als fast rauchfrei verbrennende Kesselkohle für Kriegsschiffe große Bedeutung. Den geringsten Gasgehalt besitzt der in Schottland und im Westteil von Süd-Wales gefundene Anthrazit. Mit Ausnahme der gasärmeren Fett- und der Kokskohle werden fast alle Arten in allen Feldern gefördert. Innerhalb der einzelnen Felder ist deshalb die Kohlenqualität nicht einheitlich²⁵.

Neben diesen verschiedenen Arten unterscheidet man nach der anfallenden Körnung verschiedene Sorten, wie Stück-, Förder-, Nuß-, Staub- oder Schlammkohle. Wohl ist der Prozentsatz Staubkohle in England relativ klein; dafür ist die Verteilung der Sorten auf die verschiedenen Distrikte²⁶ sehr ungleichmäßig und gibt des öfters zu regionalen und lokalen Schwierigkeiten Anlaß.

Die natürliche Vielfalt wird durch Aufbereitung der Kohle in Wasch- und Sortieranlagen noch künstlich gesteigert – das, um den Wünschen der Kunden nachzukommen, aber auch um die Preise zu diskriminieren.

d) Zusammenfassung

Als Ganzes genommen schneidet England in einem Vergleich mit den natürlichen Bedingungen anderer Länder nicht schlecht ab: Die Qualität der Kohle wie auch die Abbaubedingungen entsprechen sich, gemessen an den nationalen Durchschnitten, am Ausgang des 19. Jahrhunderts, und einzelne Vor- und Nachteile gleichen sich gegenseitig aus. Allein Amerika hat durch seine günstigeren Abbaubedingungen einen Vorsprung, den es aber infolge der großen Entfernung vom europäischen Markt nicht voll ausnützen kann.

Im einzelnen betrachtet ist in England unter anderem die geographische Lage der Kohlenvorkommen einzigartig. In viele kleinere Felder zersplittert, verteilen sich diese über das ganze Land. Selbst in Amerika, wo ihre räumliche Ausdehnung größer ist, sind sie zahlenmäßig auf einige wenige Gebiete beschränkt. In sämtlichen Kohlenländern des europäischen Kontinents hingegen dehnen sich die Kohlenlager räumlich weniger aus und sind auch in wenigen Feldern konzentriert. Alle englischen Vorkommen werden abgebaut und sind ihren Standortsverhältnissen entsprechend mehr oder weniger von Industriegebieten umgeben.

Die zweite Besonderheit ist eine Mannigfaltigkeit der natürlichen Bedingungen, die weit über dem Durchschnitt steht und durch die Vielzahl an Feldern noch gesteigert wird. Zwischen den besten und schlechtesten Qualitätsarten, den günstigsten und ungünstigsten Abbaubedingungen gibt es eine Unmenge Varianten und Abstufungen. Die einzelnen Distrikte, Felder, Gruben, ja sogar die einzelnen Flöze innerhalb einer Grube sind unter sich

²⁵ CYB 1949, a.a.O., S. 718, Tabelle: Kohlenarten innerhalb der Distrikte.

²⁶ CYB 1949, a.a.O., S. 630, Tabelle: Kohlensorten nach Distrikten.

verschieden. Eine Auslese der wichtigsten Unterschiede sei in einer Tabelle²⁷ zusammengefaßt.

Division	Produktion Mio t.			Allgemeine Kohle (Gasflam- kohle) %	Exporte Mio t		Bunker Mio t	
	1880	1913	1938		1913	1938	1913	1938
Scottish	18,3	42,5	30,3	93,0	10,5	4,5	3	1,8
Northern	6,8	14,8	13,3	98,5	23	12,0	3,5	1,6
Durham	28	41,5	31,4	72,6	—	—	—	—
North Eastern .	17,4	43,7	42,3	100	0,7	1,0	4,0	1,5
North Western	22,2	28,1	17	100	9	3,4	2,9	2,4
East Midland .	13,4	33,7	32,2	100	—	—	—	—
West Midland	15,7	20,8	19,6	100	30	14,6	5	2,7
South Western .	21,2	56,8	35,2	15,5	—	—	—	—
South Eastern .	—	—	—	21,5	—	—	—	—
Großbritannien	147,0	287,0	226,0		73,4	35,8	21,0	10,5

Die Produktionsziffern sind auf der Basis der pro Grafschaft gewonnenen Kohle berechnet. Die drei angegebenen Jahre spiegeln wesentliche Punkte in der Entwicklung der englischen Kohlenindustrie wider: Ab 1880 hat die bisher nur langsam steigende Förderung erheblich rascher zugenommen. 1913 erreichte die gesamtbritische Produktion ihren Kulminationspunkt. Wenn auch nicht so ausgeprägt, so war das in diesem Jahr auch für die Produktion der einzelnen Distrikte der Fall. Im Zeitabschnitt vom ersten zum zweiten Weltkrieg ist der Trend der Produktion gesunken: das Jahr 1938 gibt diesen Niedergang wieder.

Die angegebenen Exportzahlen entsprechen allerdings nicht ganz den Produktionsziffern. Sie sind im Gegensatz dazu nicht auf den Statistiken der Grafschaften, sondern der Abgangshäfen aufgebaut. Die Verbundenheit eines Hafens mit dem Hinterland ist in England aber so ausgeprägt und die regionale Aufteilung der Kohlenvorkommen auf bestimmte Häfen so eindeutig, daß die beiden Statistiken unbedenklich nebeneinandergesetzt werden können. Auch für die Exporte ist das Jahr 1913 der Kulminationspunkt. Nach dem ersten Weltkrieg, den Nachkriegsjahren und der großen Krise stabilisierten sie sich auf einer Höhe, die durch das Jahr 1938 angemessen re-

²⁷ Zusammengestellt aus CYB 1949, a.a.O., S. 524 (Produktion), S. 616 (Exporte) und WIEL, a.a.O., S. 28 (Qualität).

präsentiert ist. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde praktisch nicht mehr exportiert.

Die Qualitätsspalte soll in knappster Form — indem sie den im betreffenden Distrikt gewonnenen Prozentsatz allgemein verwendbarer Kohle angibt — eine Darstellung der geologischen Unterschiede ersetzen.

Wenn diese Vielfalt natürlicher Bedingungen überhaupt etwas aussagen soll, sind zunächst Verallgemeinerungen nötig, sind innerhalb der Verschiedenheiten Gleichheiten zu suchen. Ist es trotz den mannigfachen Unterschieden möglich, einzelne Distrikte gemeinsam zu behandeln? Standortsmäßig und, wie zu zeigen ist, nach zwei weiteren Kriterien lassen sich zwei Gruppen unterscheiden: die Küsten- und die Inlanddistrikte. Allerdings gilt diese Einteilung nur unter der bestimmten Voraussetzung, daß zwischen den Distrikten einer Kategorie noch immer mannigfache Unterschiede bestehen, von denen nur die beiden wesentlichsten, die geologischen Verhältnisse und das Alter der Gruben, erwähnt seien. Die Vielfalt der Abbaubedingungen ist zum Teil eine Folge des unterschiedlichen Alters. Das Jahr der Inbetriebnahme liegt nämlich in ganz England zwischen dem Beginn und dem Kulminationspunkt der Entwicklung der Kohlenindustrie, zwischen 1750 und 1900. Es ist offensichtlich, daß nach Ablauf von 150 Jahren, in denen sich die Technik sehr stark entwickelt hat und der Abbau der Vorräte, je nach Grube, verschieden weit fortgeschritten ist, erhebliche Produktivitätsunterschiede zwischen den einzelnen Gruben auftreten. Eine Ausnahme bilden die Felder von Süd-Yorkshire und Süd-Wales, in denen die Förderung erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts — zur gleichen Zeit wie in Deutschland — aufgenommen worden ist. Hält man sich diese Unvollkommenheiten vor Augen, so kann die getroffene Unterscheidung im Verlauf der weiteren Untersuchungen gute Dienste leisten.

Die anderen Einteilungskriterien sind die folgenden: *Absatzrichtung*: Die Lage der Vorkommen — an der Küste oder im Innern des Landes — bestimmt weitgehend die Absatzrichtung: Die Küstendistrikte beliefern durchwegs das Ausland, setzen aber auch einen großen Teil ihrer Produktion in der benachbarten Industrie ab. Zu dieser Kategorie zählen, aufgeführt nach der Größe der Exporte zu Beginn des ersten Weltkriegs, das am Bristolkanal gelegene Gebiet von Süd-Wales, Durham mit seinen Nordseehäfen um Newcastle und Schottland mit Häfen an der Ost- und der Westküste. Eine Mittelstellung nimmt die jetzige North-Western Division ein. Sie hat einige Häfen, reicht aber auch ziemlich ins Land hinein. Sie exportiert nur wenig, verkauft aber viel Bunkerkohle an Überseedampfer, verfrachtet Kohle im Küstenverkehr an andere Gebiete Englands und verfügt über eine eigene Industrie, die einen großen Teil der Förderung abnimmt. Zu den reinen Inlanddistrikten zählen die drei in Mittelengland gelegenen Divisions, East-Midland, West-Midland und North-Eastern. Sie sorgen praktisch für den gesamten Inlandbedarf, d. h. sie beliefern die eigenen, großen Industriegebiete, verschicken aber auch Kohle nach Südengland und das Gebiet von London, mit dem sie durch gute Eisenbahnlinien und Ka-

nale verbunden sind. Diese Absatzstruktur hat sich auf Grund von im 19. Jahrhundert wirksamen Standortsunterlagen ergeben und veränderte sich trotz vielen Gegenkräften zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht wesentlich.

Qualität: Rein zufällig stimmt die eben gegebene geographische Einteilung mit der geologischen Unterscheidung nach den Qualitätsarten überein. Die Inlanddistrikte und der vierte Distrikt Mittelenglands, die North-Western Division, produzieren zum größten Teil allgemein verwendbare Kohle, die bei einem Nachfragerückgang leichter abgesetzt werden kann. Die Produktion der Exportdistrikte besteht dagegen nur zu einem Teil aus allgemein verwendbarer Kohle. So gewinnt man in Wales zu $\frac{2}{3}$, in Durham zu $\frac{1}{3}$ und zu einem geringen Prozentsatz auch in Schottland Kohle, die sich nur für spezielle Zwecke eignet und deshalb sehr konjunkturrempfindlich ist.

2. Auswirkungen der natürlichen Bedingungen auf die Entwicklung der englischen Kohlenindustrie

Mit Beginn der industriellen Revolution²⁸ in der Mitte des 18. Jahrhunderts stieg das Bedürfnis nach Energie rasch an und konnte mit den herkömmlichen Mitteln nicht mehr befriedigt werden. An Stelle der bald erschöpften Holzbestände trat nun die Kohle als Quelle der volkswirtschaftlichen Kraft.

Die zutage auslaufenden Flöze ermöglichten die Gewinnung der Kohle ohne Schachtanlagen; die geringe durchschnittliche Teufe anderer Vorräte ließ sich technisch überwinden. Es war demzufolge möglich, den Abbau ohne Einsatz vieler Maschinen und ohne große Kapitalausrüstung mit den technischen Mitteln des Frühkapitalismus vorzunehmen. Diese Situation veranlaßte viele Kleinbetriebe, in den Abbauprozeß einzutreten. Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte sich deshalb ein relativ bedeutendes Kohlengewerbe mit zahlreichen Kleingruben ausgebildet, weshalb Großbritannien als erstes Land eine große Kohlenproduktion erreichte.

Die Mannigfaltigkeit der natürlichen Bedingungen konnte unter den herrschenden Umständen weder produktions- noch marktmäßig hinderlich sein. Durch das Abbau-Alter und die stärker oder weniger stark fortgeschrittene Ausbeutung bedingte Unterschiede gab es noch nicht. Schwierigkeiten im Einsatz von standardisierten technischen Produktionsmitteln machten sich solange nicht bemerkbar, als die Kohle noch mit dem Pickel abgebaut, dem Handkarren transportiert und dem Flaschenzug gefördert wurde. Der Handel mit Kohle war lokal und regional weitgehend begrenzt: die qualitativen und preislichen Unvollkommenheiten fielen deshalb auf den kleinen Teilmärkten kaum in Betracht, konnten jedenfalls keine Erschwerung des Absatzes bedeuten und nicht zu Konkurrenzkämpfen Anlaß geben.

Die geographische Streuung der Kohlenvorkommen über ganz England war ein weiterer Grund für den raschen Aufstieg der Kohlenindustrie:

²⁸ Vgl. 5. Kapitel, ökonomische Bedingungen.

Sie ermöglichte einen relativ billigen Transport von Kohle bis in die hintersten Winkel Englands, hatte dadurch einen entscheidenden Einfluß auf die Industriegliederung des Landes und sorgte im weiteren für eine Verbreitung britischer Kohle über die ganze Welt.

Während des ganzen 19. Jahrhunderts verkauften die Gruben der im Innern des Landes liegenden Kohlenfelder ihr Produkt an die mittellenglische Industrie. Die Attraktionskraft der Kohlenlager wurde durch die benachbarten Eisenvorkommen noch verstärkt. Ein immer größerer Teil der britischen Industrie konzentrierte sich deshalb rund um den Kohlenbergbau Mittelenglands, bezog die Kohle oft jahrelang von der gleichen naheliegenden Grube, paßte die permanenten Produktionseinrichtungen wie Hochöfen und Dampfkessel der speziellen Kohlenart an und geriet dadurch in direkte Abhängigkeit vom Kohlenlieferanten.

Die Küstendistrikte begannen, bevor in anderen Ländern überhaupt Kohle abgebaut wurde, mit dem Verkauf ins Ausland und bedienten von ihren Häfen aus die ganze Welt. An sämtlichen europäischen Küsten wurde englische Kohle verbraucht, denn Deutschland und auch Amerika waren durch ihre weit vom Meer entfernten Kohlenbecken im Außenhandel benachteiligt. Bis zum ersten Weltkrieg stand die englische Kohle unter anderem in den Ostseegebieten in einem scharfen Konkurrenzkampf mit der deutschen aus Oberschlesien, denn sie konnte auf dem billigen Flußweg, auf der Oder und Weichsel, verschifft werden, während die oberschlesische auf den teuren Eisenbahntransport angewiesen war.

Selbst Berlin²⁹ bezog vor dem ersten Weltkrieg den dritten Teil seines Bedarfs aus England. Bereits vor der Jahrhundertwende zeigten sich jedoch strukturelle Absatzverschiebungen. In Holland, Belgien und dem östlichen Frankreich, wohin die aufstrebende Ruhrkohle auf dem Wasserweg gelangen konnte, ging der englische Absatz zurück. Dafür nahmen die Exporte nach den skandinavischen Staaten, Dänemark und Nordrußland zu. So betrug um 1900 die Ausfuhr³⁰ nach den Küstenländern der Nord- und Ostsee etwa ein Drittel, nach Frankreich und den Mittelmeerländern fast die Hälfte des gesamten englischen Exportes³¹. In geringem Umfang zeigte sich in den Mittelmeerländern bereits vor 1913 die amerikanische Konkurrenz, doch war sie England preislich unterlegen. Stärker machte sie sich an der Ostküste Südamerikas bemerkbar, wo England bis 1900 fast der einzige Lieferant war. Westafrika, Südafrika und die Gebiete im Stillen Ozean blieben für die englische Kohle weiterhin unbestritten.

Aus der geographischen Konstellation der Kohlenfelder ergab sich im Laufe des 19. Jahrhunderts eine Einteilung der Absatzregionen und -länder in unbestrittene Gebiete dieses und jenes Distrikts: So belieferte Wales vor

²⁹ Vgl. J. H. JONES, G. CARTWRIGHT und P. H. GUENAU, *The Coal Mining Industry, An International Study in Planning*, London 1939, S. 38, Tabelle über den Berliner Kohlenkonsum.

³⁰ Vgl. CBY 1949, a. a. O., S. 613, Tabelle über die Absatzrichtungen der englischen Exporte.

³¹ Vgl. WIEL, a. a. O., S. 142, Graphik über unbestrittene Gebiete britischer Kohle in Frankreich.

allen die Mittelmeerländer, Südamerika sowie die Westküsten Frankreichs, Spaniens und Portugals; Durham und Northumberland die Nordseestaaten; Schottland die Ostseeländer und Skandinavien.

Es ist auch festzuhalten, daß England nicht nur Länder versorgte, die große Mengen von Kohle einfuhrten. Die Zersplitterung im Bergbau trug vielmehr dazu bei, daß viele Länder mit kleinem Bedarf, — sei es im Mittelmeergebiet, in Afrika, in Asien, im Pazifischen Ozean oder in Südamerika, beliefert wurden. Die Summe der Importe all dieser Kleinbezüge machte die Größe des englischen Exportes aus.

Vorerst profitierten die englischen Grubenbesitzer wie auch die Abnehmer von der standortsbedingten Absatzkonstellation — das beweist schon der sich während des ganzen 19. Jahrhunderts stark entwickelnde, relativ blühende Kohlenbergbau. Die vielen kleinen Unternehmer betrachteten diese Einteilung als natürlich und unabänderlich. Sie konnten ihre gesamte Produktion fast unbestritten in den angestammten Absatzgebieten verkaufen und mußten sich höchst selten gegen das Eindringen von Konkurrenten zur Wehr setzen. Krisen waren schnell überwunden, indem man die Löhne kürzte, an sozialen Einrichtungen und an notwendigen Investitionen sparte. Erst als die erstarkten Gewerkschaften keine weiteren Lohnsenkungen mehr zuließen, gingen die Mindereinnahmen auf Kosten der Gewinne. Doch waren in der Kohlenindustrie depressive Perioden so kurzfristig, daß sich die Grubenbesitzer nur selten aus ihrem «frühkapitalistischen Dornröschenschlaf» wecken ließen: Man befand sich im Zeitalter der Kohle, rechnete mit immer steigenden Bedürfnissen und machte sich nur wenig Verkaufsorgen. Die Entwicklung schien diesen Optimismus zu rechtfertigen, denn selbst als die aufstrebende deutsche Konkurrenz in bisher unbestrittene Gebiete eindrang, fanden sich in den neu-industrialisierten Ländern andere Abnehmer.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß der Optimismus der Grubenbesitzer weite Kreise erfaßte, so daß noch im Jahre 1923, zu einem Zeitpunkt, als in England bereits Anzeichen einer Kohlenkrise auftauchten, sogar ein objektiver, ausländischer Beobachter³² sich folgendermaßen über den Zusammenhang von Industriegliederung und Kohlenvorkommen äußerte: «Am günstigsten ist die höchst gleichmäßige Verteilung der Gewinnungsstätten in England, wo die zwei Hauptgebiete im Nordosten Durham, im Südwesten Wales unmittelbar an der See gelegen, der Verhüttung (Wales), der Versorgung Londons (Durham) und der Ausfuhr wie der Beschaffung von Bunkerkohle für die Schifffahrt, womit England fast die ganze Welt versorgt, dienen, während die ebenfalls sehr reichen und leicht abbaubaren Lager im Binnenland Englands und Schottlands die Grundlage seiner Industrie bilden. . . » «Diejenigen (die Kohlengebiete) Deutschlands liegen, was für seine politischen Verhältnisse wenig günstig war und für die nächste Zeit noch ungünstiger ist, nahe der Grenze: das Saarrevier mit 17 Millionen

³² Vgl. GOTHEIN, a.a.O., S. 309/310.

Tonnen, das rheinisch-westfälische, sogenannte Ruhrrevier mit 114,5 Millionen Tonnen, das oberschlesische mit 43,5 Millionen Tonnen. . . »

Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich jedoch Wandlungen in der wirtschaftlichen Struktur abgezeichnet, die für den englischen Kohlenbergbau und seine natürlichen Bedingungen neue Voraussetzungen schufen. Ein Grund ist die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, wodurch bisher nur schwer oder gar nicht erreichbare Landesteile in Großbritannien wie im Ausland für die Konkurrenz erschlossen und sogar noch leichter erreichbar wurden. Ein weiterer Grund ist die Tatsache, daß die Kohle mit der Entdeckung neuer Verwendungsmöglichkeiten ihren Charakter als reines Gewichtsverlustmaterial zu verlieren beginnt, ein dritter die Erfindung und Verbreitung der Elektrizität³³, ein vierter die stark verbesserte Abbautechnik und schließlich ein fünfter die rasch ansteigende, exportfreudige Produktion des Ruhrgebiets.

Für die Abbaubedingungen hatte das zur Folge, daß die bisherige naturgegebene Überlegenheit Englands gegenüber anderen Ländern teilweise dahinfiel. Die Konkurrenten Englands versuchten zudem, den natürlichen Vorsprung Großbritanniens durch vermehrten Kapitaleinsatz wettzumachen. Entscheidend unterstützt wurden ihre Bemühungen durch die technische Entwicklung: Die neuen Maschinen und Förderanlagen erschlossen die tiefliegenden Vorkommen des Ruhrgebiets und machten ihren Abbau gewinnbringend. «Gerade um den natürlichen Vorsprung Englands einzuholen, war es für uns (Deutschland) das Signal, den Pferdezug unter Tag durch die maschinelle Streckenführung zu ersetzen. Die Mehrkosten der Seilförderung in großen Teufen drängten zu kostspieligerem, aber haltbarem Material und zur Vergrößerung des Korbes; vor allem die Aufbereitung der Kohle, die in Deutschland allein zu hoher Vollkommenheit gebracht ist, wird notwendig, um den entfernteren Abnehmern ein wertvolles Material zu liefern, für dessen volle Ausnützung sie ihrerseits auch wieder größere Anlagekosten aufwenden müssen³⁴.»

Von noch größerer Wichtigkeit war der Einfluß der wirtschaftlichen Strukturwandlungen auf die geographische Lage der Kohlenindustrie: Die standortsbedingte Absatzkonstellation, die sich als außerordentlich vorteilhaft erwiesen hatte, drohte zu einem schwerwiegenden volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Nachteil zu werden. Vor allem auf dem Exportmarkt bewirkten die veränderten ökonomischen Voraussetzungen, daß bisher unbestrittene Absatzgebiete englischer Kohle ihren Energiebedarf

³³ Vgl. hierzu SALIN, Standortsverschiebungen, a.a.O., S. 78, und SALIN, Vor einer neuen Etappe der industriellen Revolution, KYKLOS Nr. 1, 1955, S. 13ff: «Im Prinzip wird die Elektrizität zur gleichen Ubiquität, wie es einmal das Holz gewesen war, und von hier aus wäre nun wieder eine ähnliche Dispersion der Industrie über das gesamte Land hin möglich wie in der gewerblichen Vorkohlenzeit.» Unter Ubiquität versteht SALIN deshalb – im Gegensatz zu WEBER – «Stoffe, die erstens im ganzen Wirtschaftsgebiet und zweitens überall zu den gleichen Bedingungen erhältlich sind (wobei es gleichgültig ist, ob die Darbietung durch die Natur oder die Technik, ob ohne Kosten oder zu gleichen Kosten geschieht).»

³⁴ GOTHEIN, a.a.O., S. 315.

nun auf andere Weise decken konnten, — sei es durch zunehmende Selbstversorgung, durch Elektrizität und andere Energieträger oder durch den Import deutscher und polnischer Kohle, um nur einige der vielen Möglichkeiten zu erwähnen. Doch auch auf dem Inlandmarkt ließ sich ein Wechsel in der industriellen Standortgewichtigkeit³⁵ und damit in der Bedeutung der verschiedenen Kohlendistrikte erkennen: Der Standort³⁶ neuerrichteter Industrieunternehmungen ist weniger kraftstoff- als konsum- und arbeitsgebunden; das bedeutet, daß in der London-Area, einem Absatzgebiet mittelenglischer Kohle, die Industrialisierung stärker zunimmt als in Nord- und Südwestengland, wo Kohle aus Durham bzw. Wales verbraucht wird.

Bis zum ersten Weltkrieg verspürte die englische Kohlenindustrie allerdings nur wenig von den strukturellen Veränderungen, denn die Industrien reagieren nur langsam auf veränderte Standortsunterlagen und versuchen erst ihrem traditional gewordenen Standort durch verschiedene Anpassungsmaßnahmen eine möglichst rationale Weiterexistenz zu sichern. Die großen Industriemassierungen verblieben deshalb größtenteils an ihrem ursprünglichen Ort, d. h. konzentriert um die Kohlenvorkommen. Ähnliche nicht-rationale Faktoren bewirkten, daß die Absatzstruktur der englischen Kohle weiterhin beharrte, obwohl sich der Konsument die Kohle auf billigeren Wegen hätte beschaffen können. Einerseits gab sich dieser oft nicht genügend Rechenschaft über die veränderten Gegebenheiten, anderseits wurde ihm die Kohle von seiten der Konkurrenz nicht wesentlich billiger angeboten. Er sah deshalb keinen unmittelbaren Grund, Standort oder Produktionseinrichtungen, die er der Qualität seines langjährigen Lieferanten angepaßt hatte, geringer preislicher Vorteile wegen zu ändern. Außerdem hatte die Nachfrage nach Kohle bis zum ersten Weltkrieg eine steigende Tendenz. Die neu-industrialisierten Länder und die neuen Fabriken nahmen die gesamte Förderung auf und ließen keine Überproduktion zu. Es bestand deshalb keine Konkurrenz zwischen den verschiedenen Kohlenproduzenten; im Gegenteil, oft war zu wenig Kohle vorhanden, und der Raubbau an den besten und zugänglichsten Flözen wurde fortgesetzt.

Verschiedene Anzeichen deuteten aber bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts darauf hin, daß eine strukturelle Krise des englischen Kohlenbergbaus nicht mehr fern war: Die zunehmende Substitution von Kohle durch

³⁵ Vgl. hierzu und zum folgenden SALIN, Standortverschiebungen, a.a.O., S. 81 ff. Salin unterscheidet zwischen «tatsächlichen Standortverschiebungen» und einem «Wechsel in der Standortgewichtigkeit». «Die Fälle tatsächlicher Standortverschiebungen von einmal bestehenden Unternehmungen werden sich im allgemeinen auf jene seltenen Ausnahmen beschränken, wo eine Erschöpfung der Rohstoffunterlage Industrien zum Weiterwandern zwingt oder wo ein Wechsel des Kraftstoffs die Einrechnung völlig neuer Kosten- und Gewichtsmomente verlangt.» In allen andern Fällen verändert sich einzig die Gewichtigkeit eines Standorts, d. h. daß «eine Ausdehnung der alten Unternehmungen und vor allem die Errichtung neuer Unternehmungen des gleichen Industriezweiges nicht am alten, traditionellen, sondern an einem neuen, standortsmäßigerational-erwerbswirtschaftlich günstigeren Punkt stattfindet».

³⁶ Vgl. aus der umfangreichen Literatur über den Standort der englischen Industrien: G. C. ALLEN, *British Industries and Their Organisation*, London 1951 (3. Aufl.); *Political and Economic Planning (PEP), Location of Industry*, London 1939.

Öl und das relative Zurückbleiben des englischen Verkaufs im Vergleich zu Deutschland und Amerika sind nur einige Beispiele. Noch bemerkten die Grubenbesitzer aber nichts, blickten mit Optimismus in die Zukunft und dehnten die Produktionskapazität auf Grund ihrer Erwartungen stark aus, was die Unternehmungen besonders krisenempfindlich machte.

Zusammenfassend sei gesagt, daß sich die natürlichen Bedingungen von einem wesentlichen Aktivposten zu Beginn des 19. Jahrhunderts infolge wirtschaftlicher Strukturwandlungen zu einer schweren – zum Teil erst potentiellen – Belastung für den englischen Kohlenbergbau entwickelten. Sie verteuerten das Produkt, verhinderten eine Verteilung der Kohle auf die wirtschaftlichste Weise, schwächten Englands Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und bildeten dadurch einen betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Nachteil. Die Wirkungen ihrer Mannigfaltigkeit sollen im folgenden speziell behandelt werden.

3. Natürliche Mannigfaltigkeit und Kartellbestrebungen

Obwohl die Mannigfaltigkeit im 19. Jahrhundert noch nicht auf den ersten Blick als Nachteil erkennbar war, wirkte sie – wie im folgenden zu zeigen ist – bereits in einer Weise, die den der Industrie und dem Bergbau innewohnenden Kräften diametral entgegengesetzt ist.

In den verschiedensten britischen Industriezweigen zeigte sich schon früh eine Tendenz zum Zusammenschluß von Unternehmungen zu Markt- oder Produktionseinheiten. Einzig der Kohlenbergbau machte eine Ausnahme, obwohl normalerweise viele Momente gerade diesem Produktionszweig eine Konzentration nahelegen, und vor allem das natürliche Monopol dazu auffordert, dieses auch zum wirtschaftlichen zu machen. Zudem strebt das große, im Bergbau investierte fixe Kapital nach einer gleichmäßigen Verzinsung, die durch die vielen, unvorhergesehenen technischen Störungen und die Konjunktorempfindlichkeit des Produkts nicht gewährleistet ist. Ein Kartell könnte einen gewissen Ausgleich der Risiken schaffen. Die Produkte selbst sind Güter, deren unmittelbar und mittelbar ein jeder bedarf. Es sollte deshalb nicht allzu schwer sein, die Nachfrage zu veranschlagen. In Richtung eines kapitalmäßigen Zusammenschlusses wirkt schließlich, daß ein Großunternehmen im Vergleich zum Kleinbetrieb mit fortschreitender Technisierung immer rationeller und billiger produzieren kann.

Deutschland und speziell die Ruhr sind Musterbeispiele für diese Tendenz zum kartellmäßigen Zusammenschluß. Nach verschiedenen, gescheiterten Versuchen unter Führung des Handels wurde 1893 von den Produzenten das Ruhrkohlenyndikat³⁷ gegründet. Es erschien allen Unternehmern wie eine Befreiung aus unhaltbar gewordenen Zuständen und umfaßte bald einen so großen Teil der Produktion – auf seinem Höhepunkt 98 % –, daß

³⁷ Vgl. dazu GOTHEIN, a.a.O., S. 345ff.

es wagen konnte, Absatzbedingungen und Preise in ganz Westdeutschland einheitlich zu regulieren.

In der Frühzeit des Kohlenbergbaus machten sich auch in England Kartellbestrebungen geltend. Die mächtigsten Kohlengruben des Durham-Distrikts bildeten 1771 einen lange dauernden, preisstützenden Verband, die «Vend of Newcastle», der seine geographischen Vorteile rücksichtslos ausnützte. Mit der Einführung der Eisenbahnen fiel der geschlossene Markt dahin, die Konkurrenz anderer Distrikte wurde stärker und das Kartell mußte 1845 aufgelöst werden. Bis zum ersten Weltkrieg wurden noch weitere Versuche privatwirtschaftlicher Zusammenfassung unternommen, doch sind alle gescheitert. Im folgenden sollen einige der wichtigsten³⁸ untersucht und vor allem die Gründe des Zusammenbruchs hervorgehoben werden.

In Erinnerung an die hohen Preise der Vend of Newcastle wurde 1845 der Versuch gemacht, ganz Durham zu vereinigen. Er scheiterte, weil die großen Grubenbesitzer sich weigerten, daran teilzunehmen. Auch ein Versuch im Jahre 1875 in Süd-Wales, ein Kartell aller Gruben ins Leben zu rufen, ging kläglich zugrunde, da die größeren Gesellschaften die Preise nicht einhielten.

Am meisten verdient der Plan des Durhamer Großgrubenbesitzers Sir George Elliot Erwähnung. Unter dem Eindruck eines Preissturzes, der zu einem langen Streik führte, vertrat er 1893 in der Times die Ansicht, sämtliche Zechen Großbritanniens zu vereinigen. Sein Projekt kommt der Organisation der verstaatlichten Kohlenindustrie unter dem National Coal Board ziemlich nahe: Er teilte den Kohlenbergbau in Distrikte ein, die durch ein Komitee geleitet wurden und Vertreter in die Zentralbehörde entsenden durften. Das nötige Kapital sollte zu einem Drittel durch öffentliche Anleihen und zu zwei Drittel durch Aktien aufgebracht werden, für die eine hohe Rendite vorausberechnet war, welche 15 % aber nicht übersteigen durfte. Eventuelle Mehrgewinne sollten den Arbeitern und den Konsumenten zu gleichen Teilen zugute kommen. Der Zusammenschluß bezweckte, den zersplitterten Grubenbesitz zu beseitigen, um dadurch viel einzusparen. Die Arbeitsbedingungen sollten in ganz England vereinheitlicht, die Löhne sogar mit einem System der Gewinnbeteiligung verknüpft werden.

Obwohl der Plan sicher Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Konsumenten und der gesamten englischen Volkswirtschaft zum Vorteil gereicht hätte, stieß er auf zahlreiche Hindernisse. Die Opposition prägte gar das Schlagwort: Kampf des Bergbaus gegen die Nation. Am meisten Schwierigkeiten machte die Bewertung der Gruben. Ihre geologischen Bedingungen, ihre technischen Einrichtungen und ihre Prosperität waren zu verschieden, als daß ein gemeinsamer Nenner hätte gefunden werden können. Es war unmöglich, den Wert der Gruben zur Befriedigung aller zu schätzen und sie durch die Zentralbehörde aufzukaufen.

³⁸ Vgl. SCHMID H., Das Problem der Nationalisierung im englischen Kohlenbergbau, Diss Basel 1924, S. 31–37.

Nichtsdestoweniger fallen auf die folgende Zeit noch einige Versuche, die Preise auf gemeinsamer Basis zu stabilisieren, so in Lancashire und Durham. Beide Organisationen funktionierten aber nur, solange die Nachfrage nicht zurückging und die Marktpreise konstant blieben; denn die Gesellschaften mit niedrigeren Produktionskosten mißachteten die getroffene Vereinbarung bereits beim geringsten Nachfragerückgang, so daß der Vertrag aufgelöst werden mußte. Auch ein Vorschlag auf Produktionseinschränkung an Stelle der üblichen Preisfixierung, wie er 1896 in Süd-Wales gemacht wurde, konnte wegen ungenügender Beteiligung nicht in die Tat umgesetzt werden.

Wenn es im Laufe des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch nie zu größeren Zusammenschlüssen gekommen ist und kommen konnte, so müssen doch einige lokale Vereinigungen registriert werden, die wohl ganz beachtliche Konzerne schufen, eine auch nur begrenzte Monopolstellung aber nicht erreichten. Ihre glänzenden Profite bildeten jedoch stets eines der Hauptargumente für eine allgemeine Zusammenfassung im Bergbau, was erwiesenermaßen mit erheblichen betriebs- und volkswirtschaftlichen Einsparungen verbunden gewesen wäre.

Der Grund, daß kein Zusammenschluß zustande kam, liegt in den Eigenheiten des englischen Bergrechts³⁹ und in der Mannigfaltigkeit der natürlichen Bedingungen, die jede einheitliche Regelung des Marktes erschwerte. Ein nationales Kartell ist nur dann möglich, wenn sich vorerst die geographisch zusammengehörenden Gruben vereinigen. Die billiger arbeitenden Betriebe widersetzten sich aber jeder Preisstützungsaktion — oder sabotierten sie, sobald äußere Schwierigkeiten eintraten —, denn eine solche hätte hauptsächlich die schwächeren Glieder begünstigt und den Distrikt der Konkurrenz der anderen ausgesetzt. Die große Zahl von Kohlenarten und -sorten sowie ihre schwankende Nachfrage und Nachfrageelastizität erschwert schon vom technischen Standpunkt aus jegliche Einschränkung von Preis und Produktion. In der Tat reagieren einige Kohlenqualitäten⁴⁰ nur auf eine Seite, d. h. nur im Falle eines Preisanstiegs mit einem erheblichen Rückgang der nachgefragten Menge, nicht aber mit einem Steigen der Nachfrage bei einer Preissenkung; andere Arten reagieren umgekehrt, dritte normal auf beide Seiten. Die Unterschiede in der Produktivität und alle natürlichen Verschiedenheiten sind Gegensätze, die sich nicht leicht überbrücken lassen und jede Vereinigung zu einem Kartell erschweren. Zusammenschlüsse zu Produktions- und Kapitaleinheiten waren aus Gründen unmöglich, die im Kapitel über die rechtlichen und ökonomischen Bedingungen behandelt sind. Da es unter den herrschenden Umständen nicht möglich war, einen regionalen Zusammenschluß zu erreichen, stand ein nationaler vollständig außer Frage.

³⁹ Vgl. 4. Kapitel, rechtliche Bedingungen.

⁴⁰ A. M. NEUMANN, *Economic Organisation of the British Coal Industry*, London 1934, S. 76f.; Untersuchungen über die Elastizität der verschiedenen Kohlenarten; unter Mithilfe von Prof. Lionel Robbins.

Rechtliche Bedingungen

«In Britain, the fact that ownership of the mineral has been in private hands has often resulted in unduly small or awkwardly shaped leaseholds; in the development of an excessive number of mines of insufficient capacity for the requirements of the best mining practice; and in inadequate attention to the conservation of the national resources. The conditions attaching to the transfer of the ownership of the mineral to the Coal Commission have left most of these difficulties still unsolved. On the Continent, the mineral has been owned by the State, and both concessions and individual mines have generally been large.»

«The grouping of a number of mines under the same ownership on the Continent has facilitated the closing down, or merging, of uneconomic mines, and the concentration of operations to the remaining shafts. In Britain, ownership is widely dispersed, and this avenue to greater efficiency has never been explored on any adequate scale.»

Reid Report

Die Rechtsordnung¹ erfüllt für den Bergbau – verglichen mit anderen Industrien und anderen Urproduktionen – eine zusätzliche, sehr wichtige Funktion: Sie regelt nicht nur die wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern bestimmt in erheblichem Umfang die Organisationsform und Struktur der Produktion und beeinflußt dadurch das Blühen und Gedeihen der sich entwickelnden Kohlenindustrie wie auch der gesamten Volkswirtschaft. Um die Grundlagen der bergbaulichen Entwicklung so vorteilhaft wie möglich zu gestalten, muß die Rechtsordnung vornehmlich drei Punkten Rechnung tragen, die den Bergbau von den andern Produktionszweigen unterscheiden:

1. Die unterirdischen Lagerstätten sind dem Blick entzogen und können einzig vermutet werden; ihre Ausdehnung deckt sich aber nur selten mit den Grenzen des Grundeigentums auf der Erdoberfläche. Forschung und vor allem Abbau bedürfen deshalb zu ihrem vollen Gelingen rechtlicher Befugnisse, die mit den Bestimmungen über das Privateigentum am Boden oft im Widerspruch stehen.
2. Die einmal abgebauten Kohlenvorräte sind nicht zu ersetzen. Im Interesse der gesamten Volkswirtschaft muß der Abbau deshalb möglichst rationell vor sich gehen.
3. Die Arbeit im Bergbau ist gefährlicher als die gewöhnliche Fabrikarbeit und macht deshalb eine spezielle Regelung und Überwachung durch den Staat nötig.

In den meisten Ländern haben diese bergbaulichen Eigenheiten – mit zunehmender Bedeutung der Bodenschätze für die Volkswirtschaft – den

¹ Vgl. für eine ausführliche Darstellung der – ökonomischen – Bedeutung des Bergrechts: GÖTHEIN, a. a. O., Kapitel III, S. 326ff., sowie die auf S. 295 angegebene Literatur; für die rechtliche Problematik: H. SCHMID, Das Bergrecht der Schweiz, in: Schweizerische Juristen-Zeitung, 17. Jg., Zürich 1920 21, S. 57ff.

Staat zu einer umfassenden Regelung veranlaßt: Die Forderungen der Punkte 1 und 2 haben zur Ausbildung eines besonderen Bergrechts geführt, in dem die Mineralien unter Staatsaufsicht gestellt wurden. Eine Ausnahme machten die angelsächsischen Länder, die bis Ende der dreißiger Jahre keine speziellen bergrechtlichen Bestimmungen erlassen haben. Für die Bodenschätze galt deshalb das Privatrecht. Punkt 3 wird gewöhnlich getrennt vom eigentlichen Bergrecht im Rahmen von öffentlich-rechtlichen Bergwerkgesetzen und bergpolizeilichen Vorschriften geregelt; auf die damit verbundenen Probleme soll im Kapitel über die soziologischen Bedingungen näher eingegangen werden.

Den historischen Ausgangspunkt² des Bergrechts bildet das Regal, das im späten Mittelalter dem König das ausschließliche Recht zum Abbau der Mineralien gewährte. Damit verknüpft ist oft ein zweiter bergrechtlicher Hauptbegriff, die Bergbaufreiheit. Sie gibt den Bergleuten die generelle Erlaubnis, überall auf fremdem Grund und Boden nach Mineralien zu schürfen. Dieses Privileg konnte nur unter dem Schutz und auf Grund einer zentralen Obergewalt über die Bodenschätze entstehen und ist stets mit den Rechten der Grundeigentümer in Konflikt geraten.

In den spätmittelalterlichen Feudalstaaten ging das Bergregal wie andere Hoheitsrechte auf dem Wege des Lehenswesens an die Fürsten und weitere Belehnte über. Seine Zersplitterung war so groß, daß es im 18. Jahrhundert oft nicht mehr als hohes Regal galt und zeitweise sogar als privates Recht betrachtet wurde. In diesem Punkte trennt sich die Entwicklung in den verschiedenen Ländern. Während die kontinentalen Staaten auf eine Vereinheitlichung und Zentralisierung hintendierten, ging der Zersplitterungsprozeß in England immer weiter.

1. Die Entwicklung des «Bergrechts» in England im Vergleich zu Frankreich und Deutschland

In Frankreich, wo nicht das Regal, aber die praktische Verfügung über die Mineralien vom König fast vollständig auf die Grundbesitzer übergegangen war, wurde diese 1744 wieder in der Hand des Königs zusammengefaßt: Der Betrieb der Gruben durch eine Unzahl von Kleingrundbesitzern, die weder das nötige Kapital noch die technischen Kenntnisse zum Abbau besaßen, hatte zu einer ungeheuren Verschwendung, zu unrationellem Abbau und zu endlosen Streitigkeiten geführt, so daß die Erteilung der Konzession fortan an gewisse Bedingungen geknüpft wurde. Mit fortschreiten der Entwicklung kamen viele Einzelkonzessionäre in Kapitalschwierigkeiten und mußten ihre Betriebe zusammenlegen, was sich ohne Hindernisse bewerkstelligen ließ. Dadurch wurde die Aktiengesellschaft zur typischen Betriebsform.

² Vgl. hierzu, ARNDT, Die allgemeinen rechtlichen und polizeilichen Verhältnisse des Bergbaus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Aufl., 2. Bd., S. 547 ff., Jena 1899.

In Deutschland hat sich das Bergregal nie in einer solchen Weise zersplittern können, da die Territorialpolitik der Fürsten bewußt sämtliche Regalien zu vereinigen suchte. Trotzdem blieben die Bergwerksunternehmungen vorerst klein und unselbständig, denn der Staat betrachtete kleinere Unternehmungen als die günstigere Betriebsform. Er verfolgte diese Politik, indem er immer nur kleine Lehen abgab und die Form von Aktiengesellschaften untersagte. Zur typischen Unternehmung des 18. Jahrhunderts wurde deshalb die «Gewerkschaft», eine Vereinigung verschiedener Bergleute mit dem Ziel des gemeinsamen Abbaus. Mitte des 19. Jahrhunderts drängte sich aber die Notwendigkeit größerer Betriebe immer mehr auf. Da sich die Bodenschätze ja nicht im Privateigentum befanden, konnten die Erfordernisse des herannahenden Hochkapitalismus ohne einschneidende Enteignungen erfüllt werden: Durch die Bergrechtsreform von 1865 wurde die Form der Aktiengesellschaft erlaubt, eine neue Politik in der Verpachtung der Regalien festgelegt und dadurch eine rasche wirtschaftliche und technische Entwicklung ermöglicht. Die Zunahme der Kohlenproduktion von 1865 bis 1913 von 22³ auf 190 Millionen Tonnen beweist den Erfolg der getroffenen Maßnahme.

Auch in England⁴ hatte das im Mittelalter bestehende Regal des Königs an sämtlichen Bodenschätzen im Jahre 1568 den Ansprüchen der mächtigen Grundherren weichen müssen. Ein richtlicher Entscheid bestimmte in einem Prozeß der aristokratischen Großgrundbesitzer von Northumberland gegen die Krone, daß nur die «Royal Mines», das sind Gold und Silber, dem König gehören sollen. Im 17. Jahrhundert betrachtete man eine obrigkeitliche Verleihung der Bodenschätze als Monopol, bekämpfte sie im Namen der wirtschaftlichen Freiheit und brachte so die letzten Reste des Regals zum Verschwinden. Als sich im 18. Jahrhundert die Unzulänglichkeit der bestehenden Regelung zu erweisen begann und die Forderung nach einer Änderung auftauchte, verhinderte der Einfluß der Großgrundbesitzer — die verglichen mit Frankreich viel zahlreicher waren — jeglichen Wechsel. Im Unterschied zu den kontinentalen Ländern konnte deshalb die Rechtsordnung, solange die meisten Vorkommen noch unentdeckt waren, den wirtschaftlichen Veränderungen nicht angepaßt werden. Nachdem im 19. Jahrhundert bereits viele Vorkommen abgebaut wurden, ließ sich eine Änderung politisch erst recht nicht mehr durchführen, denn sie wäre einer Enteignung der einflußreichen Grundbesitzer gleichgekommen. Deshalb hat sich das überholte englische «Bergrecht», wenn man das Fehlen eines eigentlichen Bergrechts so bezeichnen darf, bis 1938 «wie eine ewige Krankheit» von Generation zu Generation vererbt.

Nach der privatrechtlichen Regelung war der Grundeigentümer Besitzer

³ SPIETHOFF, a.a.O., Tabelle 20.

⁴ Vgl. zur geschichtlichen Entwicklung des englischen Bergrechts, außer der bereits zitierten Literatur, die ausführlichen Darstellungen bei J. U. NEF, *The Rise of the British Coal Industry*, London 1932, Kapitel 2 und 3, sowie T. S. ASHTON and J. SIKES, *The Coal Industry of the 18th Century*, Manchester 1929, Kapitel 11.

einer Pyramide, deren Spitze im Erdmittelpunkt liegt und konnte über sämtliche darin enthaltene Mineralien frei verfügen. Gegen eine Entschädigung, die sogenannte «Royalty», konnte er die Bergbauberechtigung für eine längere Periode — üblicherweise für 20–60 Jahre — verpachten. Die Art der Berechnung dieser Royalties variierte im Laufe der Zeit: Im 17. Jahrhundert forderten die Grundbesitzer eine hohe Globalsumme oder eine Abgabe in natura; mit steigender Förderung verlangten sie eine Entschädigung pro gewonnene Tonne, die im 19. Jahrhundert etwa 6 d⁵ betragen hat und im 20. Jahrhundert an einzelnen Orten bis auf 4 d zurückgegangen ist. Der Ansatz war aber nicht einheitlich, sondern variierte in den einzelnen Distrikten. Auch die unterirdischen Wegführungen unterlagen einer Abgabe, der sogenannten «Wayleave». Die Totalsumme aller bezahlten Royalties und Wayleaves ergab durchschnittlich einen Betrag von sechs⁶ Millionen Pfund pro Jahr, unterlag aber einer starken Besteuerung.

Infolge dieser bergrechtlichen Eigenheit bestand in England das Problem der «Nationalisierung der Kohlenvorkommen», wie die Änderung des Bergrechts bezeichnet wird, unabhängig von der Nationalisierung der Bergwerke. Eine Nationalisierung der Kohlenvorkommen lag aus betriebswirtschaftlichen Gründen auch im Interesse der Unternehmer — sofern sie nicht gleichzeitig Landeigentümer waren — und wurde deshalb nicht nur von sozialistischer Seite gefordert.

2. Wirtschaftliche Auswirkungen der bergrechtlichen Eigenheit Englands⁷

Im Rahmen der Wirtschaftsordnung des Frühkapitalismus hat die englische Eigentumsordnung für Bodenschätze zum raschen Aufstieg des Kohlenbergbaus beigetragen: Die Grundeigentümer waren an der Gewinnung von Kohle auf ihrem Boden wirtschaftlich interessiert und unterstützten Forschung und Abbau. Das bewirkte wiederum, daß gleichzeitig im ganzen Land mit der Förderung der volkswirtschaftlich dringend nötigen Kohle begonnen werden konnte, und begünstigte das Entstehen von vielen kleineren Betrieben, die teils durch den Grundeigentümer und seine Familie selbst geführt wurden, teils aber an einige Bergleute verpachtet waren. Allen Gruben gemeinsam war die geringe Kapitalausstattung und die geringe Verwendung technischer Hilfsmittel, denn zu Beginn wurde ja meist im Tagbau abgebaut. Trotzdem hat sich der englische Bergbau — als einer der ersten Produktionszweige — zu einem eigentlichen — frühkapitalistischen — Industriesystem entwickeln können. Solange die technischen Mittel zu einer Förderung von Kohle in großem Stil noch fehlten, machten sich weder die dem Abbau gesetzten, zufälligen Grenzen noch die geringe Einsatzmöglichkeit

⁵ Vgl. Coal Industry Commission (Sankey Commission), London 1919, vol. III, Charts 35 A. B. C.: Graphische Darstellung der Entwicklung der Royalties.

⁶ Samuel Commission, a.a.O., vol. I., S. 81.

⁷ Vgl. das Zitat zu Beginn dieses Kapitels, Reid Report, a.a.O., S. 30 und 37.

von Menschen und Maschinen negativ bemerkbar. Im Gegenteil, die Betriebsgröße war annähernd optimal, und der Kohlenbergbau schien das Musterbeispiel einer freien Konkurrenz zu sein, in der sich die einzelnen Gruben gegenseitig zur Mehrleistung anspornten.

Mit dem Übergang zum Hochkapitalismus, der Entwicklung neuer Organisationsformen und der zunehmenden Technisierung waren die Vorteile eines Kleinbetriebs in immer größerem Maße dahingefallen, und die Nachteile des privatrechtlichen Eigentums an den Bodenschätzen traten immer deutlicher zutage: Der englische Bergbau verharrte auf der Stufe des frühkapitalistischen Kleinbetriebs⁸, welcher den zu Beginn dieses Kapitels beschriebenen Eigenheiten nicht mehr gerecht werden konnte.

Das Fehlen eines eigentlichen Bergrechtes machte sich auf verschiedene Weise bemerkbar: Am schwersten fiel der Mangel einer zentralen Kontrolle ins Gewicht, die den Abbau der Kohlenvorkommen hätte planen und lenken können. Unter der herrschenden Ordnung blieb die Entstehung der Gruben dem Zufall überlassen – oder, besser gesagt, dem Eigensinn von Tausenden von Kleingrundbesitzern. Oft waren diese nicht willig, die Errichtung einer Grube zu gewähren, oder stellten unmögliche Bedingungen. In den meisten Fällen lag ein Kohlenflöz, das am rationellsten als Einheit abgebaut worden wäre, unter verschiedenen Landstücken. Wenn nun nicht alle Grundeigentümer das Recht zur Gewinnung gewährten, war ein geordneter Abbau unmöglich. Wenn sie in der Absicht, so viel wie möglich aus ihrem Boden herauszuholen, die Erlaubnis an verschiedene Unternehmer erteilten, so entstanden an Stelle einer Grube von optimaler Größe eine Vielzahl von Zwergbetrieben. Um die rechtlichen Grenzen unter der Erde ja nicht zu verletzen, mußten zudem große Kohlenflöze als Barrikaden stehen gelassen werden. Dieser Zustand war nicht etwa eine Ausnahme, sondern bildete die Regel. Dazu kommt die Tatsache, daß der durchschnittliche Grundbesitz, gemessen an der optimalen Größe einer Grube, außerordentlich zersplittert ist. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß in Großbritannien – mit zunehmender Produktion – immer neue Kleingruben entstanden und sich der englische Kohlenbergbau als Ganzes zu einem ungeheuer zersplitterten Industriesystem entwickelte.

Während des ganzen 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts machten die »Royaltywirtschaft« und vor allem die langfristig abgeschlossenen Royaltyverträge eine strukturelle Anpassung der Kohlenindustrie unmöglich. Die Verträge selbst hatten sich von einfachen Abmachungen zu komplizierten Vertragswerken entwickelt und enthielten die Gewinnung hemmende und einschränkende Bestimmungen. Die finanzielle Abgabe, die ebenfalls durch die Verträge zum voraus fixiert worden war, betrug in depressiven Zeiten oft mehr als das Doppelte des Gewinnes, bedeutete eine starke preisliche Belastung und erschwerte den Export. Dies im Gegensatz zu Ländern mit staatlichen Regalabgaben, die den Ansatz im gleichen Fall bedeutend leicht-

⁸ Weitere Ursachen der Stagnierung finden sich im 5. Kapitel, ökonomische Bedingungen.

ter variieren konnten. Wieviel derartige Verträge ein Bergwerksbesitzer abschließen mußte, um seine Grube nur einigermaßen der optimalen Größe anzunähern, zeigt sich in einer Aufstellung der Santez Commission⁹, die allerdings nur Gruben mit mehr als zehn Beschäftigten umfaßt: Im Jahre 1925 hatten rund 35 % der Unternehmungen mit fünf und mehr Grundeigentümern Verträge abgeschlossen, während nur rund 22 % innerhalb der Grenzen eines Eigentümers blieben.

Allerdings war auch eine größere Anzahl von — sich widersprechenden — Vertragswerken ein noch geringes Übel verglichen damit, daß ein Großteil der Gruben überhaupt keine Erlaubnis zur Ausdehnung ihrer Produktion auf das benachbarte Grundstück erhalten hat. Diese Situation war aber bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorherrschend. Auch als die Vorteile von Großbetrieben von immer weiteren Kreisen erkannt wurden, wirkten einer Konzentration noch stärkere Gegenkräfte in Form der materiellen Interessen der kurzsichtigen Grundbesitzer entgegen. Die Zahl der Gruben hat deshalb während des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts nur geringfügig abgenommen und ihre durchschnittliche Produktion ist nur ungenügend gestiegen: Im Jahre 1875 förderten 4933¹⁰ Gruben 131 Millionen, im Jahre 1913 3389 Gruben 287 Millionen Tonnen Kohle. Mit anderen Worten: In 38 Jahren hat sich die Grubenzahl um 1644 oder 44 Gruben pro Jahr vermindert, während die durchschnittliche Förderung von 27 000 auf 85 000 Tonnen pro Grube zugenommen hat. Ein Vergleich mit dem Ruhrgebiet, wo im Jahre 1913 eine Zeche durchschnittlich 480 000¹¹ Tonnen förderte, illustriert drastisch, wie ungenügend die Konzentrationsbewegung in England war.

3. Folgen der Zersplitterung

Neben den bereits im Kapitel über die natürlichen Bedingungen¹² behandelten Wirkungen auf die Kartellbildung, war vor allem der Einfluß der Zersplitterung auf die Rationalität des englischen Kohlenbergbaus verheerend. An und für sich ist zwar die Betriebsgröße eines Unternehmens noch kein Beweis für seine Wirtschaftlichkeit, denn viele kleinere Bergwerke sind in ihrer Förderkapazität ebenso leistungsfähig wie die großen; — wichtig ist aber die optimale Größe, die wiederum von verschiedenen natürlichen und technischen Faktoren abhängt. Hierzu ist nun zu sagen, daß die durchschnittliche Betriebsgröße der englischen Gruben — wie aus den Gutachten verschiedener Untersuchungskommissionen hervorgeht — weit vom Optimum entfernt ist. Obwohl die meisten Royalty-Verträge eine Klausel enthielten, worin «die anerkannt beste Methode des Abbaus» vorgeschrieben war, konnten die Grubenbesitzer unter den herrschenden Umständen nicht rationell abbauen: Erstens konnte in den kleinen Gruben ein wesentlicher

⁹ a. a. O., vol. III, S. 230.

¹⁰ NEUMANN, a. a. O., S. 46 und 145, vgl. auch SAMUEL COMMISSION, vol. I, a. a. O., S. 240, Anmerkung über die Berechnung der Grubenzahl unter dem Coal Mines Act.

¹¹ Vgl. WIEL, a. a. O., S. 163, berechnet nach einer Tabelle der Größengliederung.

¹² Vgl. S. 31.

Teil der arbeitssparenden Maschinen aus rein technischen Gründen nicht eingesetzt werden; zweitens hätte sich der Einsatz infolge der geringen Fördermenge wirtschaftlich nicht rentiert, und drittens fehlte den Unternehmern das Kapital, um größere Investitionen überhaupt durchzuführen. Am besten illustriert eine Darstellung der Produktivität und der Mechanisierung diese Situation. Ein derart genereller Überblick wird aber dem Kapitel über die ökonomischen Bedingungen vorbehalten, in dem vorerst noch weitere Gründe der mangelnden Investitionen behandelt werden. An dieser Stelle sollen einzig ein paar Beispiele¹³ ein typisches Bild von den Wirkungen der Zersplitterung vermitteln.

Von den Einrichtungen, die nur in größerem Maßstab rentabel sind, fehlten außer mechanischen Beförderungsanlagen und zentralen Pumpvorrichtungen vor allem Wasch- und Sortiereinrichtungen. Große Mengen von Klein- und Staubkohle, die mit Hilfe derartiger Anlagen der Volkswirtschaft hätten zugeführt werden können, mußten deshalb häufig als Füllmaterial verwendet werden. Der daraus entstehende Verlust wird am Beispiel von Lancashire deutlich, wo mit Hilfe einer Wasch- und Sortieranlage die anfallenden Mengen verkaufbarer Kleinkohle bis auf 8,3 % der Produktion gesteigert werden konnte, währenddem der gesamtenglische Durchschnitt 4,7 % und der schottische nur 1,1 % betrug; dabei hätte prinzipiell ganz Großbritannien den Satz von Lancashire erreichen können. Einen ähnlichen Verlust hatte der Mangel an Brikettierungsanlagen zur Folge: Allein für die Distrikte in West- und Mittelengland beziffert sich der durchschnittliche Verlust auf über zwei Millionen Tonnen.

Eine Untersuchung des «Coal Conservation Committee» stellte zudem eine viel zu geringe Anwendung von Elektrizität fest. Das Problem liegt hier darin, die übermäßige Wärme einiger Grubenmaschinen sowie die Koks-ofengase in zentralen Kraftwerken auszunutzen. Durch eine derartige Einrichtung konnten beispielsweise im Durham-Distrikt kurz vor dem ersten Weltkrieg jährlich etwa 150 000 Tonnen Kohle eingespart werden. Weitere erhebliche Gewinne hätten durch den Ausbau der Kokereien und anderer Nebenprodukt-Industrien erzielt werden können, denn im Jahre 1907 wurde in Großbritannien, trotz einer doppelt so großen Gesamtförderung von Kohle wie in Deutschland, nur halb so viel Koks erzeugt.

Die Zersplitterung hatte auch andere als technische Wirkungen, die aber nicht weniger schwer ins Gewicht fielen. Vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt bedeutete sie eine ungeheure Verschwendung von Produktionsmitteln; sozial drückte sie sich in schlechten Arbeitsbedingungen und menschenunwürdigen Wohnverhältnissen aus; und den englischen Ingenieuren nahm sie fast jegliche Möglichkeit, ihr Können nutzbringend anzuwenden – es ist deshalb nicht erstaunlich, daß ein großer Teil den Arbeitsplatz auf den Kontinent verlegte und vor allem entscheidend am Aufbau des größten Konkurrenten Englands, der Ruhrkohlenindustrie, mitgewirkt hat.

¹³ Vgl. dazu: SCHMID, Nationalisierung, a.a.O., S. 17ff.

Ökonomische Bedingungen

«Continental industries have been able to command adequate financial resources with which to carry out major technical improvements, and have also been helped by more favourable taxation arrangements than in Britain. The British industry, as a whole, has been in a perpetual state of financial embarrassment, and the long-standing uncertainty surrounding the future ownership of the Industry has not been conducive to expenditure on long-term improvements necessary to raise the general efficiency of the Industry.»

Reid Report

In diesem Kapitel werden primär nicht innerwirtschaftliche, sondern vielmehr äußere, gesamtwirtschaftliche Bedingungen besprochen und deren Einfluß auf die Entwicklung und Struktur des Kohlenbergbaus herausgearbeitet.

I. Die Rolle des Kohlenbergbaus im Rahmen der frühen und raschen Entwicklung der britischen Volkswirtschaft

Einer der hervorstechendsten Charakterzüge der Geschichte des englischen Kohlenbergbaus ist sein früher und rascher Aufstieg vom Kohlengewerbe zum großartigen frühkapitalistischen Industriezweig. Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein wurde dieser Aufstieg bewundert und als Beispiel für den Erfolg einer freiheitlichen, der vollkommenen Konkurrenz ähnlichen Wirtschaftsordnung angeführt. Heute aber muß man sich füglich fragen, ob nicht gerade die blühende Jugendzeit den Kohlenbergbau vorzeitig «altersschwach» gemacht hat? Um diese Frage zu beantworten, ist es nötig, sich vorerst die Gründe des raschen Aufstiegs zu vergegenwärtigen.

Als Ursachen haben wir in den vorhergehenden Kapiteln die günstigen natürlichen und — mit sehr wesentlichen Einschränkungen — rechtlichen Bedingungen angeführt. Sie allein hätten jedoch nie einen derartigen Aufstieg begründen können, wenn nicht die aufstrebende britische Industrie¹ eine ständig steigende Menge Kohlen benötigt hätte. Die dadurch während des 18. und 19. Jahrhunderts rapid zunehmende Nachfrage ist der Hauptgrund der raschen Entwicklung des Kohlenbergbaus. Sie wiederum war nur in einem Land möglich, das erstens für seinen Lebensunterhalt auf den Austausch von Industrieprodukten angewiesen ist, zweitens über einen großen Absatzmarkt für Industrieprodukte und über die nötigen Transportmittel verfügt, drittens die unentbehrlichen Rohmaterialien und technischen Kenntnisse zum Aufbau einer Industrie besitzt, und viertens eine freiheit-

¹ Die Industrialisierung Englands Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts muß hier notgedrungen als vorausgesetzt betrachtet werden. Zur Ergänzung der fragmentarischen Zusammenfassung vgl. J. H. CLAPHAM, *An Economic History of Modern Britain*, 3. vols., Cambridge 1927/38, vor allem Band 2

liche Wirtschaftsverfassung hat. Das Zusammentreffen aller dieser Faktoren hat England zum Ausgangsland der industriellen Revolution gemacht und hat dadurch der englischen Kohlenindustrie zu ihrem Aufstieg verholfen: Das landwirtschaftlich ungünstig, im Norden des europäischen Kontinents gelegene Inselreich war, um die nötigen Nahrungsmittel für seine stark zunehmende Bevölkerung zu erhalten, auf einen Tauschhandel mit anderen Ländern angewiesen. Das naheliegendste waren Industrieprodukte, deren materielle Voraussetzung durch die reichen Bodenschätze gegeben waren und deren Massenfabrikation durch die Erfindungen von James Watt und anderen Pionieren ermöglicht wurde. Ein großer Absatzmarkt — das ist das wesentlichste — war allein schon durch die Kolonien gegeben; mit Hilfe der englischen Handelsflotte konnte der Verkauf aber auch auf andere Länder ausgedehnt werden. Schließlich wurde die zum Erfolg unentbehrliche freiheitliche Wirtschaftsverfassung bereits durch die liberalen und freihändlerischen Lehren der Manchesterschule und ihrer Vorgänger in immer stärkerem Maße gewährleistet.

Im Rahmen dieser günstigen Ausgangslage der englischen Volkswirtschaft spielte der Kohlenbergbau eine wichtige Doppelrolle: Volkswirtschaftlich betrachtet, lieferte er eines der wesentlichsten Rohmaterialien und trug so zum Gelingen der Industrialisierung bei; einzelwirtschaftlich profitierte er von der steigenden Nachfrage und konnte sich deshalb rasch vergrößern, wobei die günstige Verteilung der Kohlenvorkommen, die leicht abzubauenen Flöze und vorerst auch die den Abbau stimulierende Eigentumsordnung für Bodenschätze seinen Aufstieg wesentlich begünstigten.

Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die steigende Nachfrage nach Kohle zur Hauptsache durch den Konsum der aufstrebenden einheimischen Schwerindustrie bestimmt. Als diese in den siebziger Jahren eine größere Krise, bedingt durch die zunehmende Konkurrenz anderer Länder, durchmachte, konnte die von einem Nachfragerückgang bedrohte Kohlenindustrie ihre überschüssige Produktion im Ausland absetzen, dessen Kohlenbedarf infolge der zunehmenden Industrialisierung stieg. Zur richtigen Zeit wurden auch die Meeresfrachtraten wesentlich erniedrigt, verbilligten den Exportpreis und ermöglichten so einen Absatz, der den inländischen Ausfall mehr als kompensierte.

Bis zum ersten Weltkrieg verlagerte sich deshalb der Absatz immer mehr auf den Exportmarkt. Von einem Zehntel der Produktion im Jahre 1860 stieg die Ausfuhr auf ein Viertel um die Jahrhundertwende und erreichte ein Drittel zu Beginn des ersten Weltkriegs. Es waren vor allem die westlichen Mittelmeerländer² und Südamerika, in denen sich die Industrialisierung erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts durchgesetzt hatte, die neu als Abnehmer englischer Kohle hinzukamen. Diese zusätzlichen Absatzmöglichkeiten haben die bestehenden strukturellen Mängel bis zu Beginn des ersten Weltkrieges verdecken können.

² Vgl. 3. Kapitel, natürliche Bedingungen, S. 26ff.

2. Die Kohlenindustrie im «Prozeß der schöpferischen Zerstörung»

Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, im Detail auf den Fortschritt einzutreten, der in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht während des 19. Jahrhunderts erzielt worden ist. Zum weiteren Verständnis genügt es, sich vor Augen zu halten, daß die Technik einen ungeheuren Aufschwung genommen hat und dadurch neue Organisationsformen nötig geworden sind: Vom Kleinbetrieb verlagerte sich die wirtschaftliche Haupttätigkeit auf die Großindustrie mit Hunderten und Tausenden von Beschäftigten, und die Familiengesellschaften mußten zu Aktiengesellschaften erweitert werden, um dem ständig steigenden Kapitalbedarf zu genügen.

Während aber die englische Schwerindustrie wie auch Industrien anderer Länder sich in diesem «Prozeß der schöpferischen Zerstörung» den modernen technischen Gegebenheiten und Organisationsmöglichkeiten anpassen, gelang das dem englischen Kohlenbergbau nicht im gleichen Maße. In vielen Fällen wurde der bisherige Familienbetrieb zwar in eine Familienaktiengesellschaft oder eine Aktiengesellschaft umgewandelt, aber nur selten war damit eine wesentliche Vergrößerung und Rationalisierung verbunden. Wohl hat sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Grubenzahl³ etwas verkleinert; im großen und ganzen besaß das Bestehende aber ein außerordentliches Beharrungsvermögen. Die frühkapitalistische Wirtschaftsstruktur mit all den ihr anhaftenden Mängeln hat sich deshalb im englischen Kohlenbergbau bis weit ins 20. Jahrhundert hinein erhalten können.

Die Frage, ob sich der frühe und rasche Aufstieg der Kohlenindustrie im 19. Jahrhundert, vom heutigen Standpunkt aus betrachtet, nicht als außerordentlich schädlich erweise, läßt sich in Würdigung der geschichtlichen Rolle der Kohle kaum absolut beantworten: Einmal ist die industrielle Entwicklung in England und in verschiedenen Kohlenimportländern ohne eine genügende Versorgung mit Kohle vollständig undenkbar; dann aber besteht kein Zweifel daran, daß der englische Kohlenbergbau heute noch seiner früheren Pionierleistung Tribut zollt. Hauptsächlich infolge des überstürzten Aufstiegs haben sich die natürlichen und rechtlichen Bedingungen zu einem Hemmschuh entwickelt — seinetwegen ist die Kohlenindustrie heute das Sorgenkind der englischen Volkswirtschaft.

3. Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf die innerwirtschaftliche Struktur des englischen Kohlenbergbaus

Die beiden wichtigsten Ergebnisse der obigen Untersuchung sollen vorerst kurz festgehalten werden: Einerseits ist der Kohlenbergbau als Einheit betrachtet im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu einem der bedeutendsten Industriezweige der englischen Volkswirtschaft geworden, andererseits aber hat sein innerwirtschaftlicher Aufbau, in einem Zeit-

³ Vgl. 4. Kapitel, rechtliche Bedingungen, S. 39.

abschnitt ungeheurer technischer Umwälzungen, keine wesentlichen Wandlungen durchgemacht. Während die ständig wachsende Nachfrage nach Kohlen die Industrie dazu angeregt hat, sich ununterbrochen zu erweitern, setzte die rechtliche Eigentumsordnung für Bodenschätze der Ausdehnung der bestehenden Gruben künstliche Grenzen und erzwang deshalb die Entstehung neuer, jedoch kaum größerer Bergwerke, so daß der Kohlenbergbau als eine Sammlung von Kleinbetrieben auf der frühkapitalistischen Stufe verharrete.

Diese Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung des 19. Jahrhunderts haben sich sowohl positiv wie negativ ausgewirkt: Als positiv ist vorerst das Entstehen der großen Kohlenindustrie überhaupt zu werten, die ihre Aufgabe im Rahmen der englischen Volkswirtschaft des 19. Jahrhunderts relativ zufriedenstellend erfüllte; zu den negativen Folgen zählt die Tatsache, daß die frühkapitalistische Struktur des Kohlenbergbaus sich nach dem Weltkrieg 1914/18 sehr ungünstig auswirkte.

Die aufstrebende Kohlenindustrie, deren relativ hohe Gewinne immer neue Unternehmungen dazu veranlaßten, sich in den Produktionsprozeß einzuschalten, blühte in Tat und Wahrheit keineswegs so, wie man es sich im allgemeinen vorstellte. Wohl verdienten die vielen Kleinbetriebe ihren Lebensunterhalt redlich, und ihre Besitzer gelangten sogar oft zu beträchtlichem Wohlstand. Die finanziellen Mittel⁴ reichten jedoch bei weitem nicht aus, um die Grube den technischen Neuerungen ständig anzupassen. Meist blieben deshalb die bei Beginn des Abbaus erstellten technischen Einrichtungen bis zur Erschöpfung der Kohlenvorräte bestehen und wurden, selbst wenn ein rationeller Abbau nicht mehr gewährleistet war, weder ersetzt noch erneuert. Man kann deshalb von einer eigentlichen finanziellen Notlage der Kohlenindustrie des 19. Jahrhunderts sprechen, wobei sich dieser Ausdruck auf die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung bezieht und keineswegs den Wohlstand einzelner Grubenbesitzer betrifft. Andere Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung gab es kaum, denn das englische Bankensystem⁵ gewährte der Industrie nur in seltenen Fällen Kredithilfe, eine Beanspruchung des öffentlichen Kapitalmarktes kam für Kleinbetriebe nicht in Frage, und die einzelnen Grubenbesitzer widersetzten sich der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, solange sie nicht durch die wirtschaftliche Lage dringend zu Verbesserungen gezwungen wurden.

Die Entwicklung der Preise⁶, Kosten und Gewinne um die Jahrhundertwende illustriert diesen Mangel an Kapital zur Selbstfinanzierung größerer Investitionen im durchschnittlichen Kleinbetrieb.

⁴ Vgl. das Zitat zu Beginn dieses Kapitels, Reid-Report, a.a.O., S. 38.

⁵ Vgl. zur Rolle des englischen Bankensystems die Bemerkungen auf S. 48.

⁶ Vgl. Sankey Commission, a.a.O., Vol. III, S. 7; die Tabelle ist aus den dort angegebenen Ziffern errechnet.

Preise, Kosten und Gewinne von 1889–1913

Jahr	Preis	Profit	Lohn	Totalkosten	Royal- ties	Löhne pro Jahr
(pro Tonne geförderte Kohle in s. d.)						
1889/93	7/4,2	0/ 9,8	4/7,1	6/0,4	0/6	58 £
1894/98	6/2,2	0/ 4,7	—	5/3,5	0/6	—
1899/1903 ..	8/8,8	1/ 2,5	5/5,5	7/0,2	0/6	35 £
1904, 08	7/11	0/10,5	—	6/6,5	0/6	—
1911	8/2	0/ 7,5	—	7/0,5	0/6	—
1913	10/1,5	1/ 5,4	6/4	8/2,1	0/6	82 £

Wegen der immer schlechter werdenden Abbaubedingungen und der erfolgreichen Tätigkeit der Gewerkschaften⁷ hatten die Gewinnungskosten eine steigende Tendenz. Einzig der Kostenfaktor Royalty ist konstant geblieben. Es konnte deshalb der zu jener Zeit übliche Durchschnitt von 6 d pro geförderte Tonne in die Tabelle eingesetzt werden. Die Preise waren durch die Konjunktur ständigen Schwankungen unterworfen. Sie sind in der Tabelle als Vierjahresdurchschnitt der verschiedenen Distrikte wiedergegeben, können die wirklichen Bewegungen nur abgeschwächt ausdrücken und lassen vor allem der Entwicklung in den Exportdistrikten nicht genügend Gerechtigkeit widerfahren. Es ist verständlich, daß die zum Teil unter den Royalties liegende Bruttogewinnmarge als Differenz zwischen den steigenden Kosten und den schwankenden Preisen kaum zur Finanzierung von großen Projekten genügen konnte. Eine kleine Überschlagsrechnung soll diese Behauptung für das Jahr 1889 verdeutlichen: Aus der Fördermenge von 176⁸ Millionen Tonnen und der Grubenzahl von 4400⁹, ergibt sich eine durchschnittliche Jahresproduktion von 40 000 Tonnen Kohle pro Grube. Der entsprechende Bruttogewinn von 1670 Pfund nimmt sich, verglichen mit dem Arbeitereinkommen von 58 Pfund (durchschnittliche Beschäftigungszahl: 142, totale Lohnsumme: 7100 Pfund), recht bescheiden aus, wenn man berücksichtigt, daß damit — neben dem kostspieligen Lebensunterhalt eines Grubenbesitzers — große Investitionen hätten bestritten werden sollen. Oft wird die Schuld an den geringen Investitionen allerdings den Grubenbesitzern in die Schuhe geschoben¹⁰. Eine derartige Ansicht übersieht aber vollständig den Gesamtzusammenhang der verschiedenen äußeren

⁷ Vgl. 6. Kapitel, soziologische Bedingungen, S. 53.

⁸ CYB 1949, a.a.O., S. 525.

⁹ Vgl. 4. Kapitel, rechtliche Bedingungen, S. 39; die Zahl 4400 wurde unter Voraussetzung einer proportionalen Abnahme berechnet.

¹⁰ Vgl. hierzu ISADOR LUBIN, Coal Industry, in: Encyclopaedia of the Social Sciences, New York 1930, vol. III, S. 588; H. G. WELLS, World of William Clissold, book IV, S. 508 und Reid Report, a.a.O., S. 30–38.

Voraussetzungen der Nationalisierungsreife. Es sei deshalb nochmals betont, daß primär äußere Faktoren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bedingt haben: Nicht der Individualismus der Grubenbesitzer, sondern die rechtlichen und natürlichen Verhältnisse haben jegliche Konzentration verhindert; nicht eine übertriebene Rückständigkeit, sondern die geringen Gewinne sind der hauptsächlichliche Grund der mangelnden Investitionen.

Die konkreten Wirkungen des geringen Kapitaleinsatzes auf die Produktion sollen im folgenden an einigen charakteristischen Tatsachen erörtert werden.

a) Unökonomische Abbaumethode und Organisationsform

Von der Samuel Commission¹¹ angestellte Untersuchungen über die optimale Betriebsgröße ergeben, daß der Großbetrieb auch unter den in England herrschenden Abbaubedingungen die rationellste Betriebsform ist: In einem Untersuchungskollektiv von 653 Gruben mit fast 95 % der englischen Produktionskapazität — die Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten sind ausgenommen — liegen die Großbetriebe mit einer Produktion von mehr als zwei Millionen Tonnen pro Jahr in bezug auf Produktivität und Gewinnhöhe bei weitem an der Spitze. Ihre Zahl beträgt allerdings nur neun. Weit aus am meisten, nämlich 307 Gruben, gewinnen jährlich zwischen 5000 und 200000 Tonnen und ihr pro Tonne erzielter Gewinn ist um mehr als 2 s kleiner als bei den Großbetrieben.

Zu einem ähnlichen Resultat kommt eine Messung¹², die an Stelle der Produktionsmenge die Beschäftigtenzahl als Maßstab der Betriebsgröße verwendet:

Produktivität nach Betriebsgrößen

Beschäftigtenzahl	Produktivität (O.M.S.) ¹³	
	at the face	overall
Weniger als 50	1,3	0,83
50— 500	2,0	0,85
500—1000	2,1	0,86
1000 und mehr	2,4	0,91
Total	2,2 t	0,88 t

Diese Darstellung läßt verstehen, daß die kleineren Betriebe, um überhaupt einen Gewinn zu erzielen, nur die besseren, dickeren und weniger tief gelegenen Flöze in Angriff nahmen. Die im Laufe der Zeit deshalb zunehmenden Abbauschwierigkeiten gehen aus den folgenden Ziffern hervor:

¹¹ a. a. O., vol. I., S. 259; die Ziffern gelten für das Jahr 1923.

¹² Samuel Commission, vol. I, S. 264, die Ziffern sind von Cwts. vom Verfasser in t umgerechnet.

¹³ Vgl. Anmerkung Nr. 16, S. 21.

1913 waren 55 %¹⁴ aller im Abbau befindlichen Flöze dicker als 4 feet, 1924 waren es nur noch 51 %. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Kohle, die aus Tiefen unter 500 yard gewonnen werden mußte, von 77 % auf 81 % gestiegen. In Anbetracht des kurzen Zeitintervalls sind das recht erhebliche Unterschiede.

Eine Folge der zunehmenden Teufe ist der längere und mehr zeitraubende Weg unter Tag bis zur Abbaustelle. Das bringt beträchtliche Mehrkosten mit sich, denn erstens muß eine bedeutend größere Zahl Transport-Arbeiter eingesetzt werden, und zweitens wird die effektive Arbeitszeit wesentlich verkürzt.

b) Geringe Mechanisierung

Im Vergleich mit andern Ländern wird in England nur ein geringer Prozentsatz Kohle maschinell abgebaut. Auch dies ist zum Teil eine Folge der raschen und zufälligen Errichtung und Planung einzelner Gruben, wodurch sich der Einführung von Maschinen neben finanziellen auch technische Hindernisse entgegenstellten. «The lay-out of the continental mines with straight level roads driven through the strata provided a foundation for reorganisation of the underground workings. In Britain the undulating and often circuitous roadways extending far from the shafts require more drastic and more difficult reconstruction for the attainment of full efficiency¹⁵.»

Der Anteil maschinell geschnittener Kohle betrug deshalb zu Beginn des 20. Jahrhunderts in England nur 1 ½ %¹⁶ im Vergleich zu 25 % in den Vereinigten Staaten. Es muß allerdings berücksichtigt werden, daß die geologischen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten den Einsatz von Maschinen weitgehend begünstigen, während die dünneren Flöze und die härtere Kohle Englands sich weniger zum maschinellen Abbau eignen.

c) Sinkende Produktivität

Am deutlichsten spiegeln sich die betriebswirtschaftlichen Mängel in der Produktivität wider. Während den ersten fünfundsechzig Jahren des 19. Jahrhunderts ist die durchschnittliche Jahresleistung eines Beschäftigten in allen Kohlenländern stetig gestiegen und erreichte 1879 in England eine Höhe von 319 Tonnen¹⁷. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die in der Folge von den erstarkten Gewerkschaften in vielen Ländern durchgesetzt werden konnte, hat einer weiteren Steigerung entgegengewirkt. Wenn auch etwas langsamer, so ist die Produktivität in Deutschland aber trotzdem weiter gestiegen. Das im Gegensatz zu England: Bis 1889 war die jährliche Leistung bereits auf 282 Tonnen gefallen und ist in den folgenden Jahren, verstärkt durch eine allgemeine Reduktion der Arbeitszeit als Resultat des Coal Mines Act von 1908, sogar bis auf 257 Tonnen gesunken.

¹⁴ Samuel Commission, a.a.O., vol. I, S. 123.

¹⁵ Reid Report, a.a.O., S. 128.

¹⁶ Samuel Commission, a.a.O., vol. I, S. 122.

¹⁷ Samuel Commission, a.a.O., vol. I., S. 115 und Graphik S. 294.

4. Weitere strukturelle Eigenheiten der britischen Volkswirtschaft

a) Das englische Bankensystem

Von großer Bedeutung ist der Unterschied zwischen dem englischen und dem kontinentalen Bankensystem: Während die englischen Banken prinzipiell eine industrielle Betätigung ablehnen, sehen die kontinentalen Banken darin eine ihrer wichtigsten Aufgaben.

Der Kleinbetrieb des englischen Kohlenbergbaus konnte deshalb nur selten um Kredithilfe nachsuchen; die in den Jahren 1899–1914 öffentlich aufgenommenen Gelder beziffern sich im Durchschnitt auf höchstens¹⁸ 1 bis 2 Millionen Pfund. Deshalb haben auch die Banken nur selten in die innere Organisation der einzelnen Unternehmungen und den strukturellen Aufbau des Kohlenbergbaus eingegriffen und eingreifen können, so daß sich die Grubenbesitzer die ihnen passende Unternehmungsform meist unbeeinflußt wählen konnten. Indessen hat beispielsweise das deutsche Bankensystem, das durch den Ausbau des Ruhrkohlenbergbaus stark beansprucht wurde, die Gewährung von Geldern vom Zusammenschluß kleinerer Betriebe zu Markt- und Produktionseinheiten abhängig gemacht.

b) Die Stellung des Kohlenbergbaus zum Kohlenhandel¹⁹

Während der Kohlenhandel in Deutschland einzig die Rolle eines Agenten ausübte, nahm er in England eine dominierende Stellung ein. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hatte bereits im 19. Jahrhundert eine eigene Absatzorganisation geschaffen und konnte dadurch den Einfluß der Händler auf die Produktion gänzlich eliminieren. In England hingegen hatte sich die Macht in immer größerem Maße auf die Seite des wirtschaftlich stärkeren Kohlenhandels verschoben. Zwischen Grubengesellschaft und Wiederverkäufer trat der Großhändler, der über eine umfassende Organisation und über eigene Transportmittel verfügte, so daß der Grubenbesitzer praktisch gezwungen war, mit diesem Kontrakte über regelmäßige Kohlenlieferungen abzuschließen, die meist bis zu einem Jahr dauerten. Die Großhändler setzten natürlich alles daran, um eine Einschränkung ihrer Macht durch die Grubengesellschaften zu unterbinden, und waren darin ziemlich erfolgreich. Besonders während eines Streiks im Jahre 1912 zeigte sich die große Macht des Kohlenhandels: Einer Forderung der Bergarbeiter auf Konzentration konnten die Grubenbesitzer — ihrer Antwort gemäß — nicht entgegenkommen, weil der Handel die Preise kontrollierte und jegliche Konkurrenzbeschränkung verhinderte.

Diese Machtverschiebung auf die Seite der Großhändler ist indirekt eine Folge der oben erwähnten Interesselosigkeit der Banken an industrieller Betätigung: Als Ersatz für die Bank nahm der Kohlenhandel die Stelle eines Kreditgebers ein.

¹⁸ NEUMANN, a. a. O., S. 60.

¹⁹ Vgl. SCHMID, Nationalisierung, a. a. O., S. 28.

c) Die Vielheit der Transportmittel

Auch die große Zahl der Transportmittel ist ein Grund für die mangelnde Zusammenfassung im englischen Kohlenbergbau. Die meisten Gruben hatten gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Wahl zwischen verschiedenen Transportmöglichkeiten: Eisenbahnen, Küsten- und Kanalschiffahrt hatten verschieden hohe Ansätze und machten unbestrittene Absatzgebiete selten. Allein schon die Eisenbahnraten waren, bedingt durch die Vielzahl von Eisenbahngesellschaften, alles andere als homogen. Erst der Railways-Act von 1925 machte dieser allgemeinen Tarifikriminierung ein Ende, indem sämtliche kleinen Gesellschaften in vier halbstaatliche Korporationen zusammengeschlossen wurden.

6. Kapitel

Soziologische Bedingungen

«In Britain there has, with certain exceptions, been lack of cooperation between the mineworkers and the employers. In particular the British mine-worker has not usually accepted the machine as a necessity. With fuller cooperation OMS would have been considerably higher than it was.»

Reid Report

1. Die soziale Lage der Bergarbeiter im 18. und 19. Jahrhundert

Zweifellos sind der Charakter des Bergarbeiters, seine Traditionen und seine Einstellung zu den täglichen Problemen die zentralen Punkte zum Verständnis des schlechten psychologischen Klimas in der englischen Kohlenindustrie. Aus den Untersuchungen und Beschreibungen verschiedener Autoren¹, ergänzt durch eigene Beobachtungen, kristallisieren sich einige

¹ Aus der vielfältigen Literatur seien hier die wesentlichsten Werke, thematisch geordnet, erwähnt:

Historische Werke:

- T. S. ASHTON and J. SIKES, *The Coal Industry of the 18th Century*, Manchester 1929.
- J. U. NEF, *The Rise of the British Coal Industry*, London 1932.
- R. P. ARNOT, *The Miners*, London 1949/53.
- SIDNEY WEBB, *The Story of the Durham Miners*, London 1921.

Soziologische Werke:

- H. M. WATKINS, *Coal and Men*, a. a. O.
- F. ZWEIG, *Men in the Pits*, London 1949.
- R. A. S. REDMAYNE, *Men, Mines, Memories*, London 1942.

Romane:

- A. J. CRONIN, *The Stars Look Down*, London 1935.
- R. LLEWELLYN, *How Green Was My Valley*, London 1939.

Artikel:

Über die Arbeitsbedingungen des 19. Jahrhunderts im allgemeinen vgl. die einschlägigen Artikel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften (Hdw. d. St.), 2. Auflage, Jena 1898/1901:

Eigenheiten der britischen Bergbaubevölkerung heraus, die allgemeine Schlüsse in dieser Richtung zulassen.

Die englischen Bergarbeiter waren von jeher eine spezielle Bevölkerungsschicht mit einer andern Geisteshaltung und anderen Zielsetzungen als der Rest der Arbeiterklasse. Das ist zum Teil eine Folge der geographischen Abgeschiedenheit der Kohlendörfer, die an die Kohlenvorkommen gebunden sind. In der frühkapitalistischen Zeit waren die Bergarbeiter dadurch von der übrigen Bevölkerung getrennt, hatten nur wenig Kontakt mit Arbeitern anderer Industrien und wenig Zugang zu den Städten. Das gesamte Leben dieser Gemeinden war mit der Kohlengrube verknüpft, von deren Gedeihen die Lebensverhältnisse abhingen. Da keine andere Arbeitsmöglichkeit vorhanden war, folgten die Söhne ihrem Vater in den Beruf: Sobald sie die Schule verlassen hatten, traten sie in die Kohlengrube ein, wurden meist von ihrem Vater an seinem Arbeitsplatz angelernt, übernahmen sämtliche Sitten und Gebräuche wie auch den Stolz des Vaters auf seine Geschicklichkeit und genossen dadurch eine ausgezeichnete Ausbildung. Auch der Übergang zum Hochkapitalismus änderte wenig an dieser Situation.

Ein weiterer Grund des speziellen Charakters der Bergleute ist ihre niedrige gesellschaftliche Einschätzung im 19. Jahrhundert. Diese Auffassung weiter Volkskreise ist historisch bedingt: Der Kohlenbergbau im 16., 17. und 18. Jahrhundert war in noch viel größerem Maße als heute der Gefahr von Explosion, Erdrainbruch und Überschwemmung ausgesetzt, und es fehlten die Mittel zur wissenschaftlichen Bekämpfung solcher Naturereignisse. Der Beruf des Bergmanns war dadurch alles andere als attraktiv, so daß Gesetze zur Rekrutierung von Bergleuten erlassen werden mußten. Auch ohne spezielle Erlaubnis durften die Grubenbesitzer umherirrende Landstreicher und deren Kinder für den Abbau von Kohle einsetzen. In Schottland waren die Bergleute Sklaven, bis 1790 ein Gesetz diesem Zustand ein Ende machte; in andern Kohlengebieten hatte das sogenannte Bond-System Geltung, das den Wechsel des Arbeitsplatzes erst nach einem Jahr erlaubte. Oft wurden Verbrecher zur Strafe in die Gruben geschickt, oder die Strafe wurde einem Verurteilten erlassen, wenn er sich für jahrelange Grubenarbeit verpflichtete. Solche Maßnahmen waren es, welche die Bergarbeit in den Ruf der niedrigsten Beschäftigung brachten.

Auch während des 19. Jahrhunderts besserten sich die Arbeitsverhältnisse nur langsam. Noch immer gab es hörigkeitsähnliche Arbeitsverträge, hohe Unfallziffern, Frauen- und Kinderarbeit und viele andere menschenunwürdige Zustände. Die Löhne hielten sich auf der gleichen Höhe wie in anderen Industrien; die harte Arbeit, der durch öftere Unfälle bedingte Arbeitsausfall und die lange Arbeitszeit verminderten aber den effektiven Lohn. Aus

O. RICHTER, Arbeiterschutzgesetzgebungen in GB, Bd. 1, S. 523.

HASENBACH, Arbeitsversicherung in GB, Bd. 1, S. 656.

M. BIERMER, Arbeitseinstellungen in GB, Bd. 1, S. 800.

J. SINGER, Arbeitszeit in GB, Bd. 1, S. 1025.

ARNDT, Die Bergarbeiter, Bd. 2, S. 557.

L. BRENTANO, Die Gewerkvereine in England, Bd. 4, S. 623.

den Siedlungen einzelner Familien, die bisher auf dem Lande verstreut in Kleinbetrieben gearbeitet hatten, wurden Quartiere und Dörfer, und die Wohnverhältnisse verschlechterten sich in immer größerem Maße. Zusammengepfercht in primitiven, eilig errichteten Straßenzügen, ohne Fürsorge und ohne staatliche Erziehung, finanziell dem Belieben des Fabrikherrn preisgegeben, der häufig auch die staatliche Autorität repräsentierte, verbrachten die Bergleute ihr Leben. Mit vermehrter Industrialisierung nahm ihre Zahl stark zu. Viele vom Land vertriebene Bauern wählten die Kohlengruben als neuen Arbeitsplatz. Durch die große Vermehrung erhielten die Bergleute auch mehr Macht. Der niedrige soziale Stand, die Isolation von den Arbeitern anderer Industrien und die Natur der Arbeit weckten in ihnen das Bedürfnis nach Sicherheit, Solidarität und Unabhängigkeit. Schon früh schlossen sie sich deshalb zu regionalen Gewerkschaften zusammen.

Bereits im 18. Jahrhundert fanden Streiks statt, und in der Folge mußten die Bergarbeiter immer wieder zu diesem Mittel greifen, um notwendige Verbesserungen zu erkämpfen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden die ersten regionalen Vereinigungen, die zusammen mit philanthropischen Gesellschaften die Mißstände in den Kohlenbergwerken untersuchten, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machten und staatliche Schutzgesetze forderten. Zum Grundstein eines solchen wurde der «Mines-Act» von 1842, welcher verschiedene Sicherheitsvorschriften enthielt, die Frauen- und Kinderarbeit verbot und zur Überwachung Inspektoren einsetzte. Im Laufe des 19. Jahrhunderts folgten weitere Bestimmungen, die dem Arbeiter auch in sozialer Hinsicht Schutz boten. Dieser sah dadurch im Staat seinen Verteidiger gegen die Willkür der Unternehmer – eine Erscheinung, die gewiß zur Stärke des Rufs nach Verstaatlichung beigetragen hat.

In Deutschland war die Lebensweise der Bergarbeiter vollständig anders geartet. Zwischen den Distrikten fand ein überaus starker Austausch von Arbeitskräften statt². Für die neu hinzukommenden Arbeitskräfte bedeutete der Wechsel des Berufes meist eine Verbesserung und keineswegs den Abstieg in eine untere Klasse, denn die Bergleute des Frühkapitalismus waren freie Arbeiter, die sich mit dem Ziel des gemeinsamen Abbaus oft zu «Gewerkschaften» zusammengeschlossen hatten und sich als privilegierten Stand fühlten.

2. Soziale Lage der Bergarbeiter und Entwicklung der Kohlenindustrie

Im allgemeinen Verhalten und in der Einstellung des englischen Bergarbeiters zu Problemen des täglichen Lebens lassen sich noch heute die Einflüsse der Vergangenheit erkennen. Seine geographische Abgeschlossenheit von andern Arbeitern führte zwangsläufig dazu, daß sich der Bergmann auch im 20. Jahrhundert geistig und kulturell von der Gemeinschaft abschließt.

² Vgl. hierzu und zum folgenden, GOTHEIN, a.a.O., S. 366ff.

Er fühlt sich unter anderen Menschen nicht wohl, besucht aber oft seinen «Miners Club» und spricht gern von den Kohlengruben und allem was damit zusammenhängt. Seine Abgeschlossenheit wirkt sich auch auf Neuerungen technischer und sozialer Art aus, die erst kritisch betrachtet werden, gegen die er sich lange Zeit sträubt und schließlich nur höchst ungern zuläßt. Man kann auch von einem starken Traditionsbewußtsein des Bergmannes sprechen.

Im weitem bewirkt die selbst in Kohlengebieten weitverbreitete Meinung vom niederen Stande der Bergarbeit sowie die Erinnerung an schlechte Zeiten, daß sich eine Tendenz zu Schutz- und Trutzbündnissen abzeichnet. Im folgenden sollen die Wirkungen dieser allgemeinen Charakterzüge des Bergarbeiters auf die Entwicklung der Kohlenindustrie unter vier Gesichtspunkten — Mechanisierung und Produktivität, Tendenz zum Zusammenschluß, Ruf nach Nationalisierung, Arbeitsbeziehungen — behandelt werden.

a) Mechanisierung und Produktivität

Mit der Einführung von Maschinen zum Abbau und Untertag-Transport hofften die Grubenbesitzer Englands, gestützt auf die Erfahrungen anderer Länder, die Leistung der Bergarbeiter zu steigern und ihre schwere Arbeit zu erleichtern. Groß war die Enttäuschung, als sich beide Hoffnungen nicht bewahrheiteten: Die Leistung³ nahm nur geringfügig zu; die Bergarbeiter widersetzten sich gar der Einführung und benützten die Maschinen nur ungern.

Vor der Einführung und dem damit verbundenen Wechsel in den Abbauethoden wurde die Kohle durch kleine selbst gebildete Mannschaften von Bergarbeitern, die freundschaftlich miteinander verbunden waren, im Akkord abgebaut. Nachher vergrößerten sich die Abbau-«Teams» zwangsläufig, und eine persönliche Mehrleistung drückte sich nicht mehr im Gesamtergebnis und in höheren Löhnen aus.

Da die neue Methode den Bergmann interessierte, war vorerst seine Mitarbeit gesichert. Mit fortschreitender Mechanisierung verlor sich aber die Anziehungskraft, die Arbeit wurde zur Routine. Die Bergleute konnten ihre Geschicklichkeit nicht mehr demonstrieren, und der bisher wichtigste Mann im Abbau, der Häuer, der seine Kameraden stets gegenüber der Betriebsleitung vertreten hatte, wurde durch die Maschinen zur Hilfskraft deklariert, was sich ungünstig auf seine Führerautorität und damit auf die gesamte Belegschaft auswirkte. Auf diese Weise verschwanden durch die Mechanisierung viele Anreize, die bisher die mühsame Bergarbeit menschlicher gemacht und angetrieben hatten.

Zudem konnte der Vater unter den veränderten Umständen seinen Sohn nicht mehr anlernen. Einerseits war er an der Maschine ebenso ungeübt wie sein Sohn, andererseits verunmöglichten die großen Teams eine individuelle

³ Vgl. S. 47 und 82.

Behandlung. Damit verschwand eine Tradition, die dem Vater Freude an seinem Beruf und Stolz auf seinen Sohn gegeben hatte. Seither arbeitet eine immer geringere Zahl von Bergarbeitersöhnen in der Kohlenindustrie: Ungenügender Nachwuchs⁴ und mühevolleres Rekrutieren der notwendigen Arbeitskräfte sind die Folgen. Im weiteren verschiebt sich dadurch der ganze Altersaufbau⁵ in der Kohlenindustrie, indem die mittleren und älteren Altersgruppen immer mehr überhandnehmen, — was sich auf lange Sicht ungünstig auf die Produktivität auswirkt.

Noch schwerwiegender ist aber, daß die Grubenbesitzer an Stelle der bisherigen Ausbildung durch den Vater keine neuen Trainingsmöglichkeiten geschaffen haben. «There has been no properly organised training of entrants into the British coalmining industry. In contrast, a thorough training is provided in Holland and Germany⁶.» Mit zunehmender Mechanisierung die Handhabung der komplizierten Maschinen hätte eine längere Übung vorausgesetzt — verminderte das die Leistungsfähigkeit des Bergmannes in immer stärkerem Maße.

Die Angst vor Arbeitslosigkeit ist ein weiterer Grund für den Widerstand gegen die Einführung von Maschinen. Aus den Erzählungen seiner Väter und aus eigener Erfahrung weiß der Bergmann, daß der Kohlenbedarf sich nicht gleichmäßig auf das ganze Jahr und auf längere Perioden verteilt und fürchtet, durch einen Rückgang der Nachfrage seine Arbeit zu verlieren. Tatsächlich hat in der Kohlenindustrie des 18. und 19. Jahrhunderts verschiedentlich Arbeitslosigkeit saisonalen und strukturellen, nur selten aber konjunkturellen Charakters bestanden. Aus allen diesen Gründen ist es verständlich, daß sich die Bergarbeiter — bereits zu jener Zeit und in viel stärkerem Maße als ihre Kollegen anderer Industriezweige — gegen die Verdrängung von Menschen durch Maschinen zur Wehr setzten.

b) Tendenz zum Zusammenschluß⁷

Die Tendenz der Bergarbeiter zum Zusammenschluß zu Schutzbünden gegen die Willkür der Unternehmer und zum Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, ist bereits erwähnt worden. Dieses Phänomen ist natürlich nicht nur dem Kohlenbergbau eigen. Doch waren Zusammenschlüsse lokaler Art im Kohlenbergbau früher als bei den meisten andern Industrien an der Tagesordnung⁸. Auf nationaler Basis konnte sich eine Vereinigung aller

⁴ Vgl. Samuel Commission, vol. I, a.a.O., S. 186.

⁵ Vgl. PEP, The British Fuel and Power Industries, London 1947, S. 72.

⁶ Reid Report, a.a.O., S. 36/38.

⁷ Vgl. aus der umfangreichen Literatur, S. und B. WEBB, The History of the Trade Unionism, London 1920.

⁸ Bereits im 17. und 18. Jahrhundert waren die schlechten Arbeitsbedingungen der Anlaß zu spontanen Streiks. Daraus entwickelten sich später organisierte Streiks, bei denen zur Finanzierung jeweils ein Komitee gebildet wurde, und seit den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden aus diesen ad-hoc-Zusammenschlüssen in verschiedenen Orten und Distrikten dauerhaftere Bergarbeiterorganisationen.

dings vorläufig nicht durchsetzen, denn die Sitten und Gebräuche⁹ in den verschiedenen Distrikten waren zu unterschiedlich, und die Interessen der gewerkschaftlichen Distriktsorganisationen konnten nur schwer unter einen Hut gebracht werden. Die einen bevorzugten beispielsweise eine gleitende Lohnskala¹⁰, die andern einen konstanten Lohnsatz. Trotz diesen Schwierigkeiten kam eine nationale Kohlegewerkschaft noch früher zustande als die nationalen Zusammenschlüsse ungelernter Arbeiter anderer Industriezweige¹¹. Vor allem aber war ihre Wirkung — als Folge der Lebensweise der Bergarbeiter — eine ungleich stärkere: in keiner Industrie haben die Gewerkschaften ihre Forderungen derart vehement und konzessionslos vertreten wie im englischen Kohlenbergbau. Auch der Anstoß zur Gründung der politischen Arbeiterbewegung ging von den Bergarbeitern aus, obschon die gesamte Gewerkschaft sich erst relativ spät (1909) der Labour Party anschloß.

c) Ruf nach Nationalisierung

Ein Hauptziel der Angriffigkeit und Dynamik der Gewerkschaften war die Nationalisierung der Kohlengruben — eine Forderung, die sie schon vor dem Eintritt in die Labour-Party mit Vehemenz vertreten hatten. Der Staat, der durch seine Schutzgesetzgebung die von den Arbeitern geforderten Rechte bereits bisher garantiert hatte, sollte an die Stelle der Unternehmer treten und damit allen sozialen Spannungen ein Ende bereiten, das Lohnwesen im ganzen Land vereinheitlichen und die aus der Verminderung der Handelsspannen zur Verfügung stehenden Mittel für Lohnerhöhungen verwenden.

Die Forderung der Verstaatlichung wurde erstmals 1884 von Bergarbeitern erhoben, und zwei Jahre später erschien sie als Programmpunkt der schottischen Gewerkschaft. Mit der Gründung der nationalen Federation wurde sie von dieser ins Programm aufgenommen, und kurz darauf sanktionierte auch der allgemeine Gewerkschaftsbund dieses Vorgehen.

Durch die Gründung der Fabian Society¹², der Independent Labour

⁹ Vgl. J. W. F. ROWE, *Wages in the Coal Industry*, London 1923, S. 85, Tabelle über die Löhne in den einzelnen Distrikten.

¹⁰ Da die Produktionskosten im Kohlenbergbau zu 60% aus den Löhnen bestehen, sollten diese mit Einführung der gleitenden Lohnskala den Preisen und damit der Konjunktur angepaßt werden. Anfänglich glaubten die Bergarbeiter, dadurch einen wesentlichen Fortschritt zu erzielen, doch die sinkenden Kohlenpreise, denen keine untere Grenze gesetzt war, brachten sie um die Früchte ihrer Anstrengung. Einzig Durham und Northumberland profitierten durch diese Regelung.

¹¹ Ein erster nationaler Zusammenschluß bildete sich 1841 in der «Miners Association of Great Britain and Ireland». Er fiel zwar wegen der schlechten Lage auf dem Kohlenmarkt einzelner Distrikte einige Jahre später auseinander, wurde aber 1863 erneut ins Leben gerufen. Doch erst, als die Unzufriedenheit über das Prinzip der gleitenden Löhne 1888 mehrerer Distrikte in einer neuen Vereinigung, der «Miners Federation of Great Britain» zusammenführte, deren Leiter im Gegensatz zur liberalen «Association» sozialistisch eingestellt waren, erhielt die nationale Bewegung einen starken Impuls.

¹² Von Sidney Webb und Bernhard Shaw 1884 begründete Vereinigung mit sozialreformerischem Programm, aber unter Ablehnung der marxistischen Idee der Revolution. Wesentlicher Einfluß auf den englischen Sozialismus. Vgl. aus der umfangreichen Literatur: C. SOMERVELL,

Party¹³ und der Labour Party wurde die Nationalisierung auch eine Forderung der Sozialisten. Zur bestmöglichen Befriedigung des Gemeinschaftsbedürfnisses schien die Übertragung der Produktionsmittel und vor allem der wichtigen Kohle auf den Staat erforderlich.

Mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts vereinigten sich die verschiedenen Gewerkschaften als wirtschaftliche Interessenverbindung des Arbeiters mit der Labour Party, die es übernahm, die politischen Interessen zu vertreten. Dadurch bekam der Ruf nach Nationalisierung der Kohlenindustrie neuen Auftrieb: 1912 erschien das erste ausgearbeitete Projekt¹⁴ einer verstaatlichten Kohlenindustrie, und nach dem ersten Weltkrieg hat das Verlangen immer weitere Kreise erfaßt. Der Grubenbesitzer bemächtigte sich dadurch eine Unsicherheit über die Zukunft der Industrie, die sich hemmend auf die Mechanisierung und andere Investitionen auswirkte.

Es muß festgehalten werden, daß die Nationalisierungsforderung, nur weil sie von der Labour-Party mit der sichtbaren Notwendigkeit für die Bergarbeiter begründet wurde, solchen Widerhall fand. Sie konnte sich politisch aber vorläufig trotzdem nicht durchsetzen, weil die Kohlenindustrie für ein solches Experiment wirtschaftlich noch nicht reif war.

d) Arbeitsbeziehungen

Ohne Übertreibung können die Arbeitsbeziehungen in der englischen Kohlenindustrie als das wichtigste, noch immer ungelöste Problem bezeichnet werden. Schon früh trat die Unzufriedenheit der Bergarbeiter offen auf nationaler Basis zutage. Unzählige Schlichtungsversuche sind unternommen worden – zuletzt die Nationalisierung –, aber die Unzufriedenheit besteht fort.

Die Bezeichnung «Kampf gegen die Unternehmer» charakterisiert die Arbeitsbeziehungen in der Kohlenindustrie seit den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts: Die ersten Streiks ad hoc gebildeter Bergarbeitergemeinschaften waren Kampfmittel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen; die Streiks zu Beginn der siebziger Jahre erkämpften die Einführung der gleitenden Lohnskala¹⁵, die damals als großer Fortschritt betrachtet wurde. 1888 erreichte die neue Federation erneut durch einen Streik, daß die Löhne wieder durch gemeinsame Verhandlungen mit den Grubenbesitzern festgelegt wurden, und zwar unter Berücksichtigung verschiedener Argumente und nicht nur der Höhe der Kohlenpreise. Ein Preisfall, verbunden mit einer

Geistige Strömungen in England im 19. Jahrhundert, Bern 1946, S. 314ff., sowie G. H. D. COLL, Fabian Socialism, London 1944.

¹³ Vgl. PARKER, a.a.O., S. 13–26; der Gründer der I. L. P. war Keir Hardie.

¹⁴ Zu Beginn des Jahres veröffentlichte eine Gruppe walisischer Bergarbeiter ihr Programm, «The Miners Next Step», in dem die Nationalisierung mit aller Heftigkeit gefordert wird. Auf der Jahrestagung der Miners Federation in Swansea, im Oktober des Jahres, wurde ein Gesetzesentwurf gebilligt: H. H. SCHLOESSER, The Nationalisation of the Mines and Minerals Bill, London 1913.

¹⁵ Vgl. Anmerkung Nr. 10.

fünfundzwanzigprozentigen Lohnsenkung, führte im Jahre 1893 zum ersten Streik auf nationaler Basis. Die Federation konnte als großen Erfolg die Reduktion der Löhne auf 10 % vermindern. Das war, verglichen mit dem Verlust der Unternehmer, eine weit geringere Einbuße, stärkte die Autorität der Federation erheblich und machte das Kampfmittel des Streiks noch populärer.

Zwischen 1900 und dem ersten Weltkrieg haben etwa 2000¹⁶ Streiks stattgefunden, an denen insgesamt 1,8 Millionen Arbeiter beteiligt waren und 55 Millionen Tage verlorengingen. Das heißt, daß, umgerechnet auf die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in dieser Periode von etwa 850 000 Mann, jeder Beschäftigte zweieinhalb Monate gestreikt hat. 1906 hatte mit 81 Streiks die geringste, 1910 mit 210 die größte Anzahl. Nach der Zahl der verlorenen Tage gerechnet, schneidet das Jahr 1912, in dem ein nationaler Streik von eineinhalb Monaten stattfand, am schlechtesten ab. Ein Vergleich¹⁷ mit andern britischen Industrien zeigt, daß in den zehn Jahren von 1903–13 im Bergbau 21,4 % der Arbeiter wegen Lohnfragen die Arbeit zeitweise niedergelegt haben im Gegensatz zu 6,4 % in der Textilindustrie und 4,4 % in der britischen Industrie überhaupt.

Der Erfolg der Gewerkschaftsbewegung ist unter anderem an der Entwicklung der Löhne zu erkennen, die im nationalen Durchschnitt von 4,7 s.¹⁸ in der Periode von 1889 bis 1893 auf 5,5 s. in 1899–1903 und 6,4 s. im Jahr 1913 zugenommen haben. Die nominale Erhöhung beträgt also etwa 50 % im Vergleich zu einer nur 10 %igen Zunahme der Lebenskosten¹⁹. Als großer Erfolg muß auch das Resultat des nationalen Streiks von 1912 betrachtet werden: Es gelang, ein allgemeines Lohngesetz durchzubringen, das die Mindestansätze auf 5 s. für Männer und 2 s. für Knaben festlegte und jegliche Abzüge untersagte. Ein weiteres Zeichen des Fortschritts ist der Rückgang der Unfälle: die Sterblichkeitsrate durch Unfälle ist von jährlich 2,24²⁰ Toten pro Tausend Beschäftigte in den Siebziger- und 1,81 in den Achtzigerjahren bis auf 1,33 im ersten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts gesunken.

Diese Verbesserungen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Löhne und Arbeitsbedingungen auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch unzulänglich und vor allem uneinheitlich waren, obwohl der «Coal Mines Regulation Act» von 1908, der «Coal Mines Act 1911» und das oben erwähnte Mindestlohngesetz in dieser Hinsicht viel verbessert hatten und für eine scharfe Kontrolle durch den «Chief Inspector of Mines» sorgten. In kleineren und mittleren Zechen fehlten z. B. noch immer Wasch- und Bade-

¹⁶ Vgl. CYB 1949, a. a. O., Tabellen S. 567–69.

¹⁷ SCHMID, a. a. O., S. 48.

¹⁸ Vgl. 5. Kapitel, ökonomische Bedingungen, S. 45, Tabelle über die Lohn- und Preisentwicklung.

¹⁹ H. S. JEVONS, a. a. O., S. 589f.

²⁰ Vgl. R. A. S. REDMAYNE, *The Problem of the Coal Mines*, London 1945, S. 42, Tabelle über die Sterblichkeitsziffer.

einrichtungen, und fast nirgendwo waren die Wohnverhältnisse zufriedenstellend.

Ebensowenig konnten die Auswirkungen konjunktureller und saisonaler Schwankungen auf die Löhne ganz eliminiert werden. Trotz genereller Regelung behielten es sich die Unternehmer einzelner Distrikte beispielsweise vor, mit dem Sinken der Preise in den Sommermonaten Lohnabzüge vorzunehmen; und zwischen den Distrikten bestanden zum Teil erhebliche Lohnunterschiede, da bald der Exporthandel flau war und auf dem Inlandmarkt hohe Preise erzielt wurden, bald die umgekehrte Situation vorherrschte.

Es kann deshalb nicht verwundern, daß der Kampf der Bergarbeiter weiterging. Die Erinnerung an die schlechten Zeiten hatte sich tief in ihrem Gedächtnis verankert. Die Bergleute anerkannten die erzielten Fortschritte. Sie wußten aber, daß in den meisten Fällen ihr ständiger Kampf die Verbesserung verursacht hatte, und schlossen daraus, daß die Arbeitsbedingungen nur durch die Fortsetzung des Kampfes weiter verbessert werden können. In ihrer Kritik deuteten sie auf viele Mängel hin: Royalties, schlechte Organisation durch die Grubenbesitzer, schlechte technische Ausrüstung und zeitweilig hohe Profite, um nur einige zu nennen. Diese Einstellung führte dazu, daß die Bergarbeiter mit ihrer Arbeit immer unzufriedener wurden, freudlos und nicht mit ganzer Kraft arbeiteten und einen guten Boden für politische Propaganda abgaben.

Im Gegensatz zu England hatten die Gewerkschaften in Deutschland — bedingt durch die soziologisch verschiedenen Voraussetzungen — einen bedeutend weniger angriffigen Charakter, keinerlei Vorurteile gegen die Technisierung und vor allem keinen Grund, um die Nationalisierungsforderung anders als sozialistisch zu begründen. Die Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Industrie sind deshalb — obwohl auch hier Streitigkeiten nicht zu vermeiden waren — im großen und ganzen viel friedlicher verlaufen.

Zusammenfassend sei betont, daß die englische Kohlenindustrie durch soziologische Einflüsse zweifach betroffen wurde: Einerseits hatten der Widerstand gegen die Mechanisierung und die schlechten Arbeitsbeziehungen einen unmittelbaren Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Kohlenindustrie und vor allem auf die Produktion und Produktivität. Andererseits konnten die Gewerkschaften durch ihre immer von neuem betonte Nationalisierungsforderung die Kohlenindustrie politisch unter Druck setzen, lähmten auf diese Weise die Tätigkeit der Unternehmer und hatten dadurch einen mittelbar wirtschaftlichen Einfluß.

Der Zug zur Nationalisierung

Als 1914 der erste Weltkrieg ausbrach, stand die englische Kohlenindustrie auf einem Höhepunkt. Während des ganzen 19. Jahrhunderts waren Nachfrage und Produktion gestiegen. Abgesehen von einigen kleineren konjunkturellen Schwankungen hatte der Kohlenbergbau in seinem Aufschwung keine Störungen erlitten. In immer stärkerem Maße bildete er das Rückgrat der englischen Volkswirtschaft. Mit 287 Millionen Tonnen erreichte die Produktion im Jahre 1913 die bisher höchste Ziffer. Trotz der wachsenden Konkurrenz Deutschlands und Amerikas waren auch die Exporte von Jahr zu Jahr angestiegen und betrugen 1913 — Bunker und Koks inbegriffen — fast 100 Millionen Tonnen. Der Weltkohlenverbrauch hatte pro Jahr um etwa 4 % zugenommen und der internationale Kohlenmarkt befand sich im Gleichgewicht. Die Grubenbesitzer atmeten Zufriedenheit, einflußreiche Ökonomen unterstützten ihre optimistischen Zukunftserwartungen und die Bevölkerung glaubte daran. Die Unkenrufer, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts Schwierigkeiten vorausgesagt hatten, mußten sich in den ersten 13 Jahren des neuen Jahrhunderts eines Besseren belehren lassen.

Unbemerkt von den Unternehmern und unterschätzt von den Ökonomen sind jedoch neben dem ununterbrochenen Aufstieg eine ganze Reihe von Mängeln in der Organisation und im Aufbau der Kohlenindustrie entstanden: Das Zusammenwirken kohlenwirtschaftlicher Daten, der unabänderlichen Naturgegebenheiten, der rechtlichen Grundordnung, der ökonomischen Entwicklung Englands und der sozialen Lage der Bergleute hat die Entstehung und Entwicklung des Kohlenbergbaus weitgehend beeinflußt. Angekurbelt und vorwärtsgetrieben von der im Frühkapitalismus rasch wachsenden Nachfrage, aber eingengt durch ein verstaubtes Bergrecht und eine Vielfalt natürlicher Unterschiede, entwickelte sich die Kohlenindustrie zu einer unwirtschaftlich arbeitenden Sammlung zersplitterter und über das ganze Land verteilter Kleinbetriebe. Wohl konnte sie unter den wirtschaftlichen Bedingungen des 19. Jahrhunderts ihrer Aufgabe genügen und versorgte die englische Industrie mit der dringend benötigten Kohle; aber ihr Aufbau und ihre Organisation paßten sich den veränderten Gegebenheiten des Hochkapitalismus nur notdürftig an. Obwohl diese Stagnation schon Ende des 19. Jahrhunderts der Konkurrenzfähigkeit der englischen Kohle zum Schaden gereicht hatte und für die zukünftige Entwicklung nichts Gutes voraussehen ließ, trafen die Grubenbesitzer vorerst keine Anstalten, um die drohende Gefahr abzuwenden. Die dadurch erst recht auftauchenden — im ersten Teil eingehend beschriebenen — Mängel spielten für die Entwicklung der englischen Kohlenindustrie nach dem ersten Weltkrieg

eine derart ausschlaggebende Rolle, daß sie an dieser Stelle summarisch wiederholt werden sollen:

1. Der infolge der rasch steigenden Nachfrage betriebene Raubbau an den Kohlenvorkommen bewirkte, daß für die spätere Gewinnung von Kohle mit größeren natürlichen Schwierigkeiten zu rechnen war.

2. Die Verteilung der Kohlenvorkommen über das ganze Land hatte zur Folge, daß sich einige Kohlenbezirke auf Grund gewisser Standortsvorteile auf den Export spezialisierten und daß die gesamte Kohlenindustrie dadurch sehr exportabhängig wurde. Diese — damals günstige — Absatzstruktur veranlaßte den Kohlenbergbau, seine Kapazität ständig zu erweitern, und bildete für den Fall eines Nachfragerückgangs eine besonders große Gefahr.

3. Die mannigfaltigen Unterschiede zwischen den Distrikten und den einzelnen Gruben in bezug auf Abbaubedingungen, Qualität, Lage und andere Belange erschwerten es der Kohlenindustrie, sich distriktweise oder national zusammenzuschließen, um so der inländischen und ausländischen Konkurrenz entgegenzutreten.

4. Das englische Bergrecht verhinderte die Bildung von Gruben optimaler Betriebsgröße und hatte eine starke Zersplitterung des Grubenbesitzes zur Folge.

5. Die vielen Kleinbetriebe arbeiteten unrationell und konnten ihre technischen Einrichtungen nur mangelhaft ergänzen. Zur gleichen Zeit holten die Konkurrenten Englands ihren natürlichen Rückstand durch vermehrten Einsatz technischer Hilfsmittel auf. Sie kamen dadurch in die Lage, England auf den Exportmärkten preislich zu unterbieten.

6. Schlechte Beziehungen zwischen den Unternehmern und den Bergarbeitern verursachten öfters Arbeitseinstellungen und hemmten die Steigerung von Produktion und Produktivität.

Im Rahmen des zweiten Hauptteils soll die Wirkung dieser Mängel auf die Kohlenindustrie der Zwischenkriegsperiode beschrieben und gezeigt werden, wie und in welchem Ausmaß der «Zug zur Nationalisierung» dadurch ausgelöst wurde. Die Entwicklung der Nachkriegszeit wird deshalb nicht chronologisch, sondern im Hinblick auf die Fragestellung behandelt: Wie haben die strukturellen und organisatorischen Mängel den Niedergang beeinflußt?

Es wird sich zeigen, daß das Problem für England vierfacher Natur ist. Erstens blieben die bisherige Absatzkonstellation und das darauf beruhende hohe Exportvolumen unter dem verschärften internationalen Konkurrenzkampf nicht mehr länger bestehen. Zweitens wurden dadurch der morsche innere Aufbau der Kohlenindustrie in vermehrtem Maße gestört und die im Innern des Landes entstehenden heftigen Konkurrenzkämpfe stark gefördert. Drittens konnte die Industrie, trotz großer Anstrengungen von privater und staatlicher Seite, nicht wesentlich reorganisiert werden; und viertens öffnete der zweite Weltkrieg auch der englischen Öffentlichkeit die Augen über die prekäre Wirtschaftslage der Kohlenindustrie. Diese vier Aspekte sollen im folgenden in vier besonderen Kapiteln behandelt werden.

Ursachen des Nachfragerückgangs

Entgegen allen Erwartungen setzte sich der Aufschwung der Kohlenindustrie nach dem ersten Weltkrieg nicht fort. Ein weltweiter Nachfragerückgang war die Ursache. Nicht nur in England, auch in Deutschland und Amerika löste ein Dauernotstand die Prosperität ab. Während sich aber die Kohlenindustrie der Konkurrenzländer nach 1925 — wenn auch langsam und mit Rückschlägen — wieder erholte, sank der Trend der Produktion Englands immer tiefer und erreichte vor dem zweiten Weltkrieg einen Tiefpunkt, der einzig durch die Förderziffern nach dem zweiten Weltkrieg noch unterboten wurde.

Was als Folge der strukturellen Mängel hatte kommen müssen, war erfolgt: Der englische Kohlenbergbau konnte einer lange dauernden, allgemeinen Kohlenkrise nicht begegnen wie die gut ausgebaute Industrie der Konkurrenzländer. Erstens ließ sich die Produktionsstruktur nicht den Nachfrageschwankungen anpassen. Zweitens wurde die exportorientierte Absatzstruktur vom Nachfragerückgang in viel stärkerem Maße betroffen als diejenige Deutschlands, das nur 23 % und nicht 34 % der Förderung exportierte und dessen Ausfuhr nicht zur Hauptsache auf der Tradition, sondern meist auf rationalen Standorts- und Transportvorteilen beruhte. Aus der Wechselwirkung dieser beiden Faktoren resultiert die Stärke, mit der England vom Nachfragerückgang betroffen wurde.

Ein Vergleich zwischen den Produktionsziffern der ganzen Welt, Englands und Deutschlands in den Zwischenkriegsjahren verdeutlicht den Umfang dieses weltweiten Nachfragerückgangs einerseits und seine erhöhte Wirkung auf England anderseits. (Siehe Tabelle auf Seite 61).

Nachdem der unmittelbare Nachkriegsbedarf gestillt war, sank die Weltproduktion in den Krisen Jahren 1921 und 1922 auf rund eine Milliarde Tonnen. Auch in den folgenden Jahren blieb die Förderung unter dem Vorkriegsniveau, das erst 1927 überschritten wurde. 1928, zehn Jahre nach Kriegsende, lag sie 2,4 % darüber und erreichte 1929 den höchsten Punkt der Zwischenkriegszeit mit 1325 Millionen Tonnen oder 9 % Zunahme gegenüber 1913. Verglichen mit der jährlichen Zuwachsrate der Vorkriegszeit von 4 % ist das ein bescheidener Anstieg. Während der Dreißigerkrise sank die Weltproduktion erneut und erreichte vor dem zweiten Weltkrieg, trotz zunehmender industrieller Aktivität, eine Höhe von nur 1210 Millionen Tonnen. Mit andern Worten: die Weltkohlenproduktion ist während eines Vierteljahrhunderts stillgestanden.

In der gleichen Periode ist Englands Förderung nicht nur stillgestanden, sondern sogar erheblich zurückgegangen, und zwar von 24 % der Weltproduktion auf 19 %. Von einigen äußeren Einflüssen abgesehen, verteilt sich der Rückgang ziemlich gleichmäßig auf den ganzen Zeitraum. Selbst in den

Kohlenproduktion zwischen den beiden Weltkriegen¹

In Millionen metrischen Tonnen.

Jahr	Welt	Großbritannien		Deutschland
		engl. t.		
1913	1216	292	287	190
1914/19	1132	251	247	151
1920	1193	233	230	131
1921	993	166	163	136
1922	1062	254	250	130
1923	1206	280	276	62
1924	1189	271	267	119
1925	1185	247	243	133
1926	1117	128	126	145
1927	1275	255	251	154
1928	1246	241	237	151
1929	1325	262	258	163
1930	1217	248	244	143
1931	1075	223	219	119
1932	955	212	209	105
1933	1000	210	207	110
1934	1088	224	221	125
1935	1112	226	222	143
1936	1219	232	228	158
1937	1288	244	240	185
1938	1210	231	227	186

dreißiger Jahren, als andere Länder den vorhergehenden Ausfall wieder wettmachten, ist die englische Förderung weiter gesunken und erreichte vor dem zweiten Weltkrieg (1938) mit 227 Millionen Tonnen eine gegenüber 1913 um 60 Millionen oder um 21 % kleinere Ziffer. Von dieser Differenz gehen 37 Millionen auf Kosten der Ausfuhr, die restlichen 23 Millionen Tonnen auf Bunkerverkäufe und Inlandkonsum. Die Exporte sind, anders ausgedrückt, um die Hälfte, der inländische Verbrauch nur ganz geringfügig zurückgegangen. Der Produktionsrückgang beruht also größtenteils auf dem Versagen des Ausfuhrhandels.

Es kann allerdings nicht eindeutig festgestellt werden, was für Kräfte und wie stark die einzelnen den Nachfragerückgang verursacht haben. Wiederum besteht eine starke Interdependenz, doch soll im folgenden der Ver-

¹ Zusammengestellt aus folgenden Quellen:

Welt: BIT, a.a.O., S. 87/88.

Großbritannien: englische Tonnen: CYB 1949, a. a. O., S. 524/25; metrische Tonnen: vom Verfasser umgerechnet.

Deutschland: SPIETHOFF, a.a.O., Band II, Tafel 20; WIEL, a.a.O., S. 23.

such unternommen werden, die verschiedenen Einflüsse unter vier Gesichtspunkten² — der erste Weltkrieg, die Nachkriegsentwicklung, Wandlungen im Energiekonsum, Autarkiebestrebungen in der Kohlenwirtschaft — zusammenzufassen.

I. Die Auswirkungen des ersten Weltkrieges

Der Ausbruch des Weltkriegs versetzte die Kohlenindustrien Englands und Deutschlands in eine vollständig neue Lage. Der Bedarf an Kohle für Rüstungszwecke stellte ungeheure Anforderungen, die selbst unter normalen Umständen nur mit Mühe hätten bewältigt werden können. Jetzt aber gingen die besten Arbeitskräfte durch den Kriegsdienst verloren, das Grubenholz wurde außerordentlich knapp und die benötigten Hilfsmaterialien waren kaum erhältlich, denn die gesamte Schwerindustrie hatte sich auf die Fabrikation von Kriegsmaterial umgestellt. Diesen Umständen war der englische Kohlenbergbau erst recht nicht gewachsen, und er erfüllte seine Aufgabe so schlecht, daß die ständig sinkende Förderziffer die Regierung zum Eingreifen veranlaßte. Vorerst wurden einzig der private Verbrauch und die Exporte stark eingeschränkt; aber zu Beginn des Jahres 1917 übernahm der Staat auch die Leitung der gesamten Produktion. Unter dieser scharfen Regierungskontrolle, die bis 1921 andauerte, wurden die bisher sehr hohen Kriegsgewinne der Unternehmer etwas eingeschränkt.

In noch viel stärkerem Maße als die englischen Konsumenten wurden die Kohlenverbraucher in den Einfuhrländern betroffen. Während des ganzen Krieges und noch einige Jahre darüber hinaus litten sie an einer Kohlenknappheit, die sich je nach der politischen Stellung ihres Staates zu den kriegführenden Parteien mehr oder weniger stark äußerte, denn neben einer strengen Exportkontingentierung griff die englische Regierung auch zu Diskriminierungen zwischen Alliierten und Neutralen.

So konnte beispielsweise Italien³ trotz vermehrter Ausnutzung der Wasserkräfte des Alpenrandes, zunehmender Verwendung von Holz und einer Steigerung der einheimischen Braunkohlenförderung von 1,7 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 2,2 Millionen Tonnen im Jahre 1918, den Rückgang der Einfuhr hochwertiger englischer Kohle von 11,5 auf 5,8 Millionen Tonnen nicht ausgleichen.

Auf dem nordischen Markt hat die deutsche Kohle den Ausfall der englischen weitgehend wettgemacht. Die Versorgung der drei nordischen Staaten gestaltete sich während des Krieges in der folgenden Weise: 1913 waren aus England 9,9 Millionen und aus Deutschland 1,0 Millionen Tonnen importiert worden; 1916 hatte sich das Verhältnis fast ausgeglichen, und 1918 führte Deutschland mit 6,1 Millionen Tonnen vor England, das

² Da es gilt, den säkularen Trend aufzuzeigen, werden die konjunkturellen Einflüsse auf die Nachfrage nach englischer Kohle bewußt vernachlässigt.

³ Vgl. hierzu und zum folgenden, G. LANGE, Steinkohle, Leipzig 1936, S. 32ff.

nur noch mit 3,4 Millionen Tonnen beteiligt war. Auch in Skandinavien zwang die Kohlennot zum Ausweichen auf andere Energieträger. Holz, Torf und Wasserkraft erhielten dadurch einen starken Impuls.

Holland und Spanien mußten während des Krieges ihre eigene Kohlenförderung stark ausbauen. So erhöhte sich die Produktion Hollands von 1,9 auf 3,4 Millionen, diejenige Spaniens von 4 auf 6,5 Millionen Tonnen. In beiden Ländern wurde zudem der Braunkohlegewinnung vermehrte Beachtung geschenkt.

Auf dem südamerikanischen Markt ist durch den Ausfall britischer Kohle einerseits die an sich unbedeutende Kohlenproduktion angeregt worden und anderseits der Verbrauch auf konkurrierende Energieträger wie Erdöl und Holz ausgewichen.

Auch Indien, China, Japan und andere asiatische Länder sowie Australien und die Südafrikanische Union, die ihre Kohle früher aus England bezogen hatten, begannen nun, die eigenen Kohlenvorkommen abzubauen und die englische Kohle durch amerikanische zu substituieren.

Allgemein kann man die Wirkung des ersten Weltkrieges auf den Absatz der englischen Kohle folgendermaßen zusammenfassen: Die traditionellen Einfuhrländer wurden gezwungen, sich selbst zu behelfen. Sie bauten deshalb ihre eigenen Energiequellen, sei es Kohle, Erdöl, Holz oder Wasserkraft stark aus, und erreichten so eine gewisse Unabhängigkeit. Ferner deckten sie ihren Bedarf in stärkerem Maße durch die Einfuhr deutscher und amerikanischer Kohle. Die Handelsverbindungen mit Großbritannien wurden dadurch unterbrochen und zum Teil sogar zerstört.

2. Die Nachkriegstendenzen

Die Entwicklung in der Nachkriegszeit verstärkte die Tendenzen, die sich bereits gegen Ende des Weltkrieges abgezeichnet hatten: Ausbau der Energiequellen und Verminderung der Einfuhr britischer Kohle in sämtlichen Einfuhrländern der Vorkriegszeit. Die unmittelbaren Nachkriegsereignisse trafen zwar die Konkurrenzländer härter als England selbst, das seine Produktion sogar kurzfristig steigern konnte. Schon Mitte der 20er Jahre zeigte sich aber, daß die gesamte Weltkohlenindustrie stark überdimensioniert war. Ein lange dauernder Konkurrenzkampf um den Exportmarkt setzte ein; bald erzielte Deutschland, bald England temporäre Erfolge; aber schließlich mußte das Inselreich seine Unterlegenheit anerkennen. Die folgende Tabelle⁴ soll die Entwicklung der Exporte zwischen den Kriegen im Überblick darstellen.

⁴ CYB 1949, a.a.O., S. 612, 624, 688, 697.

Exporte von 1913–1938

(in Millionen Tonnen)

Jahr	Großbritannien		Deutschland	USA
	ohne Bunker	mit Bunker	(in metrischen Tonnen)	
1913	73	94	35	22
1914/19	45	56	—	—
1919	35	47	6	24
1920	25	39	16	40
1921	25	36	19	25
1922	64	82	15	14
1923	80	98	6	24
1924	62	80	19	20
1925	51	68	22	19
1926	21	29	38	36
1927	51	68	27	19
1932	39	53	18	9
1938	36	46	30	11

Unmittelbar nach Kriegsende setzte auf der ganzen Welt ein starker Nachholbedarf an Kohle ein. Weil England selbst viel Kohle benötigte, die Produktion aber nicht rasch genug steigern konnte, drosselte es seine Ausfuhr in den Jahren 1919 und 1920 und verlangte für die erteilten Exportkontingente stark überhöhte Preise. Das gab den bisherigen Einfuhrländern den Anreiz, ihre eigenen Energiequellen auch in der Nachkriegszeit auszuwerten, und den momentanen Bedarf mit Kohlen anderer Länder zu decken. Deshalb konnten Deutschland und die Vereinigten Staaten die Ausfuhr von 1919 auf 1920 von 6 auf 16 bzw. von 24 auf 40 Millionen Tonnen erhöhen.

Der Nachkriegsboom war bald vorüber, und der Markt wurde reif für einen Preissturz. Vom September 1920 bis zum Dezember 1921 sanken die britischen Exportpreise von etwa 90⁵ s. auf 25 s., also fast auf ein Viertel. Unmittelbar nach den ersten Anzeichen dieses Preisfalles zog sich die Regierung — früher als erwartet — aus der Kohlenwirtschaft zurück und überließ die Grubenbesitzer ihrem Schicksal. Es wäre nun nahe gelegen, die vorherige falsche Ausfuhrpolitik wieder gutzumachen und die alten Kunden durch niedrigere Preise neu zu gewinnen. Doch der Streik der amerikanischen Bergarbeiter im Jahre 1922, Arbeitsunruhen in Deutschland im selben Jahr, die Besetzung der Ruhr durch die Franzosen im Jahre 1923 und die zeitweilige Stilllegung ihrer Gruben gaben England die Möglichkeit, seine Kohle nochmals mühelos und zu hohen Preisen abzusetzen: die Exportziffer von 1923 überschritt sogar diejenige von 1913.⁵

⁵ Vgl. CYB 1949, a.a.O., S. 583, Tabelle über die Entwicklung der Exportpreise.

Viele Grubenbesitzer glaubten deshalb an eine Rückkehr zu den Vorkriegsverhältnissen. Sie wurden aber durch die folgenden Jahre schwer enttäuscht. 1924/1925 zeigten deutlich das Ausmaß der Überkapazität der Weltkohlenindustrie und brachten zwei Ereignisse, die England erneut schweren Schaden zufügten. Durch das Inkrafttreten des Dawes-Plans wurde Deutschland zu regelmäßigen Lieferungen nach Frankreich, Italien und Belgien verpflichtet, währenddem England durch die Anpassung des Pfundes an die Vorkriegsparität und die damit verbundene Aufwertung der Währung durch den damaligen Schatzkanzler Churchill einen erheblichen Ausfuhrückgang⁶ erlitt. Die Kohlenindustrie erhielt allerdings zum Ausgleich eine befristete Subvention der Regierung. Mit dem Ende dieser Unterstützung begann wegen einer projektierten Lohnsenkung der große Streik von 1926, der zehn Monate dauerte und der englischen Konkurrenz die nötige Zeit gab, sich in Ruhe neue Absatzmärkte zu erobern. 1927–29 waren Jahre des konjunkturellen Aufschwungs. Der Weltmarkt erfuhr eine gewisse Ausweitung und England erlangte für kurze Zeit wieder seinen Vorkriegsabsatz. Die Krise der dreißiger Jahre brachten aber einen erneuten Rückgang, den England bis zu Beginn des zweiten Weltkrieges im Gegensatz zu seinen Konkurrenten nicht mehr gutmachen konnte.

3. Die Wandlungen im Verbrauch von Kohle

Neben den verschiedenen Ereignissen des Weltkrieges und der Nachkriegsjahre, die jeweils einen einmaligen Einfluß auf den Kohlenkonsum hatten, lassen sich auch langfristige Tendenzen erkennen, die den Bedarf an Kohle stark verkleinerten. Einerseits verdrängen andere Energieträger die Kohle aus ihrer einstigen Monopolstellung, andererseits hat die Technik im Bereich des Kohlenverbrauchs selbst große Einsparungen erzielen können. Das Resultat dieser Entwicklung zeigt sich in der folgenden Aufstellung.

Energieproduktion der Welt⁷

Jahr	Kohle %	Braunkohle %	Erdöl %	Erdgas %	Holz %	Wasserkraft %	Total Millionen (100 %)
1913	71,4	2,7	4,5	1,4	17,6	2,4	1703
1925	64,6	3,6	11,6	2,5	13,6	4,1	1835
1934	57,6	3,6	15,6	3,8	13,3	6,1	1888

⁶ Das ist wenigstens die Meinung von Keynes, vgl. dazu J. M. KEYNES, *The Economic Consequences of Mr. Churchill*, London 1925, S. 22.

⁷ BIT, a.a.O., S. 39; alle Energiequellen sind auf Kohlenäquivalente umgerechnet.

Die Weltkohlenproduktion ist seit 1913 um 128 Millionen Tonnen gesunken, währenddem die gesamte Energieproduktion — ausgedrückt in Kohlenäquivalenten — um 185 Millionen Tonnen gestiegen ist. Der Anteil der Kohle an der Weltenergieproduktion ist damit um 15 % zurückgegangen. Diese Verminderung verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf alle bisherigen Kohlenkonsumenten und wirkt sich deshalb für den englischen Kohlenbergbau in doppelter Hinsicht aus: als Konsumeinbuße⁸ im Innern und als Exportverlust. Dieser Rückgang soll nun im folgenden kurz in seine einzelnen Faktoren zerlegt werden.

a) Bevölkerungs- und Industriewachstum

Die wesentlichste Ursache für den steigenden Kohlenbedarf war bis zum ersten Weltkrieg stets das rasche Bevölkerungs- und Industriewachstum. Nach dem Kriege hat sich diese Bewegung stark verlangsamt.

In Großbritannien hatte die Bevölkerung während des 19. Jahrhunderts pro 10 Jahre um 10 -15 %⁹ zugenommen; nach dem ersten Weltkrieg sank dieser Prozentsatz auf etwa die Hälfte. Ein solcher relativer Bevölkerungsrückgang hat sich — in etwas kleinerem Umfang — auch in Deutschland gezeigt. In England spielt aber die Kohle für Haushaltbedürfnisse eine weitaus größere Rolle; die rückläufige Bevölkerungszunahme fiel daher stärker ins Gewicht und bewirkte eine Stagnation des Verbrauchs in den Haushalten.

Ein ähnliches Bild zeigen die Industrie-Bezüge und vor allem der Konsum der Transportmittel: Die englischen Eisenbahnen, die durch den aufstrebenden Straßentransport in eine Krisensituation geraten waren, wurden rationalisiert und in vier halbstaatlichen Gesellschaften zusammengeschlossen, so daß sie in der Folge erheblich weniger Kohle pro Lokomotiv-Kilometer verbrauchten.

Während neu entdeckte Verwendungsmöglichkeiten für Kohle bisher stets einen zusätzlichen Bedarf geschaffen hatten, bewirkte ihr Einsatz als Rohmaterial für die chemische Industrie praktisch keine Steigerung der Nachfrage. Infolge der hohen Preise für Kohle richtete sich die Produktion chemischer Nebenprodukte wie Benzol, Teer, Schwefel und Farbstoffe nach dem Konsum der Kuppelprodukte Koks und Gas, die noch für einige Zeit die hauptsächlichsten Kostenträger darstellen mußten.

b) Wettbewerb anderer Energieträger

Die Energieträger, welche die Kohle in der Zwischenkriegszeit am stärksten konkurrenzieren, sind das Erdöl¹⁰ und die Wasserkraft. Für den eng-

⁸ BIT, a. a. O., S. 42/43. Vergleichende Tabellen über den Energiekonsum in England und Deutschland: Von 1913-34 ist der englische Kohlenkonsum um 11%, der deutsche nur um 8% zurückgegangen.

⁹ Census 1951, H. M. S. O. London 1951, S. 48.

¹⁰ Vgl. die Tabelle auf S. 65.

lischen Inlandkonsum spielt einzig das Erdöl eine wesentliche Rolle, für den Export kommen noch die Wasserkraft und zum Teil die Braunkohle dazu. Der Einfluß von Erdgas kann für europäische Verhältnisse – mit Ausnahme von Italien – vernachlässigt werden.

Erdöl: Der Ausgangspunkt des Wettstreites zwischen Erdöl und Kohle war die Erfindung des Benzinmotors. Die ersten Automobile schienen den Kohlenkonsum vorerst nicht zu beeinträchtigen; erst ihre rasche Vermehrung zog einen namhaften Teil des Transports von der Schiene auf die Straße. Hingegen begannen die bei der Raffination des Erdöls anfallenden Heiz- und Dieselöle bald die Kohle als Brenn- und Treibstoff bei den Welt handels- und Kriegsflotten sowie in der Industrie und im Hausbrand zu verdrängen. Den verschiedenen Vorteilen des Öls bei der Bunkerung und Feuerung stand für längere Zeit als einziger Nachteil sein hoher Preis gegenüber. Erst die übersetzten Preise, die Großbritannien nach dem ersten Weltkrieg für Exportkohle verlangte, brachten auch in diesem Punkt eine Entscheidung zugunsten des Ölantriebs. England, das bisher den weitaus größten Teil der Schiffskohle geliefert hatte, erlitt dadurch einen nicht wieder gut zu machenden Schaden, und seine Bunkerverkäufe für den Küsten- und Auslandverkehr gingen von 1913 bis 1938 von 23,5¹¹ auf 11,5 Millionen Tonnen zurück. Dieser Rückgang wird verständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die Anzahl Schiffe mit Kohlenfeuerung in der Zwischenkriegszeit relativ stark zurückgegangen ist, d. h. von 97 %¹² der Welttonnage im Jahre 1913 auf 49 %, im Jahre 1937. In der gleichen Zeit haben sich Ölfeuerung und Dieselmotor von 3 % bzw. ½ %, auf 30 bzw. 21 %, vorge drängt. Diese Ziffern gelten aber einzig für Handelsschiffe, denn die Kriegsmarine hat sich fast vollständig auf Dieselantrieb umgestellt.

Wasserkraft: Die Verwendung von Wasserkraft zur Elektrizitätsgewinnung hat der englischen Kohle einen weiteren gefährlichen Rivalen geschaffen. Das Ausmaß, in dem sie die Kohle verdrängt, hängt jeweils von der Ausstattung der verschiedenen Länder mit natürlichen Wasserkraften ab. Vor allem in den wichtigen Kohleneinfuhrländern Frankreich, Italien, Spanien, Schweden, Norwegen, Finnland und der Schweiz hat sich ein Großteil der Industrie wie auch der Eisenbahnen auf weiße Kohle umgestellt. Im Durchschnitt ist die Produktion von Hydroelektrizität in sämtlichen genannten Ländern im Laufe von zehn Jahren auf das Doppelte¹³ gestiegen.

c) Rationalisierung des Verbrauchs

Ganz erhebliche Einsparungen wurden durch verschiedene Rationalisierungen im Kohlenverbrauch erreicht, die sich in der Zwischenkriegszeit

¹¹ Vgl. CYB 1949, a.a.O., S. 624/25, Tabelle über die Entwicklung der Bunkerverkäufe Englands nach Abgangshäfen.

¹² Vgl. BIT, a.a.O., S. 100/101, Tabelle: Maschinentyp und Antriebskraft in der Handelsmarine von 1913–1937.

¹³ Vgl. BIT, a.a.O., S. 104, Tabelle über die Produktion von Hydroelektrizität in verschiedenen Ländern von 1925–36.

immer stärker durchgesetzt haben. Trotz erhöhter Produktion konnte die englische Industrie dadurch ihren Kohlenverbrauch stark reduzieren und benötigte 1929, dem günstigsten Jahr der Zwischenkriegszeit, um 11 Millionen¹⁴ und 1938 um 10 Millionen weniger Kohle als 1913. Diese Ersparnisse verteilen sich auf verschiedene Industriezweige. In der Eisenindustrie sank z. B. der Einsatz von Kohle pro Tonne gewonnenes Eisen um 20 % oder 400 kg¹⁵. Außerdem wurde zur Herstellung von Stahl an Stelle von Roheisen, das im Hochofen zubereitet werden mußte, in vermehrtem Maße Alt-eisen und Schrott aus Kriegsüberresten verwendet. Mehr als ein Viertel der Stahlproduktion erfolgte auf diese Weise, ohne daß Koks verbraucht wurde. Ähnliche Einsparungen sind im Verbrauch von Kohle zur Herstellung von Gas und Elektrizität eingetreten: Aus einer Tonne Kohle wurde statt 367 m³ 479 m³ Gas und an Stelle von 0,75 Millionen 1,5 Millionen kwh elektrische Energie hergestellt.

4. Autarkiebestrebungen in der Kohlenwirtschaft

Die Knappheit der englischen Kohle in den Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegsjahren, ihr hoher Preis sowie die zunehmende Industrialisierung veranlaßten viele Staaten, die vor dem Krieg nur wenig oder gar keine Kohle gefördert hatten, ihre Produktion wesentlich zu steigern. Zwischen dem Rückgang der englischen Exporte und der Zunahme der Produktion in diesen Ländern besteht oft ein direkter Zusammenhang. Die folgende Tabelle soll darüber Aufschluß geben.

Produktionssteigerung und Einfuhrrückgang von 1913—34¹⁶

Land	Produktionszunahme (in Millionen metrischen Tonnen)	Rückgang engl. Exporte
Rußland	54,2	6,1
Holland	10,4	0,5
Spanien	2,0	2,2
Südamerika ..	1,1	4,0
Frankreich ...	2,3	5,2
Belgien	3,7	1,1

Im Falle Rußlands gaben natürlich andere Faktoren als der Ausfall englischer Kohle den Anlaß zur Produktionssteigerung. Wesentlich ist jedoch,

¹⁴ CYB 1949, a. a. O., S. 626.

¹⁵ Vgl. hierzu und zum folgenden: BIT, a. a. O., S. 106 und 109—115.

¹⁶ Vgl. LANGE, a. a. O., S. 50 und 101.

daß Rußland nicht nur den steigenden Inlandbedarf befriedigt hat, sondern schon Ende der 20er Jahre als Anbieter auf den Kohlenmärkten des Mittelmeers auftreten konnte. Im Jahre 1934 exportierte es bereits 2,2¹⁷ Millionen Tonnen Kohle und versorgte damit vor allem die früheren englischen Kunden Italien, Griechenland und Frankreich. Die Produktionszunahme Frankreichs genügt nicht, um den Exportausfall Englands vollständig zu erklären. Zwei territoriale Verschiebungen in der politischen Zugehörigkeit wichtiger europäischer Steinkohlenreviere, die sich infolge des Kriegsausgangs ergeben haben, sind für den englischen Kohlenhandel von Nachteil gewesen: Einerseits konnte Frankreich durch die Angliederung von Elsaß-Lothringen mit einer Vorkriegsproduktion von 3,8 Millionen Tonnen etwelche Einfuhreinsparungen erzielen. Andererseits war die wirtschaftliche Annäherung der Saar an Frankreich ein Grund dafür, daß dieses bis 1935 etwa 40 % der saarländischen Produktion gegenüber von 8 % vor dem Kriege übernahm.

Von den Ländern, die keine eigenen Kohlenvorkommen besitzen und sich nach dem Kriege nicht mehr wesentlich mit englischer Kohle versorgten, sind Italien, Schweden und Norwegen die wichtigsten. Alle drei senkten ihre Bezüge unter den Stand am Ende des Weltkrieges. Die Skandinavischen Staaten bezogen dafür mehr polnische Kohle. Bis Mitte der dreißiger Jahre erwuchs England dadurch ein Ausfall von fast 10 Millionen Tonnen.

Einzig Dänemark, der irische Freistaat und Kanada haben auch nach dem Krieg der englischen Kohle die Treue gehalten und ihre Bezüge sogar vermehrt. Der britische Kohlenhandel mit diesen Ländern besitzt insofern die Priorität, als die Wirtschaft des irischen Freistaates und Kanadas eng mit der britischen verknüpft sind, während die britischen Kohlenlieferungen nach Dänemark eine Art Gegenkonzession für die Annahme von dänischen Agrarprodukten darstellen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die Nachkriegsjahre für Großbritannien, wie für alle andern Kohlenproduzenten, die bittere Erkenntnis brachten, daß nicht mehr alles nach Kohle drängt. Die Autarkiebestrebungen in der Energiewirtschaft und die zunehmende Konkurrenz der Kohlen Substitute sind, auf lange Sicht betrachtet, die Hauptgründe für den Nachfragerückgang. Das ungeschickte Verhalten der Kohlenländer, vor allem die befristeten Kontingentierungsmaßnahmen und die hohen Preise Englands haben diese Entwicklung beschleunigt. Der spezielle Grund für den starken Rückgang englischer Kohle liegt in der geringen Konkurrenzfähigkeit des Bergbaus und in der Größe des Exporthandels der Vorkriegszeit. Staaten mit einer nur kleinen oder gar keiner Ausfuhr konnten naturgemäß durch die Nachkriegssituation nichts oder nur wenig verlieren. Dazu kommt die Struktur der englischen Ausfuhr: Die vielen Kleinbezüger in allen Erdteilen konnten ihre Energiebedürfnisse mit Leichtigkeit anderswie decken.

¹⁷ Vgl. CYB 1949, a.a.O., S. 692.

Die in allen Kontinenten entstehende Kohlenindustrie gab den frühern Kunden Englands die Möglichkeit, Kohle aus nähergelegenen Gruben zu beziehen. Es ist daher verständlich, daß mit Ausnahme von den drei genannten, wirtschaftlich von England abhängigen Staaten, sämtliche Länder ihre Importe aus Großbritannien wesentlich reduziert, wenn nicht überhaupt eingestellt haben. Infolge ihrer schlechten Organisation konnte die englische Kohlenindustrie der zunehmenden Konkurrenz und den steigenden Absatzschwierigkeiten nichts entgegensetzen. Ihr innerer Aufbau wurde, im Vergleich zu andern Ländern, immer morscher, so daß sie zu einer plötzlichen Produktionssteigerung gar nicht mehr in der Lage war. Diese innerwirtschaftlichen Aspekte bilden das Problem des nächsten Kapitels.

8. Kapitel

Wandlungen im innern Aufbau des Kohlenbergbaus

Der erste Weltkrieg, die wirtschaftliche Entwicklung in den Nachkriegsjahren und die damit zusammenhängende, schwankende und rückläufige Bewegung des Kohlenbedarfs trugen keineswegs dazu bei, die Zukunftsaussichten des Kohlenbergbaus auch nur geringfügig aufzuhellen. Im Gegenteil, sie brachten die bereits bestehenden Mängel in der Organisation und Struktur der Produktion erst richtig zur Geltung und beschleunigten den wirtschaftlichen Niedergang.

Zu Beginn des Krieges beschäftigte die Kohlenindustrie 1,1¹ Millionen Bergarbeiter. Fast 200 000 benützten im ersten und zweiten Kriegsjahr die Gelegenheit, aus den verhaßten Gruben zu entfliehen und meldeten sich freiwillig zum Kriegsdienst. In dieser ersten Kriegsperiode unterstand die Kohlenindustrie noch nicht einer eigentlichen Kontrolle durch den Staat; doch bezahlte dieser zur Stimulierung der Produktion stark überhöhte Preise. Die Grubenbesitzer machten dadurch Riesengewinne; sie investierten jedoch nur wenig, da ein technischer Ausbau allein die unmittelbaren Bedürfnisse des Staates kaum befriedigt hätte, sondern steigerten die Produktion, indem sie in verstärktem Maße die besser zugänglichen Flöze abbauten. Zudem waren Bergbaumaterial und Maschinen ziemlich knapp, so daß sogar die nötigen Reparaturen mit zweitrangigem Material vorgenommen werden mußten.

Nach Übernahme der Industrie erklärte der Staat die Grubenarbeit für kriegsdienstäquivalent und begann mit der Anwerbung neuer Kräfte. Es handelte sich aber größtenteils um ungelernte und kriegsuntaugliche Arbeiter, die den Ausfall der erprobten Bergleute wohl zahlenmäßig, aber nicht leistungsmäßig ersetzen konnten. Das war ein Grund für die trotz großer Anstrengung sinkende Produktivität und Produktion.

¹ Vgl. CYB 1949, a.a.O., S. 558; Beschäftigtenzahl im britischen Kohlenbergbau.

Mit dem Abschluß des Krieges und dem Ende der nationalen Notwendigkeit von Kohle setzten starke Arbeitsunruhen ein. Die kriegsmüden Arbeiter erwarteten für das Durchhalten eine Belohnung und verlangten, daß die Kriegsgewinne zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Erhöhung der Löhne verwendet würden. In den ersten Nachkriegsjahren war die desorganisierte und von Arbeitsunruhen heimgesuchte Industrie nicht in der Lage, die wiedereröffneten Märkte zu versorgen. Die gesunkene Produktivität und die Lohnerhöhungen, die der Staat den Bergleuten während des Krieges hatte gewähren müssen, verursachten einen ungeheuren Preisanstieg und verstärkten – wie im letzten Kapitel besprochen – die Autarkiebestrebungen verschiedener Kohleneinfuhrländer.

Nachdem die Regierung sich 1921 eiligst aus der Kohlenproduktion zurückgezogen hatte, setzte eine überaus wechselvolle Zeit ein: Bald sank der Absatz infolge der Überkapazität der Welt-Kohlenproduktion, bald stieg er wieder an, da ein Kohlengebiet ausgefallen war. Die Preise, Kosten, Löhne und Gewinne folgten dieser Bewegung. Eine Reorganisation durch die Grubenbesitzer wurde immer unwahrscheinlicher.

Ein Ausbruch der schlechten Arbeitsbeziehungen war der Streik von 1926. Zwischen Arbeitern und Unternehmern ist dadurch jegliches Vertrauen geschwunden. Der konjunkturelle Anstieg Ende der zwanziger Jahre machte der Kohlenindustrie erneut Hoffnung, doch bald darauf versetzte ihr die große Depression einen Schlag, von dem sie sich endgültig nicht mehr erholen konnte. Dieser innere Zerfall des Kohlenbergbaus soll im folgenden verdeutlicht werden. Dabei werden wiederum die Einteilungskriterien des ersten Hauptteils verwendet.

1. Natürliche Bedingungen

a) Verschlechterung von Abbaubedingungen und Qualität

In immer stärkerem Maße macht sich im englischen Kohlenbergbau ein abnehmender Ertrag geltend. Noch besteht allerdings keine unmittelbare Gefahr, daß die Vorkommen bald erschöpft sind, denn nach Aussagen des Reid Report² reichen die Reserven, gleichmäßiger Abbau vorausgesetzt, noch mindestens hundert Jahre. Das ändert jedoch nichts daran, daß – infolge des frühen Beginns des Abbaus und des betriebenen Raubbaus – die noch abzubauenen Flöze weniger ergiebig sind und in größeren Tiefen liegen³. Auch die abnehmende Qualität der gewonnenen Kohle hängt damit zusammen: Beim Abbau aus dünneren Flözen ist es bedeutend schwieriger, die Kohle rein und ohne Steine zu fördern. Zudem steigt mit abnehmender Flözmächtigkeit auch der Anteil von kleineren Stücken und von Staub-Kohle.

² Reid Report, a. a. O., S. 118.

³ Vgl. hierzu CYB 1949, a. a. O., S. 556: Mächtigkeit der Flöze in den Jahren 1913, 1924 und 1944.

Es ist offensichtlich, daß die Produktivität unter diesen Umständen auch durch wesentliche technische Investitionen nur schwer gesteigert werden kann und daß die sinkende Qualität die Tendenzen zur Substitution der Kohle beschleunigt.

b) Der standortsbedingte Konkurrenzkampf zwischen den Distrikten

Bereits im ersten Hauptteil wurde festgehalten, daß zwei Gruppen von Distrikten, die Inland- und die Küstendistrikte, unterschieden werden können, die in bezug auf Absatzstruktur und Qualität der abgebauten Kohle grundsätzlich differieren: So sind die Küstendistrikte auf Grund ihrer Lage für den Export, die Inlanddistrikte für die Versorgung des Binnenlandes prädestiniert, — so gewinnt man im Innern Englands fast ausschließlich allgemein verwendbare Kohle, an der Küste hingegen einen respektablen Anteil an Spezialarten.

Die Kenntnis der Ursachen des Nachfragerückgangs, der sich zu $\frac{2}{3}$ auf die Exporte und nur zu einem Drittel auf Bunkerverkauf und Inlandkonsum verteilt, läßt vermuten, daß die Förderung in den Küstendistrikten von 1920 bis 1938 bedeutend stärker gesunken ist als im Inland. Das bestätigt sich, wenn man die Bewegungen der Produktion in der Zwischenkriegszeit verfolgt.

Produktion in den Küstendistrikten⁴

(in Millionen Tonnen)

Jahr	Northumberl.	Durham	Schottland	Wales	N-W Division
1913	14,8	41,5	42,5	56,8	28,1
1920	11,2	30,8	31,5	46,2	21,7
1921	8,0	21,8	22,5	30,6	14,9
1922	13,2	34,9	35,4	50,3	20,5
1923	14,3	38,2	38,5	54,3	23,5
1924	13,7	36,7	36,2	51,0	23,2
1925	12,0	31,5	33,0	44,6	20,5
1926	6,2	14,1	16,8	20,3	10,9
1927	13,5	34,6	34,6	46,3	20,6
1928	13,0	34,7	32,4	43,3	18,4
1929	12,0	39,0	34,2	48,1	19,1
1930	14,5	35,9	31,7	45,1	18,3
1932	12,2	27,8	28,8	34,9	16,1
1935	14,0	30,3	31,3	35,0	16,6
1938	13,3	31,4	30,3	35,3	17,0
Rückgang	1,5	10,1	12,2	21,5	11,1

⁴ CYB 1949, a.a.O., S. 525/26.

Es ergibt sich, daß die Küstendistrikte, als Ganzes betrachtet, von 1913 bis 1938 eine Einbuße von 56,4 Millionen Tonnen Kohle erlitten haben, während der Produktionsrückgang für ganz England nur 60⁵ Millionen Tonnen beträgt. Die folgende Übersicht erklärt diese geringe Differenz:

Produktion in den Inlanddistrikten

(in Millionen Tonnen)

Jahr	North-Eastern Division	East-Midland Division	West-Midland Division
1913	43,6	33,7	20,8
1920	36,2	29,4	17,4
1921	28,5	20,9	12,7
1922	42,1	30,8	17,5
1923	46,5	34,9	20,3
1924	46,5	34,2	20,3
1925	45,3	32,8	18,7
1926	21,6	20,8	13,0
1927	45,9	31,5	19,0
1928	43,4	30,1	17,1
1929	46,4	32,7	18,2
1930	44,6	32,0	17,6
1932	38,0	28,6	17,0
1935	40,7	19,2	19,2
1938	42,4	32,2	19,7
Rückgang	1,2	1,5	1,1

Der Rückgang der Produktion in den Inlanddistrikten beträgt, gesamt-
haft betrachtet, nur 3,8 Millionen Tonnen. Das ist weniger als die Verminde-
rung des inländischen Konsums. Wenn auch ein relativ größerer Rückgang
der Förderung in den Exportdistrikten vorauszusehen war, so überrascht
doch das schlechte Verhältnis, denn man muß sich vor Augen halten, daß
auch die Inlanddistrikte als Folge des Rückgangs der Exporte einen Absatz-
verlust von sechs Millionen Tonnen in Kauf nehmen mußten. Eine Ver-
minderung in der Produktion der Exportdistrikte, die größtmäßig zwi-
schen 37 und 51 Millionen Tonnen liegt, d. h. zwischen der Differenz der
Exportmengen der Jahre 1913 und 1938 von Kohle einerseits und der Summe
aller Exporte wie Kohle, Koks, Briketts, Lieferungen nach dem Irischen
Freistaat und Nordirland sowie der Bunkerverkäufe andererseits, verbliebe
noch im Rahmen der Erwartungen. Daß aber die obere Grenze sogar um
5,5 Millionen Tonnen überschritten wird, beweist, daß die Küstendistrikte

⁵ Vgl. Tabelle S. (1.

auch durch den Rückgang des Inlandkonsums von 9 Millionen Tonnen stark betroffen worden sind. Es sei vorweggenommen, daß sowohl die nur für spezielle Zwecke verwendbare, fettreichere Kohlenart, die in den Exportdistrikten gewonnen wird, als auch die Tätigkeit der in den Küstendistrikten liegenden Industrien daran schuld sind. Zur Verdeutlichung des obigen sind die entsprechenden Vergleichsziffern in einer Tabelle zusammengefaßt.

Produktion, Konsum, Export in den Jahren 1913 und 1938

(in Millionen Tonnen)

	1913	1938	Differenz
Produktion	287	227	60
Konsum im Inland	184	175	9
Exporte inkl. Bunker, Koks, Briketts	98	50	48
Exporte nur Kohle	(73)	(36)	(37)
Bunker	(21)	(10)	(11)
Lieferungen nach Irland und Nord-Irland	5	2 ⁶	3
Produktion der Küstendistrikte	183,7	127,3	56,4
Produktion der Inlanddistrikte	98,1	94,3	3,8

Ehe wir die Folgen dieses unterschiedlichen Produktionsrückgangs näher analysieren, ist es wichtig, sich die Entwicklung der Produktion in den einzelnen Distrikten zu vergegenwärtigen.

Naturgemäß am größten ist der Konsumausfall in Wales mit 21,5 Millionen Tonnen, wovon 15⁷ Millionen auf die Exporte und weitere 2 Millionen auf die Bunkerverkäufe an Schiffe im Außenhandel entfallen. Der zusätzliche Rückgang von 4,5 Millionen Tonnen ist auf drei Ursachen zurückzuführen: Erstens ist die Kohlenmenge, die auf dem Meerweg in andere Landesteile verfrachtet wird, um 1,5 Millionen Tonnen zurückgegangen. Das verdient besondere Beachtung, denn drei der andern Küstendistrikte konnten ihre Inlandverkäufe durch Ausnützen des billigeren Wasserweges erheblich steigern. Zweitens hat sich die englische Kriegsmarine, bisher ein Hauptabnehmer der rauchfreien walisischen Dampfkohle, fast vollständig auf Dieselöl umgestellt. Drittens konnte die in Wales domizilierte Eisenindustrie durch erhebliche Rationalisierungen ihren Kohlenbedarf beträchtlich reduzieren.

⁶ Nur Nordirland, die Lieferungen nach dem irischen Freistaat sind unter den Exporten aufgeführt.

⁷ Vgl. CYB 1949, a.a.O., S. 617/618, Tabellen I, II, III, IV: exportierte Kohle, Bunkerkohle für im Außenhandel tätige Schiffe, Küstentransporte und Bunkerkohle für Küstenschiffe.

Daraus ist ersichtlich, daß Wales der hauptleidende Exportdistrikt ist. Durch seine höheren Gewinnungskosten – eine Folge des gebirgigen Geländes – konnte der Distrikt die überschüssige Kohle nur mit großen Schwierigkeiten gegen die Konkurrenz der billigeren Ware anderer Distrikte im Inland verkaufen. Einzig der Anthrazitkohlenbergbau⁸, der fast ausschließlich in Wales betrieben und demzufolge von andern Distrikten nicht konkurrenziert wird, hat seine Produktion nicht nur halten, sondern sogar vermehren können.

Durham und Northumberland, deren Produktion in der untersuchten Periode um 11,5 Millionen Tonnen gesunken ist, haben insgesamt 13 Millionen Tonnen weniger Kohle an Schiffe und ins Ausland verkauft. Durch gewaltige Preisunterbietungen, ermöglicht durch tiefe Löhne, konnten sie dafür ihren Inlandabsatz etwas steigern: Allein die im Küstenverkehr verfrachtete Kohlenmenge hat um 6 Millionen Tonnen zugenommen. Durhams «spezielle» Qualitätsart stieß aber auf erhebliche Absatzschwierigkeiten, da bekanntlich deren Hauptkunden, die Gaswerke und Kokereien, ihre Fabrikation stark rationalisiert hatten.

Die Verminderung der schottischen Produktion um 12 Millionen Tonnen verteilt sich gleichmäßig auf Export, Bunkerverkauf und Konsum der regionalen Industrie. Auch Schottland konnte seinen Exportverlust durch den Transport von Kohle im Küstenverkehr an die Ostküste etwas ausgleichen, wenn auch nicht im gleich starken Maße wie Durham.

Die jetzige North-Western Division hat einerseits ihren Export leicht steigern können, büßte aber anderseits 2,5 Millionen Tonnen durch verminderte Bunkerverkäufe, 1 Million Tonnen durch kleinere Inlandtransporte an andere Landesteile und eine kleine Menge durch den Rückgang der irischen Nachfrage ein. Weitaus den größten Ausfall hat die Textilindustrie von Lancashire hervorgerufen, die sich praktisch seit dem ersten Weltkrieg in einer Dauerdepression befand.

Von den Inlanddistrikten ist zu erwähnen, daß der Midland-Amalgamated District der Konkurrenz der Exportreviere durch eine Exportsubvention⁹ zu begegnen suchte. Da die modernen Gruben von Süd-Yorkshire sehr billig produzierten, war es innerhalb des Distrikts möglich, zugunsten verbilligter Exporte eine Taxe auf die im Inland verkauften Kohlen zu erheben. Tatsächlich hat die Ausfuhr dadurch in den Jahren 1928 und 1929 um 3 Millionen Tonnen gesteigert werden können. Mit dem Ende der betreffenden Vereinbarung gingen die Exporte wieder zurück.

Die ungleiche Verteilung des gesamten Konsumrückgangs auf die verschiedenen Distrikte war die Ursache eines lange dauernden Konkurrenzkampfes¹⁰ um den Inlandmarkt: Die Küstendistrikte versuchten mit allen Mitteln, ihren Absatzverlust auszugleichen und drangen deshalb in die bisher unbestrittenen Gebiete der mittenglischen Kohlenfelder ein. Ein Er-

⁸ Vgl. CYB 1949, a. a. O., S. 540, Produktion, Exporte und Preise von Anthrazit.

⁹ Vgl. hierzu 9. Kapitel.

¹⁰ Vgl. hierzu und zum folgenden die beigelegte Karte S. 123).

folg war aber nur denkbar, wenn sie ihre Grubenpreise soweit senken konnten, daß die erhöhten Transportspesen zum mindesten ausgeglichen wurden. Das hätte sich grundsätzlich durch Kartellierung und kapitalmäßige Zusammenfassung, verbunden mit kostensparenden Rationalisierungen, oder durch eine beträchtliche Lohnsenkung bewerkstelligen lassen. Da aber die mannigfaltigen Unterschiede zwischen den Unternehmungen eine erfolgreiche Kartellbildung unmöglich machten, kam einzig die zweite Lösung in Frage, eine Preissenkung durch Lohnabbau.

Noch deutlicher als in den Produktionsziffern spiegelt sich der Konkurrenzkampf um den Inlandmarkt deshalb in den Preis-, Lohn- und Gewinnschwankungen¹¹ der einzelnen Distrikte wider. Drei Distriktsgruppen können unterschieden werden: Auf der einen Seite «in Verteidigungsstellung» die Inlanddistrikte, die East-Midland, West-Midland und North-Eastern Division, die bisher aus Tradition und auf Grund ihrer Standortsvorteile den Inlandmarkt versorgt hatten. Sie wurden unmittelbar durch den Exportrückgang nur schwach getroffen, hatten aber auf dem Inlandmarkt gegen die starke Konkurrenz der Küstendistrikte zu kämpfen. Trotzdem konnten sie ihre Preise stets erheblich über den Kosten halten und machten im Vergleich zu den beiden andern Gruppen die weitaus größten Gewinne.

Zur zweiten Gruppe, den «Angreifern», gehören die drei Exportdistrikte Durham, Northumberland und Schottland. Sie hatten einen großen Exportausfall erlitten und mußten sich deshalb nach neuen Absatzgebieten umsehen. Da sie durch ihre Nordseehäfen befähigt waren, auf den mittellenglischen Märkten einzugreifen, versuchten sie mit allen Mitteln diese Chance wahrzunehmen. Ihre Preise ab Grube mußten aber, um die erhöhten Transportkosten auszugleichen stets niedriger sein als jene der Midlands. Eine Ausnahme bilden die Jahre 1923 und 1924, in denen diese Gruppe eine Exporthausse mitmachte. Mit dieser einzigen Ausnahme lagen auch die Löhne und Kosten stets unter denjenigen der Midlands, während die Gewinnmarge ausnahmslos geringer war. Der Erfolg dieser Unterbietung zeigt sich zahlenmäßig in der steigenden Kohlenmenge¹², die von Durham, Northumberland und Schottland per Küstenschiffahrt nach Mittelengland transportiert wurde, wie auch in der gewaltigen Zunahme der auf dem Seeweg nach London gelangenden Kohlenlieferungen.

In der dritten Gruppe, den «Neutralen», liegen Wales und die North-Western Division. Wales versuchte 1921 noch in den Inlandmarkt einzudringen, mußte aber bald die standortsbedingte Zwecklosigkeit seines Unterfangens einsehen. Seither liegen seine Preise und Löhne höher als in den Midlands. Da die reinen Produktionskosten von Wales seit jeher größer waren, ist die Gewinnmarge trotz höheren Preisen recht unbefriedigend. Die North-Western Division versuchte überhaupt nicht neue Märkte zu er-

¹¹ Vgl. hierzu die Tabelle auf S. 79.

¹² Vgl. hierzu CYB 1949, a.a.O., S. 617, Tabelle über die Küstentransporte nach verschiedenen Abgangshäfen sowie S. 620, Tabelle über die Kohlenlieferungen nach London.

obern. Ihre Preise, Löhne und Kosten drücken deshalb die lokalen Marktverhältnisse aus und sind keine Kampfpreise.

Auf die Wirkungen, die dieser Konkurrenzkampf zwischen den mittelenglischen Distrikten einerseits und den nordostenglischen und schottischen Gruben andererseits auf die Produktivität, die Rentabilität und die Arbeitsbeziehungen hatte, soll in den folgenden Abschnitten näher eingetreten werden.

2. Rechtliche Bedingungen

Auch in der Zwischenkriegszeit ist die Konzentrationsbewegung der englischen Kohlengruben nicht schneller als vor dem ersten Weltkrieg vor sich gegangen: Die Zahl von 3289 im Jahre 1913 im Betrieb befindlicher Zechen ist bis 1924 auf 2855¹³ und bis 1938 auf 2125 zusammengeschrumpft. Die durchschnittliche Verminderung pro Jahr betrug 49 Gruben und entsprach demzufolge annähernd der Vorkriegsabnahme, während die durchschnittliche Förderziffer von 82 000 auf 106 000 Tonnen angestiegen ist. Im Ruhrgebiet hingegen waren die Zusammenschlüsse in der gleichen Periode bedeutend zahlreicher: Die Grubenzahl sank von 234¹⁴ auf 154, die Förderung pro Grube stieg um fast 100 % auf 825 000 Tonnen. Der Schwerpunkt der deutschen Förderung liegt offensichtlich beim Großbetrieb, während in England die kleineren Zechen noch immer stark überwiegen. Das gilt auch für die meisten englischen Distrikte, obwohl speziell in dieser Beziehung die Unterschiede außerordentlich mannigfaltig sind. In den Küstendistrikten sind die kleineren Betriebe in der Überzahl, wobei Durham als sehr alter Distrikt die Spitze hält. Umgekehrt sind in Yorkshire die größeren Betriebe bedeutend zahlreicher.

Im Rahmen der Regierungskontrolle im zweiten Weltkrieg und als Folge der Nationalisierung sind in England etliche der unrationellsten Gruben geschlossen worden. Die Zersplitterung konnte dadurch etwas eingeschränkt werden; die Gruben sind aber noch immer weit von der optimalen Größe entfernt und können, wie die Tabelle¹⁵ Seite 80 zeigt, in bezug auf die Betriebskapazität einen Vergleich mit Deutschland noch lange nicht aushalten.

Die negativen Folgen dieser fortdauernden Zersplitterung machten sich zwischen den Kriegen naturgemäß stärker bemerkbar, als das in der Aufschwungsperiode vor dem Krieg der Fall sein konnte. Zu einem Zeitpunkt, in dem es sich einerseits darum handelte, gegenüber der ausländischen Konkurrenz geschlossen dazustehen, und andererseits Mechanisierungen und Rationalisierungen das einzige Mittel bildeten, um die Produktivität zu steigern und die Kosten zu senken, waren die vielen Kleinbetriebe durchaus ungeeignet. Sie sind einer der wesentlichen Gründe für die unrationelle Produktion, die hohen Produktionskosten, die niederen Gewinne und damit für

¹³ CYB 1949, a. a. O., S. 550.

¹⁴ WIEL, a. a. O., S. 163.

¹⁵ Zusammengestellt aus WIEL, a. a. O., S. 65/68.

Betriebsgrößen in England und Deutschland

England (1948)		Deutschland (Ruhr) 1950	
Anzahl Arbeiter	Anzahl Gruben	Anzahl Arbeiter	Anzahl Gruben
1– 19	363	1– 499	13
20– 49	147		
50– 249	205		
250– 499	181		
500– 999	294	500– 999	1
1000–1499	136		
1500–1999	71	1000–2999	55
2000–2999	41		
3000 u. mehr	7		
		3000–3999	35
		4000 u. mehr	36
			71
Total	1445		140

den stetigen Niedergang der Kohlenindustrie in der Zwischenkriegszeit. Die detaillierten Auswirkungen der Zersplitterung sollen jedoch an späterer Stelle, im Zusammenhang mit den ökonomischen Bedingungen, besprochen werden.

Obwohl die Mängel der bergrechtlichen Eigentumsordnung offen zutage traten, und obschon von verschiedenen Seiten die Nationalisierung der Royalties gefordert wurde, blieben die Bodenschätze weiterhin mit dem Grundeigentum verbunden. Zwei Regierungserlasse, ein erster im Jahre 1925, ein zweiter im Rahmen des großen Reorganisationsgesetzes von 1930, versuchten die Konzentration durch finanzielle Erleichterungen und staatliche Zwangsmaßnahmen zu begünstigen. Wohl verzeichneten sie gewisse Anfangserfolge; da sich aber am grundlegenden Mangel nichts geändert hatte, hielten sich diese in bescheidenem Rahmen. Deshalb mußten die Bodenschätze im Jahre 1938 schließlich doch in das Eigentum des Staates übergeführt werden. Man hatte aber allzulange gezögert: Der Krieg verhinderte die getroffene Maßnahme daran, ihren Nutzen unter Beweis zu stellen, so daß sich ein weiterer, stärkerer Eingriff immer mehr aufdrängte.

3. Ökonomische Bedingungen

Der schwankende und rückläufige Kohlenbedarf der Zwischenkriegszeit spiegelt sich auch — wie die folgende Tabelle zeigt — in den Preisen, Löhnen und Gewinnen wider.

*Entwicklung der Preise, Kosten, Löhne in den einzelnen Distrikten*¹⁶
(pro englische Tonne)

		1921	1922	1923	1925	1930	1935	1938
Großbritannien ..	1) 2) 3)	25/10 26/1, 24/7 ¹⁷ 17/3	19/2 18/2 12/2	19/10 17/7 12/4	17/1 17/11, 16/10 11/8	14/1 13/9 9/4	13/6 13/0 8/7	17/5 16/0 10/7
Northumberland .	1) Preis (ab Grube)	24/0 25/7, 23/5 15/8	18/6 16/10 11/0	21/1 18/3 12/8	14/6 16/7, 15/1 9/8	12/4 11/8 7/3	11/7 11/5 7/0	16/3 14/10 9/0
Durham	2) Produk- tions- kosten	24/8 25/5, 24/10 17/0	18/9 17/4 11/0	21/2 18/5 12/3	15/11 17/8, 16/4 10/6	13/2 12/10 8/0	12/5 12/8 7/9	16/5 15/5 9/7
Schottland	1) (inkl. Löhne und 2) Royalties) 3)	23/7 24/6, 23/4 16/2	17/3 16/2 10/11	19/11 17/3 12/5	15/4 16/8, 15/4 10/6	12/10 12/11 8/8	12/3 11/5 7/7	17/0 15/3 10/3
Midland-Divisions	1) 2) 3)	27/0 24/6, 24/5 18/5	18/10 17/5 12/5	18/2 15/9 11/6	16/9 16/4, 15/9 11/6	13/10 13/2 9/4	13/5 12/4 8/5	16/9 15/2 10/5
North-Western- Division	1) 2) 3)	29/4 28/5, 27/0 19/4	21/0 21/0 14/2	19/3 18/8 13/2	20/0 20/10, 19/6 13/11	16/9 16/9 11/7	15/9 15/1 10/1	19/11 18/1 11/10
Wales	1) 2) 3)	24/9 28/8, 24/4 15/5	20/5 19/11 12/6	21/10 19/9 13/3	19 20/11, 19/4 13/0	15/6 15/4 10/3	15/1 15/2 9/10	18/8 18/3 11/8

¹⁶ Quellen: CYB 49, zusammengestellt aus den Tabellen S. 584/85, 592/93, 600/01.

¹⁷ Die zweite Ziffer enthält jeweils die Subventionen.

Mit 37/5 s. befand sich der durchschnittliche Grubenpreis im Jahre 1920 auf seinem bisher höchsten Punkt. Die Reaktion der Nachfrage bewirkte jedoch im folgenden Jahr einen enormen Preissturz. Dank der Ruhrbesetzung durch die Franzosen brachten die Jahre 1923/24 wieder eine leichte Erholung, die von der englischen Durchschnittsziffer aber nur mangelhaft widerspiegelt wird. Es waren nämlich vor allem die Preise in den Exportdistrikten, die stark angezogen hatten und in diesen beiden Jahren sogar über die Preise der mittlenglischen Distrikte zu liegen kamen. Ausnahmsweise lagen deshalb auch die Löhne und Gewinne von Durham und Northumberland höher als diejenigen der Midlands. Nach dem großen Streik von 1926 bewegten sich die englischen Preise für fast zehn Jahre auf einem sehr tiefen Niveau. Es drücken sich darin die Anstrengungen Großbritanniens aus, die 1926 und bereits vorher verlorenen Exportmärkte wieder zu gewinnen, — ein Unterfangen, das bereits zum vornherein zum Scheitern verurteilt war. Gegen Ende der dreißiger Jahre schlugen die Preise wieder eine steigende Richtung ein.

Durch die Preisstürze von 1921 und 1925 wurden die Unternehmer gezwungen, auch die Löhne erheblich zu reduzieren. In beiden Jahren konnte der drohende Bergarbeiterstreik nur durch eine staatliche Subvention verhindert werden, durch die der Lohn auf einer mittleren Höhe, zwischen der bisherigen und der neu vorgesehenen Regelung, fixiert wurde. Trotzdem lagen die Produktionskosten in den Exportdistrikten zeitweise sogar über den Preisen, und fast regelmäßig war die Differenz, d. h. die Gewinnmarge, derart gering, daß damit keine großzügigen Investitionsprojekte durchgeführt werden konnten: Sie betrug im Durchschnitt der Periode von 1921 bis 1938 kaum mehr als 0/6 s.¹⁸ pro Tonne, wobei die höchste Ziffer, die auf das Jahr 1923 fällt, nur 2/2 s. beträgt, währenddem in den Jahren 1927 und 1928 gar ein Verlust von 0/6 und 0/11 s. pro Tonne gemacht wurde.

Die allgemein niederen Gewinne und die Unsicherheit, ob überhaupt solche erzielt werden könnten, begünstigten keineswegs eine langfristige Planung und Reorganisation. Im Gegenteil, der Konkurrenzkampf um den Inlandmarkt zwang die Grubenbesitzer dazu, sämtliche verfügbaren Mittel sofort kurzfristig einzusetzen, um wenigstens den gegebenen Absatz aufrecht zu erhalten. Unter dem Einfluß der Entwicklung auf dem Weltkohlenmarkt und in andern Ländern, war eine gewisse Anpassung an die moderne Technik allerdings fast unumgänglich, doch besaßen einzig die größeren Betriebe das nötige Kapital, um ihre Einrichtungen wenigstens notdürftig zu mechanisieren. Zu allem Überfluß stießen sie dabei auch auf verschiedene Schwierigkeiten technischer Art.

Der Grad der Mechanisierung ist deshalb in Großbritannien zu Beginn des zweiten Weltkrieges wesentlich geringer als in den kontinentalen Kohlenländern, obwohl der Ausgangspunkt im Jahre 1913 praktisch der gleiche war. Es ist zwar nicht einfach, den Grad der Mechanisierung zu messen,

¹⁸ Vgl. CYB 1949, a.a.O., S. 588, Tabelle über die Gewinne.

denn die Statistik liefert für die wichtigsten Bergbauländer und zum Teil auch für die einzelnen Reviere einzig Angaben über den Anteil der Maschinen beim Abbau und Transport. Sie unterscheidet aber nur selten zwischen eigentlichen Maschinen und mechanisch betriebenen Handgeräten wie Abbauhämmer, Preßlufthacken u. a. Solche Handgeräte sind in vielen englischen Revieren bereits eingesetzt, wirkliche Maschinen aber erst selten. In den folgenden Vergleichszahlen über den maschinellen Abbau kommt deshalb nicht genügend zum Ausdruck, daß die Mechanisierung in England viel weniger kapitalintensiv durchgeführt worden ist als in den Vereinigten Staaten und der Ruhr.

In Großbritannien wurden 1913 8 % der gesamten Kohle maschinell abgebaut, 1921 waren es 14,1 %, 1930 31 % und 1938 etwas mehr als die Hälfte, nämlich 59 %¹⁹. Viel rascher ging die Mechanisierung in Deutschland vor sich. Die entsprechenden Vergleichszahlen betragen für die Ruhr: 2 % im Jahre 1913, 97 % im Jahre 1938²⁰.

Der Anteil untertag mechanisch transportierter Kohle hat in Großbritannien von 1928 bis 1938 von 12 % auf 54 %²¹ zugenommen, währenddem die Anzahl von Grubenponys von 68 000 auf 32 000 zurückgegangen ist. Im Gegensatz zum maschinellen Abbau ist der mechanische Transport nur bei modernen Gruben mit geradlinigen Gängen möglich, wodurch die Midlands einen beträchtlichen Vorsprung besitzen. Im allgemeinen sind die Transporteinrichtungen jedoch vollkommen ungenügend: Während in Amerika für den Transport von 50 Tonnen²² und in Holland für 20–25 Tonnen ein Bergarbeiter benötigt wird, beschäftigten die englischen Gruben einen Mann für je 5 Tonnen.

Der unrationelle Abbau und der geringe Mechanisierungsgrad haben die Entwicklung der Produktivität in der Zwischenkriegszeit außerordentlich ungünstig beeinflußt. Es sei in Erinnerung gerufen, daß die Jahresleistung eines durchschnittlichen englischen Bergarbeiters vor dem ersten Weltkrieg wohl bereits gesunken, trotzdem aber stets höher oder mindestens gleich hoch wie die entsprechende Ziffer der Konkurrenzländer war. In der Zwischenkriegszeit wirkten nebst den bereits genannten Faktoren auch die fehlende Leistungsfreude der Bergarbeiter und die zunehmenden natürlichen Abbauschwierigkeiten — die tieferen Schächte und längeren Gänge machten den Arbeitsweg untertag zeitraubender und verkürzten dadurch die effektive Schichtdauer — verlangsamen auf jegliche Produktivitätssteigerung. Der Reid Report²³ seinerseits legt das Hauptgewicht auf die mangelnden Transportanlagen: «The use of locomotive haulage on straight level roads driven through the strata on the Continent (and in solid coal in the United States) instead of the traditional haulage systems used in Britain, constitutes

¹⁹ Vgl. CYB 1949, a. a. O., S. 550/551.

²⁰ WIEL, a. a. O., S. 52/53, Tabelle über die Mechanisierung.

²¹ Vgl. CYB 1949, a. a. O., S. 550.

²² Reid Report, a. a. O., S. 33 ff.

²³ a. a. O., S. 128/129.

one of the greatest single technical causes of the lower OMS in British mines compared with that of the Ruhr or Holland.» Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Schichtleistung in England im Vergleich mit zwei typischen kontinentaleuropäischen Kohlenländern.

*Schichtleistung in den Jahren 1913, 1925 und 1938*²⁴

(in t)

Jahr	Ruhr	Holland	Großbritannien
1913	0,930	0,807	1,016
1925	0,931	0,824	0,901
1938	1,523	1,619	1,148

Die Tabelle spricht für sich selbst: Während in England die Schichtleistung nur langsam zugenommen hat, konnte sie beispielsweise in der Ruhr – um nur eines der kontinental-europäischen Kohlengebiete zu nennen – um mehr als 50 % gesteigert werden. Die Produktivitätsziffern vermitteln deshalb das anschaulichste Bild für den innerwirtschaftlichen Zerfall und damit auch für den Zug zur Nationalisierung.

4. Soziologische Bedingungen

Es erübrigt sich, die Arbeitsbedingungen in den Kohlengruben nach dem ersten Weltkrieg näher zu beschreiben, denn große Fortschritte sind nicht erzielt worden. Ihre Entwicklung ist vielmehr eng mit den technischen Investitionen verknüpft: Die niederen Gewinne gaben dem Unternehmer kaum die Möglichkeit, Projekte für größere Sicherheit, zur Milderung der harten Arbeit und für die Wohlfahrt der Bergarbeiter durchzuführen. Außerdem lähmte die Ungewißheit über die Zukunft der Industrie jegliche private Initiative, so daß die wesentlichsten Verbesserungen durch staatliche Gesetze vorgeschrieben werden mußten.

Es verwundert deshalb kaum, daß die Sterblichkeitsziffer als Folge von Unfällen nur wenig abgenommen hat: Im Zeitabschnitt von 1913–1922 hat sie durchschnittlich 1,15²⁵, 20 Jahre später noch immer 1,13 Tote pro 1000 Beschäftigte betragen. Noch schwerwiegender ist die Zahl der Verwundeten: seit 1920 sind jährlich etwa 17 % der Beschäftigten verunfallt und dadurch für längere und kürzere Zeit arbeitsunfähig geworden²⁶. Auch die

²⁴ Zusammengestellt aus Reid Report, a.a.O., S. 141, gemeint ist der OMS.

²⁵ Vgl. REDMAYNE, a.a.O., S. 42; CYB 1949, a.a.O., S. 639.

²⁶ Vgl. CYB 1949, a.a.O., S. 643.

Gefahr der Erkrankung durch das ständige Arbeiten im Dunkeln hat sich nur wenig vermindert.

Im allgemeinen fanden die Bergarbeiter – und das im Gegensatz zur Ruhr – auch am Feierabend keinen Ausgleich für ihre harte Arbeit. Bäder²⁷ waren nur in den wenigsten Gruben eingerichtet, und wenn, dann nicht von der Grubenleitung, sondern durch den Staat. Die Wohngelegenheiten, die in abgelegenen Gruben normalerweise durch die Leitung erstellt werden, waren außerordentlich schlecht im Vergleich zu andern Ländern. In den vom Ministry of Fuel and Power herausgegebenen regionalen Übersichten²⁸ werden die Bauart, der äußere Zustand und die inneren Einrichtungen als menschenunwürdig bezeichnet. Zum Überfluß sind auch die Löhne²⁹ gegenüber den Jahren unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg, trotz steigenden Lebenskosten, erheblich gesunken. Pro Schicht erhielt ein Bergarbeiter im Jahre 1938, als die Löhne bereits wieder vom tiefsten Punkt entfernt waren, nur 11/3 s. und befand sich damit in der unteren Hälfte der britischen Lohnskala.

Wie nicht anders zu erwarten war, verschärften die schlechten Arbeitsverhältnisse die soziale Spannung beträchtlich. Keine andere Industrie hat von 1920 bis 1938 – in einem Zeitabschnitt, der in der britischen Industrie im allgemeinen durch Arbeitsfrieden gekennzeichnet ist – so viele Arbeitsausfälle erlitten wie die englische Kohlenindustrie. Die pro Bergarbeiter allein durch organisierte Streiks versäumte Zeit beträgt in diesen 18 Jahren ganze 1 ½³⁰ Jahre: Immer wieder sind in den einzelnen Gruben und in ganzen Distrikten Unruhen ausgebrochen; pro Jahr wird die enorme Ziffer von 150–450 Streiks angegeben, wobei nur jene gezählt sind, die länger als einen Tag dauerten, mehr als zehn Beschäftigte umfaßten und durch die gesamthaft mehr als 100 Arbeitstage verloren gingen. Der dadurch entstandene volkswirtschaftliche Verlust und die Wirkung auf die Konkurrenzfähigkeit der Kohlenindustrie sind unvorstellbar. Sehr hoch war auch der sogenannte «absenteeism», das freiwillige, ungemeldete Nicht-Erscheinen der Bergleute an ihren Arbeitsplätzen. Da der Abbau ein Teamwork erfordert, ergibt sich daraus stets eine wesentliche Produktivitätseinbuße.

Aber nicht genug damit, 450 000 Bergleute oder ein Drittel der im Jahre 1920 Beschäftigten hat in der Zwischenkriegszeit die Gruben, sei es gezwungenermaßen oder aus freien Stücken, verlassen, ohne daß ein Ersatz gefunden werden konnte. Vor allem jüngere Kräfte waren schwer zur Grubenarbeit zu bewegen. Die Altersverteilung³¹ der im Bergbau Beschäftigten veränderte sich deshalb zugunsten der über Dreißigjährigen; eine Verlagerung, die sich heute als Überalterung geltend macht.

All das schwächte die Kohlenindustrie wirtschaftlich. Zudem aber, und

²⁷ Vgl. CYB 1949, a. a. O., S. 662.

²⁸ a. a. O., für Durham S. 32, Schottland S. 114–121, Wales S. 146, Midlands S. 26.

²⁹ Vgl. Tabelle S. 79 sowie CYB 1949, a. a. O., S. 664–669.

³⁰ Vgl. CYB 1949, a. a. O., S. 567–569.

³¹ Vgl. WIEL, a. a. O., S. 55 ff., die Altersstruktur im englischen Kohlenbergbau.

das ist für die Entwicklung noch wichtiger, konnten die Bergarbeiter durch ihre soziale Lage in immer stärkerem Maße auch ökonomischen Laien die schlechte wirtschaftliche Lage der Kohlenindustrie demonstrieren.

Im besprochenen Zeitabschnitt wird der Zerfall der Kohlenindustrie besonders deutlich. Den Ausgangspunkt, die auslösende Ursache des Niedergangs, bildet die weltweite Nachfragestagnation, die sich für England infolge seiner speziellen Absatzstruktur als Nachfragerückgang auswirkte. Damit wurde die Standortsverteilung der Kohlenvorkommen, die in der ersten Phase des Hochkapitalismus äußerst vorteilhaft war, zu einem schwerwiegenden Nachteil, von dem vor allem jene Distrikte betroffen wurden, die sich auf den Exporthandel spezialisiert hatten. Ein Produktionsrückgang ist in der Kohlenindustrie immer von schwerwiegenden Folgen begleitet, denn die großen fixen Investitionen können nicht kurzfristig abgeschrieben werden. Das mußte einen so überdimensionierten Industriezweig, wie es der Kohlenbergbau der Küstendistrikte in noch viel stärkerem Umfang als jener der Inlanddistrikte ist, kostenmäßig schwer ins Hintertreffen bringen. Mit allen Mitteln versuchten die Unternehmer, ihre Produktion auf der ursprünglichen Höhe zu halten. Da aber an die Zurückeroberung des verlorenen Exports unter den herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen im englischen Kohlenbergbau und auf dem Weltkohlenmarkt nicht gedacht werden konnte, blieb einzig eine Absatzsteigerung auf dem Inlandmarkt übrig. Die großen Industrien in Mittellengland bezogen zwar ihre Kohle bereits von den regionalen Gruben. Dank großen Preissenkungen gelang es den Küstendistrikten aber, die hohen Transportkosten auszugleichen, und es entbrannte um den Inlandmarkt ein scharfer Konkurrenzkampf zwischen den Midlandsdistrikten einerseits und den Exportdistrikten anderseits.

Einem derart mörderischen Konkurrenzkampf waren die vielen Kleinbetriebe nicht gewachsen. Die ohnehin ungünstige Finanzlage verschlechterte sich rapid. Technische Verbesserungen, geschweige denn Erneuerungen konnten nicht vorgenommen werden, obwohl sie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Ländern dringend nötig gewesen wären. Die Folgen davon waren, daß die Produktivität erst in den dreißiger Jahren ihre Vorkriegshöhe knapp überschreiten konnte, während in sämtlichen Konkurrenzländern riesige Fortschritte erzielt worden waren, und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen weit hinter den dringenden technischen Investitionen zurückstehen mußte. Die Arbeitsbeziehungen wurden deshalb immer gespannter.

All das trieb den Kohlenbergbau der Nationalisierung entgegen. Vorerst rief zwar sein wirtschaftlicher Niedergang private und staatliche Gegenmaßnahmen hervor, die jedoch, abgesehen von Teilerfolgen, die wirtschaftliche Situation nicht verbessern konnten. Diese verschiedenen Maßnahmen sollen im nächsten Kapitel im Detail besprochen werden.

Privatwirtschaftliche und staatliche Maßnahmen zur Reorganisation der Kohlenindustrie

Ein Sanierungsmittel depressiver Industrien – das auch von liberaler Seite als Abweichung von der freien Konkurrenz erlaubt wird – sind wirtschaftliche Zusammenschlüsse. Erst durch privatwirtschaftliche Selbsthilfemaßnahmen, später oft unter staatlichem Zwang, wird die Konkurrenz eingeschränkt und der Preis hochgehalten.

In England ist die Form von markt- und kapitalmäßigen Zusammenschlüssen seit langem in fast allen Industriezweigen üblich¹. Einzig in der Kohlenindustrie waren vor dem ersten Weltkrieg sämtliche Kartellversuche an den mannigfaltigen Unterschieden zwischen Gruben und Distrikten gescheitert. Ein Kartell war damals aber auch nicht unbedingt notwendig. Ganz anders lag die Situation in der Zwischenkriegszeit: Wenn etwas die wirtschaftliche Lage der Kohlenindustrie hätte verbessern können, dann nur eine straffe Organisation auf regionaler oder mit Vorteil auf nationaler Basis.

Zudem legte noch eine Reihe anderer Faktoren die Bildung von Konzernen und Distriktsorganisationen nahe:

- a) Die zunehmende Macht der Gewerkschaften zwingt die Grubenbesitzer, eine gemeinsame Verteidigung zu organisieren. Es entstehen zu diesem Zweck Zusammenschlüsse im Rahmen der Distrikte, und es bildet sich eine nationale Dachorganisation, die «Mining Association of Great Britain», die sich aber einzig gegen die Arbeiter-Vereinigungen richten.
- b) Die modernen technischen Einrichtungen können nur in größeren Betrieben verwendet werden und stimulieren produktionsmäßige Verbindungen.
- c) Da der Staat immer mehr in die Belange der Kohlenindustrie eingreift, kommt einem Zusammenschluß der Unternehmer zur Verstärkung ihrer Verhandlungsposition große Bedeutung zu. Außerdem hat die Regierung selbst, da sie während des ersten Weltkrieges die Distrikte zu administrativen Einheiten zusammengeschlossen hatte, das gemeinsame Interesse gefördert.
- d) Die Kartelle anderer Kohlenländer und vor allem das Ruhrkohlenyndikat beweisen, daß durch einen gut organisierten Zusammenschluß einer lange dauernden Krise begegnet werden kann.

Im folgenden sollen nun die einzelnen wirtschaftlichen Reorganisationsmaßnahmen untersucht werden. Besonderes Gewicht wird auf ihre Befä-

¹ Vgl. hierzu die verschiedenen Berichte der Monopolkommission des Board of Trade. Eine zusammenfassende Darstellung und ausgedehnte Literaturangaben finden sich in: Worswick and Ady, a.a.O., Kapitel V, XVIII und XX sowie auf S. 578.

higung zur langfristigen Sanierung gelegt: Nicht nur die Produzenten auf Kosten der Konsumenten zu schützen, sondern die Industrie zu rationalisieren und wieder wettbewerbsfähig zu machen, ist die Hauptaufgabe der Zusammenschlüsse.

1. Privatwirtschaftliche Maßnahmen

Erstmals seit der Auflösung der «Vend of Newcastle» im Jahre 1844 entstanden 1928 wieder größere Zusammenschlüsse. Fast gleichzeitig traten in Süd-Wales, in Schottland und in Mittellengland Kartellverträge in Kraft, die allerdings nur wenig länger als ein Jahr währten. Das zeitliche Zusammenreffen ist durch den immer heftigeren Konkurrenzkampf zu erklären, wobei die Kartellbildung in einem Distrikt die Reaktion der andern hervorgerufen hat. Einzig in Durham und Northumberland haben, da die Konkurrenz zwischen den einzelnen Unternehmungen zu groß war, keine Zusammenschlüsse stattgefunden.

a) Die South-Wales Coal Marketing Association²

Das erste derartige Kartell entstand in Süd-Wales mit dem Zweck, die Preise zu stabilisieren. Um den Export nicht zu beeinträchtigen und um die Grenzgruben auszuschließen, mußten die Minimalansätze allerdings ziemlich niedrig festgesetzt werden. Absatzverluste, die infolge Einhaltung der Kartellbestimmungen entstanden, sollten aus einem gemeinsamen Fonds, gespeien durch eine Globalabgabe pro gewonnene Tonne, kompensiert werden. Für die Nichteinhaltung der Mindestpreise waren Strafzahlungen vorgesehen. Es handelte sich dabei hauptsächlich um eine Maßnahme der großen Betriebe, welche die kleineren vom Markte fernhalten wollten. Als jedoch der Vertrag in Kraft war, zeigte es sich, daß weder die gemeinsame Abgabe noch die Sanktion von den Mitgliedern genügend unterstützt wurden. Die einzig wirksame Klausel, die Festsetzung von Mindestpreisen, wurde dadurch zu einem «Gentleman's agreement».

Die Konkurrenz anderer Distrikte und der größeren Außenseiter verhinderten zudem eine reguläre Durchführung. Bald entstanden neue Preiskämpfe, denn die überschüssige Produktion wurde durch die Preisabmachung nicht beseitigt und mußte irgendwo abgesetzt werden. An Stelle der Preise versuchte man nun Absatzquoten festzusetzen. Der ausgearbeitete Vorschlag fand aber keine Zustimmung. 1929 mußte der Vertrag deshalb aufgelöst werden, nachdem er überhaupt nie richtig funktioniert hatte.

² Vgl. für die näheren Kartellbestimmungen: NEUMANN, a.a.O., S. 156–61; JONES, a.a.O., S. 92/93; HUNOLD, Die Reorganisation des englischen Kohlenbergbaus, Diss. Zürich 1934, S. 30–34.

Sämtliche Arbeiten sind innert vier Jahren nach dem Zusammenbruch der Kartelle entstanden. Es fehlt ihnen deshalb die Möglichkeit, die Kartellversuche in den Gesamtzusammenhang der Entwicklung in der Nachkriegszeit einzureihen. Neumann vertritt die These, daß der Niedergang der Kohlenindustrie durch die verschiedenen Staatseingriffe verursacht wurde und ist deshalb den privatwirtschaftlichen Kartellen günstig gesinnt. Jones und Hunold sind objektiver und anerkennen das Versagen der Kartelle auf lange Sicht.

b) Das Scottish Coal Marketing Scheme³

Das schottische Kartell stellte sich zwei Aufgaben: Durch Schließung unrationeller Gruben hoffte man, einerseits die Kosten zu senken, andererseits das Angebot zu verringern und die Preise zu erhöhen. Die nötige Abfindungssumme an die Besitzer der geschlossenen Betriebe wurde durch eine relativ hohe Abgabe auf dem gesamten Inlandumsatz sowie durch eine zusätzliche Belastung der Kohle, die an die regionalen Eisenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerke verkauft wurde, aufgebracht. Da Schottland von den andern Teilen Großbritanniens geographisch ziemlich abgeschlossen ist, konnte eine derart diskriminierende Regelung — zwar unter dem Protest der betroffenen Konsumenten, jedoch ohne daß die Konkurrenz anderer Distrikte zu befürchten war — getroffen werden. Als Nachteil entpuppte sich aber das Fehlen jeglicher mengenmäßiger Beschränkung — was sich trotz verschiedenen Versuchen nicht ändern ließ —, denn die Belastung wurde dadurch nicht dem Gewinn entsprechend auf die Grubenbesitzer verteilt. So konnte beispielsweise ein Unternehmer, der mehrere Zechen besaß, die unrationelleren gegen Kompensation schließen, die andern aber auf voller Kapazität abbauen und auf diese Weise einen erheblichen Gewinn herauswirtschaften. In einer ähnlich vorteilhaften Lage befanden sich jene Produzenten, die zum größten Teil den Exportmarkt belieferten, ihre Kohle aber auch im Inland absetzten und dadurch von den valorisierten Preisen profitierten. Im ganzen gesehen war dieses System aber sehr kostspielig und konnte schon aus diesem Grund nicht allzulange aufrecht erhalten werden. Mit dem Konjunkturaufschwung von 1929 verlangten die Besitzer der geschlossenen Gruben zudem die Wiederaufnahme des Abbaus, so daß die Vereinigung, ohne konkrete Erfolge gezeitigt zu haben, zusammenbrach.

c) Das Five Counties Scheme⁴

Das größte und seiner Zwecksetzung nach auch erfolgreichste Kartell war das sogenannte «Five Counties Scheme», das die Midland-Distrikte und Lancashire umfaßte. Indem es seine Möglichkeiten richtig erfaßte, setzte sich das Kartell die Aufgabe, der zunehmenden Konkurrenz anderer Distrikte in Mittelengland mit einer Ausfuhrsteigerung zu begegnen. Mit Hilfe einer auf dem Inlandumsatz erhobenen Taxe konnten die Exporte stark subventioniert werden. Die zweite Aufgabe bestand im Kampf gegen die Überproduktion für den Inlandmarkt. Die einzelnen Gruben erhielten Quoten zugeteilt, wobei sie allerdings ihren Anteil nach Bedarf durch eine finanzielle Leistung erhöhen konnten.

Seine erste Aufgabe, die Exportsteigerung, erfüllte das Kartell zur allge-

³ Vgl. hierzu: NEUMANN, a.a.O., S. 165–169; JONES, a.a.O., S. 88–92; HUNOLD, a.a.O., S. 24–30.

⁴ Vgl. hierzu NEUMANN, a.a.O., S. 161–165; JONES, a.a.O., S. 93–107; HUNOLD, a.a.O., S. 34–47. Die offizielle Bezeichnung des Kartells lautet Central Collieries Commercial Association (C. C. C. A.).

meinen Zufriedenheit. Mehrheitlich auf Kosten anderer Distrikte wurde die Ausfuhr Mittellenglands zeitweise um sechs Millionen Tonnen ausgedehnt. Von einem vollen Erfolg kann man allerdings nicht sprechen, denn die zweite Aufgabe ist nicht vollends bewältigt worden. Das zeigt sich schon darin, daß die zugeteilten Quoten von den Mitgliedern nicht ganz ausgenützt wurden, während die Außenseiter ihre Produktion erheblich steigerten. Drei Faktoren sollen den Mißerfolg erklären: Erstens umfaßte das Kartell nur neunzig Prozent aller Unternehmungen. In einzelnen Gebieten waren dadurch die Außenseiter stark begünstigt. Zweitens lieferten Gruben anderer Distrikte große Mengen von Kohle nach Mittellengland. Die beabsichtigte Preiserhöhung durch Absatzrestriktion konnte sich deshalb nicht einstellen. Im Gegenteil, die nicht gebundenen Kohlenhändler unterboten mühelos die mit der Umschlagstaxe belasteten Preise. Drittens konnte das Quotensystem selbst nicht konsequent durchgeführt werden: Kleinere Verknappungen traten auf, doch eine allgemeine Angebotsbeschränkung ist nicht erreicht worden. Die Schwäche des Systems lag eben darin, daß nur die Menge, nicht aber auch die Preise fixiert waren: Obwohl die Qualität der Kohle im Durchschnitt viel einheitlicher ist als z. B. in Wales, waren die Produzenten auch in Yorkshire in ihrem Bestreben, allen genehme preisliche Ansätze für die Vielfalt der Arten und Sorten zu finden, auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen.

Ende 1929 verließen die Grafschaften Lancashire und Cheshire das Kartell. Ein Vorschlag auf Umorganisation fand keine Unterstützung, so daß auch dieser Zusammenschluß nach zweijährigem Bestehen sein Ende fand.

d) Bilanz der Zusammenschlüsse

Das wichtigste Ziel, eine Reorganisation des Kohlenbergbaus, wurde durch keinen der drei Kartellverträge erreicht. Wohl versuchte Schottland durch Schließung veralteter Gruben eine gewisse Rationalisierung durchzuführen, doch die meisten Zechen nahmen die Produktion zu einem späteren Zeitpunkt wieder auf. Im Five Counties Scheme wurden sogar, wenn auch unbewußt, die veralteten Gruben geschützt: Die Ermittlung der Grundtonnage auf Grund der Produktionsziffer eines der fünfzehn vergangenen Jahre gab nämlich den Gruben die Möglichkeit, eine Quote zu nennen, die weit über ihrer aktuellen Kapazität lag. Durch Verkauf des überschüssigen Anteils konnten vor allem jene Gruben, welche sich bereits unter der Schwelle des Ertragsgesetzes befanden, den Verlust aus der unrationellen Produktion einigermaßen ausgleichen. Lancashire, das eine große Zahl derartiger Zechen umfaßte, die unter den herrschenden Umständen von den rationelleren Gruben nicht aufgekauft werden konnten, sah sich deshalb gezwungen, das Five Counties Scheme zu verlassen. Aber auch in den andern Grafschaften bildeten die Folgen des frühen Starts, des Raubbaus und der bergrechtlichen Eigenheit das größte Problem für jegliche Reorganisationsmaßnahmen: Die veralteten und unrationell arbeitenden Gruben waren so zahlreich, daß sie

nicht ohne große Kapitalien aufgekauft werden konnten, und durch die Kartellbestimmungen profitierten sie dermaßen, daß sie sich aus eigener Kraft wieder über Wasser halten konnten.

Ein weiterer Grund des Mißerfolges war die mächtige Stellung des Kohlenhandels, der den Verkauf der Kohle fast vollständig monopolisierte. Stets konnte er die fixierten Grubenpreise umgehen, indem er die organisierten Zechen gegen die Außenseiter und den Distriktsverband gegen andere Distrikte ausspielte. Ein Beispiel dieser Art bildet eine Abmachung verschiedener Produzenten von Schottland, Cumberland und Lancashire, die Preise auf dem irischen Markt zu erhöhen, deren Funktionieren durch das geschickte Vorgehen der Händler verunmöglicht wurde.

Die primäre Ursache des Mißlingens aller Projekte liegt aber in der dem englischen Kohlenbergbau innewohnenden Mannigfaltigkeit. Schon allein das Aufstellen vertraglicher Klauseln, die von einer Mehrzahl der Unternehmer genehmigt wurden, war oft eine sehr schwierige Aufgabe. In der Praxis traten nie sämtliche Gruben der Abmachung bei, und von den Mitgliedern hielt sich eine große Anzahl nicht genau an die Bestimmungen. Wohl sind Außenseiter bei Kartellverträgen die Regel, und auch das beispielhafte Ruhrkohlsyndikat bildete in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Die Zahl der Außenseiter war in England aber infolge der natürlichen Vielfalt so unverhältnismäßig groß, daß ein dauerhafter Vertrag überhaupt unmöglich wurde.

2. Staatliche Interventionen

Vor dem ersten Weltkrieg⁵ waren staatliche Einmischungen in die Belange der Kohlenindustrie relativ selten und beschränkten sich zur Hauptsache auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Löhne⁶ sowie auf die Erhöhung der Sicherheit. Erst der Weltkrieg und die nachfolgenden Jahre offenbarten die wirtschaftliche Situation der Kohlenindustrie und machten vermehrte Eingriffe nötig. Staatlichen Untersuchungen folgten Subventionen, diese wechselten mit Gesetzen zur Erleichterung von Zusammenschlüssen, die wiederum von Bestimmungen über Zwangskonzentrationen abgelöst wurden. Wie vielfältig diese Maßnahmen waren, soll vorerst eine chronologische Aufzählung⁷ vor Augen führen.

1917 Beginn der strengen Kriegskontrolle durch die Regierung.

1918 Coal Mines Control Agreement (Confirmation) Act, 1918.

1919 Coal Mines (Emergency) Act, 1919.

Unter beiden Gesetzen werden die Kontrollmaßnahmen für die Nachkriegszeit verlängert und die Gewinne der Unternehmer zusammengeworfen und gleichmäßig verteilt.

⁵ Vgl. NEUMANN, a. a. O., S. 494–504, Darstellung der staatlichen Eingriffe vom 13. Jahrhundert bis 1914.

⁶ Coal Mines (Minimum Wage) Act, 1912. Vgl. hierzu: ROWE, a. a. O., S. 120; H. ST. JEVONS, a. a. O., S. 520.

⁷ Die Aufzählung erfaßt nur die wichtigsten Erlasse; zeitlich begrenzte und für die vorliegende Arbeit belanglose «Acts» sind nicht aufgeführt.

- 1919 Sankey Commission⁸.
- 1920 Mining Industry Act, 1920: Die Regierungsaufsicht über die Kohlenindustrie wird durch Schaffung eines «Mines Department» im englischen Handelsministerium⁹ bestätigt. Gründung eines Unterstützungsfonds für Bergarbeiter (Miners Welfare Fund).
- 1921 Ende der Staatskontrolle. Die drohenden Arbeitsunruhen können aber nur durch eine Subvention verhindert werden.
- 1923 Mines (Working Facilities and Support) Act, 1923. Die Grubenbesitzer erhalten Vorrechte zur Verbesserung ihrer Grubeneinrichtungen und sollen in Verhandlungen mit den Royalty-Besitzern unterstützt werden.
- 1924 Buckmaster¹⁰ Inquiry über die Lohnfrage: führt zu einer Verständigung zwischen Unternehmern und Bergarbeitern. Ein Preissturz verändert jedoch bald darauf die Situation wieder.
- 1925 Macmillan¹¹ Inquiry: kann keine Lösung der Lohnfrage bringen. Die Regierung verhindert den drohenden Streik durch eine neue Subvention. In der Zwischenzeit wird die «Samuel Commission» eingesetzt. Der «Miners Welfare Fund¹²» wird um weitere fünf Jahre verlängert.
- 1926 Mining Industry Act, 1926: Das Gesetz soll die Konzentration der Gruben erleichtern. Es wurden weitere Vergünstigungen gegenüber den Royalty-Besitzern gewährt, die zudem noch mit einer erheblichen Steuer zugunsten des Miners Welfare Fund belastet wurden.
- 1930 Delegation¹³ unter Leitung des Staatssekretärs für Bergbau nach Skandinavien, um den Nachfragerückgang nach britischer Kohle zu ergründen.
- Coal Mines Act, 1930: Das Gesetz enthielt drei wesentliche Punkte:
1. Es werden 17 Distriktskartelle und eine nationale Dachorganisation mit der quotenmäßigen Beschränkung der Produktion betraut.
 2. Die Zusammenschlüsse sollen weiter gefördert werden.
 3. Es wird eine Coal Mines Reorganisation Commission (C. M. R. C.) mit der Überwachung und Förderung der Konzentration betraut.
- 1932 Das Gesetz von 1930 wird um weitere fünf Jahre verlängert.
- 1936 Durch eine zusätzliche Bestimmung werden die Distriktskartelle durch Verkaufssyndikate ergänzt.
- 1938 Coal Act, 1938: Außer der Verlängerung der Zwangskartelle erfüllt der Act eine wesentliche Forderung: Die Übernahme der Royalties durch den Staat.

⁸ Coal Industry Commission: Vorsitzender war Mr. Justice Sankey.

⁹ Gemeint ist der «Board of Trade». Im Jahre 1942 wurde die Kohlenindustrie dem «Ministry of Fuel and Power» unterstellt.

¹⁰ Vgl. Report of the Court of Inquiry in the Question of Wages, 1924, London H. M. S. O., die Kommission wurde von Lord Buckmaster geleitet.

¹¹ Vgl. Report of Inquiry concerning the Coal Industry Dispute, 1925.

¹² Mining Industry (Welfare Fund) Act, 1925.

¹³ Vgl. Report of the British Coal Delegation to Sweden, Norway and Denmark 1930, London H. M. S. O.

In der Zwischenzeit vergrößerte sich der Einfluß der Staatsgewalt auf die Kohlenindustrie. Bereits 1912 war die Lohnregelung den Händen der Unternehmer entnommen worden. Durch die Schaffung des Miners Welfare Fund im Jahre 1920 übernahm der Staat auch die Sorge für die sozialen Verhältnisse der Bergarbeiter und erstellte von diesem Zeitpunkt an Bäder, Kantinen und andere Wohlfahrtseinrichtungen. Mit der Errichtung des «Mines Department» wurde die Notwendigkeit einer ständigen Aufsicht über die Kohlenindustrie offiziell anerkannt. Damit hatte diese bereits ein weit größeres Maß ihrer Aufgaben dem Staat überlassen, als es unter normalen Umständen nötig gewesen wäre.

Dabei kann der Regierung aber keineswegs der Vorwurf gemacht werden, zu stark in die Belange der Kohlenindustrie eingegriffen zu haben. Jede Regierungsmaßnahme war materiell gerechtfertigt, wenn sie auch nicht die bestmögliche Lösung für das Kohlenproblem darstellte. Die verschiedenen vom Parlament eingesetzten Kommissionen verlangten jeweils ein viel schärferes Vorgehen, doch war die politische Konstellation für große Reformen nicht geeignet. Die Regierung versuchte deshalb stets, mit einem Minimum an Gewalt auszukommen und mit marktkonformen Mitteln wie Steuererleichterungen bei Zusammenschlüssen einen Anreiz zu geben. Die «Sankey-Commission¹⁴», verlangte als erste offizielle Institution durchgreifende Reformen. Ihre Mitglieder stammten aus Kreisen der Unternehmer, der Gewerkschaften, der Labour-Party¹⁵ und der bürgerlichen Parteien.

Auf der ersten Stufe ihrer Untersuchung wurden zur Hauptsache die dringenden Lohn- und Arbeitsprobleme diskutiert, wobei aber eine Übereinstimmung nicht erreicht werden konnte. Auf der zweiten Stufe unterwarf sie die Struktur der Industrie einer eingehenden Analyse. Eine grundlegende Entscheidung wurde aber einzig in bezug auf die Royalties erzielt, indem sich sämtliche Kommissionsmitglieder zur Übernahme des Eigentums an den Bodenschätzen durch den Staat bekannten. Über die Organisation der Industrie selbst veröffentlichte sie in gesonderten Berichten vier Vorschläge:

1. Die Sozialisten und Gewerkschaftsführer verlangten die sofortige Nationalisierung der Kohlenindustrie, wobei die Verwaltung zu einem großen Teil von den Arbeitern übernommen werden sollte¹⁶.
2. Der Vorsitzende, Richter Sankey, begünstigte ebenfalls die Nationalisierung der Gruben, lehnte aber das gildensozialistische Postulat ab.
3. Ein bürgerliches Mitglied der Kommission befürwortete ein System mit privat gelenkten, aber staatlich unterstützten und kontrollierten Distriktskartellen.

¹⁴ Vgl. Coal Industry Commission, 1919, vol. I, II, III, H. M. S. O., Reports and Minutes of Evidence on the First and Second Stage of Inquiry, Appendices.

¹⁵ Unter den Sozialisten befand sich auch Sidney Webb, der Gründer der Fabian Society.

¹⁶ Es handelt sich um eine Forderung des sogenannten Gildensozialismus, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts von der Labour Party und den Gewerkschaften vertreten worden ist, später aber aufgegeben wurde. Die Industrie sollte durch sämtliche Beteiligten, Arbeiter, Direktoren und Konsumenten gemeinsam geleitet werden.

4. Die Grubenbesitzer sahen noch immer in der freien Konkurrenz die einzige mögliche Lösung und waren einzig zur Zusammenarbeit mit den Bergarbeitern in Sozial- und Lohnproblemen bereit.

Mit sieben zu sechs Stimmen empfahl die Kommission die Nationalisierung der Kohlenindustrie, ohne daß über die Art und Weise der Durchführung eine Einigkeit bestand. Die Regierung konnte sich aber nicht entschließen, auch nur einen Vorschlag durchzuführen, und das auf Grund der Resultate der Kommission im Jahre 1920 erlassene Gesetz enthielt wesentlich mildere Bestimmungen.

Nach der schweren Krise von 1925 mußten sich erneut Kommissionen mit der Kohlenindustrie beschäftigen. Bedeutung kommt hauptsächlich der «Royal Commission on the Coal Industry¹⁷» zu, die von einem hohen Regierungsfunktionär, Sir Herbert Samuel¹⁸, geführt wurde. Neben einigen sofortigen Anordnungen schlug auch sie einhellig die Nationalisierung der Royalties vor¹⁹. Die Untersuchung hatte die Kommissionsmitglieder auch von der Notwendigkeit einer Reorganisation überzeugt. Einem Nationalisierungsexperiment standen sie allerdings noch skeptisch gegenüber. Der Staat sollte vorerst durch Gesetze und in seiner Eigenschaft als Mineralbesitzer die betriebliche Verschmelzung der vielen kleineren Produktionseinheiten fördern, ohne dabei Zwang anzuwenden. Im weiteren empfahl die Kommission die horizontale und vertikale Verbindung der Gruben innerhalb der Distrikte und mit der kohleverwendenden Industrie, die Schaffung einer Verkaufsorganisation und technische Rationalisierungen.

Die Regierung setzte die kurzfristigen Empfehlungen sofort in die Tat um und stellte die Subventionierung der Kohlenindustrie ein. Der darauf folgende Streik von 1926 verdeutlichte einmal mehr die Notwendigkeit einer gründlichen, langfristigen Reorganisation. Aber wiederum wurde die dringendste Forderung, die Nationalisierung der Kohlenvorkommen, auf die lange Bank geschoben. Durch den «Mining Industry Act» von 1926 sollte wenigstens dem Postulat der Konzentration Genüge getan werden. Die Bestimmungen erwiesen sich aber in der Praxis als zu wenig wirkungsvoll, so daß in den Jahren 1930, 1932, 1936 und 1938 weitere Gesetze erlassen werden mußten, die eine immer stärkere Dosis Interventionismus enthielten.

a) Der staatliche Kartellierungsversuch²⁰

Die Errichtung staatlich überwachter Kartelle beruhte auf dem ersten Teil des Kohlenwirtschaftsgesetzes von 1930 und den entsprechenden Ergän-

¹⁷ kurz Samuel Commission genannt; vgl. vol. I: Report, vol. II: Appendices, London 1925, H. M. S. O.

¹⁸ Unter den drei weiteren Mitgliedern befand sich Sir William Beveridge (später Lord Beveridge).

¹⁹ Samuel Commission, a. a. O., vol. I, S. 232–237.

²⁰ Vgl. die Gesetzesbestimmungen im Coal Mines Act, 1930, Part I; sowie die Besprechungen bei NEUMANN, a. a. O., S. 378–461; JONES, a. a. O., S. 107–169; HUNOLD, a. a. O., S. 71–109; WILSON, a. a. O., S. 22–25.

zungen in den dreißiger Jahren. Das Gesetz war als provisorische Maßnahme gedacht, die durch Preisfixierung im Rahmen der Distrikte und durch Einschränkung der Produktion die gegenseitige Konkurrenzierung beseitigen und eine Sanierung ermöglichen sollte.

Die Grubenbesitzer konnten für die Bedürfnisse ihres Distrikts einen Vertrag ausarbeiten, der einzig gewissen Minimalforderungen entsprechen und vom Handelsministerium genehmigt werden mußte. In der Gestaltung der einzelnen Verträge hatte der Staat kein weiteres Mitspracherecht. Ein Zentralkartell²¹, geleitet durch Vertreter verschiedener Distrikte, hatte die Aufgabe, die Produktion für die regionalen Zusammenschlüsse festzulegen und den Verkehr zwischen diesen zu koordinieren. Wenn auch die einzelnen Distriktsverträge in Detailfragen variierten, so errichteten doch alle eine ausführende Körperschaft, die eine Normaltonnage für jede Grube und Minimumpreise für die verschiedenen Kohlenarten festzulegen hatte. Jeden Monat durfte ein Anteil der Normalquote gefördert werden. Eine straffe Kontrolle überwachte die Einhaltung und büßte eventuelle Überschreitungen. Die Verträge mußten, um emporstrebende Gruben nicht durch die fixierte Tonnage in ihrer Entwicklung zu hemmen, eine Bestimmung enthalten, nach der die Normalquote einer periodischen Revision zu unterziehen war. In der Praxis boten solche Angleichungen jedoch oft große Schwierigkeiten. Die Subventionierung des Exports auf Kosten des Inlandkonsums wurde durch den Coal Mines Act untersagt.

Die Ergänzungen in den dreißiger Jahren gingen alle in Richtung größerer Zentralisation, um die noch immer weiterdauernde Konkurrenz zu eliminieren. Im ursprünglichen Gesetz hatte die Zentralbehörde keine Möglichkeit, die Preise zwischen den Distrikten zu koordinieren, so daß weiterhin Preisunterbietungen stattfanden. Vor allem die Midlands erlitten durch die billigere Durham-Kohle erheblichen Schaden und verlangten, daß die Zentralbehörde nationale Minimalpreise festsetze. Die Exportdistrikte verzeichneten ihrerseits durch die getroffene Regelung erhebliche Verluste im Exporthandel, forderten zusätzliche Quoten und flexible Preise, um sich der schwankenden ausländischen Nachfrage ständig anpassen zu können. In den Midlands befürchtete man dadurch eine stärkere Konkurrenz auf dem Inlandmarkt und widersetzte sich diesen Wünschen. Nach Intervention der Regierung wurde ein Kompromiß²² geschlossen: Inland- und Exportzuteilungen sollten in Zukunft vollständig getrennt und die Inlandpreise durch die Zentralstelle zur Übereinstimmung gebracht werden.

1936 folgte der nächste Schritt in Richtung auf eine zunehmende Zentralisierung. Mit der Begründung, die Gewinnmarge erlaube keine Investitio-

²¹ Das Gesetz sah ein «Central Council» und ursprünglich 21 Distrikt-Councils vor; die fünf Midland-Grafschaften schlossen sich jedoch zu einem einheitlichen Gebilde zusammen.

²² Eine Abänderung des Gesetzes von 1930 wurde bereits vom Parlament diskutiert, aber infolge von Versicherungen der Kohlenindustrie, die nötigen Verbesserungen selbst durchzuführen, fallen gelassen. Vgl. Amendment of the 7th September 1934, to the Central Coal Mines Scheme, 1930.

nen und keine höhern Löhne, wurden in den einzelnen Distrikten unterschiedlich organisierte Verkaufssyndikate²³ gebildet. Gleichzeitig erhielt die Zentralbehörde neue und stärkere Befugnis zur Überwachung des Verkaufs und zur Festsetzung der Minimalansätze. Wiederum war es die Vielzahl der Qualitätsarten, die eine einheitliche Preisbildung stark erschwerte und eine bewegliche, nach der Nachfrage gerichtete Gestaltung fast unmöglich machte.

Unter den verschärften Bestimmungen von 1936 begannen die Preise auf dem Binnen- und dem Exportmarkt zu steigen. Es ist allerdings unmöglich festzustellen, ob ein Kausalzusammenhang zwischen den beiden Ereignissen besteht oder ob die ansteigende Konjunktur und die großen Rüstungsaufträge wie in andern Industriezweigen die Steigerung verursacht haben. Trotz dieser Einwände kann ein gewisser Erfolg des Kohlenwirtschaftsgesetzes von 1930 nicht geleugnet werden, wenn damit nur Schutz für die Industrie und Eindämmung der großen Konkurrenz bezweckt war.

Anders muß die Frage nach den Wirkungen auf die Rationalisierung beantwortet werden, denn diese hat, verglichen mit andern Ländern, in England praktisch keine Fortschritte gemacht. Die Gründe sind zur Hauptsache im Versagen der im zweiten Teil des Gesetzes enthaltenen Bestimmungen zu suchen.

b) Die staatliche Konzentrationsförderung²⁴

Staatliche Versuche zur Verschmelzung der vielen Kleinbetriebe zu optimalen Produktionseinheiten sind seit 1923, speziell aber durch die Gesetze von 1926, 1930 und 1938 unternommen worden. Die Darstellung im letzten Kapitel hat bereits erkennen lassen, wie bescheiden ihr Erfolg war, doch sollen im folgenden die verschiedenen Bemühungen im einzelnen untersucht werden.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes von 1926 konnten Gesuche um Zusammenschlüsse zur Prüfung an eine Regierungsstelle eingereicht werden. Falls das Begehren vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt als gerechtfertigt betrachtet wurde, war der Zusammenschluß von sämtlichen Steuern und Gebühren befreit. Nach dem Inkrafttreten dieser Erleichterungen haben einige Konzernbildungen²⁵ stattgefunden. Zu den wichtigsten zählt der Anthrazittrust in Süd-Wales, der im Jahre 1930 achtzig Prozent des walisischen Anthrazitbergbaus und etwa sechzig Gruben kontrollierte. Der Zusammenschluß war begünstigt, da einzig Wales große Anthrazitvorkommen besitzt und demzufolge keine Konkurrenz anderer Distrikte zu befürchten war. Im Abbausektor der allgemein verwendbaren Kohle verdienen

²³ Diese Central Selling Schemes beruhten auf dem Act 1930, Section 3, Subsection 4: Die Distrikte hatten die Möglichkeit, wenn es volkswirtschaftlich gerechtfertigt schien, zusätzliche Bestimmungen, «um den Verkauf von Kohle zu erleichtern», zu erlassen.

²⁴ Vgl. dazu den zweiten Teil des Gesetzes von 1930, die übrigen zitierten Gesetze und vor allem die jährlich erscheinenden Publikationen der Coal Mines Reorganisation Commission: Report to the Secretary of Mines, 1933–38, H. M. S. O. London.

²⁵ Vgl. die ausführlichen Beschreibungen bei HUNOLD, S. 54–62.

vier weitere walisische Konzerne Erwähnung, von denen zwei je zehn Millionen Tonnen, die beiden andern drei und vier Millionen Tonnen produzierten. In Lancashire bildete sich ein Zusammenschluß mit acht Millionen Tonnen Produktionskapazität und in Yorkshire zwei Konzerne mit vier und fünf Millionen Tonnen. In den andern Distrikten waren keine wesentlichen Fusionen zu verzeichnen. Verglichen mit der Betriebsgröße in der Ruhr²⁶, wo dreizehn Bergwerke hundert Millionen Tonnen gewinnen, verlieren die wenigen englischen Konzerne an Bedeutung.

Der «Act» von 1930 war, obwohl staatlicher Zwang angewendet werden konnte, nicht dazu angetan, die Konzentration zu verstärken. Die damit betraute Coal Mines Reorganisation Commission konnte zwar wünschenswerte Fusionen anregen und bei Weigerung der Unternehmer durch einen Gerichtsentscheid in Kraft treten lassen. In der Praxis²⁷ wurden aber viele ihrer Empfehlungen von den Unternehmern abgelehnt und vom zuständigen Gericht in ihrer volkswirtschaftlichen Nützlichkeit nicht anerkannt, so daß die Kommission kein einziges ihrer Projekte erzwingen konnte. Die Regierung entschloß sich deshalb zur bisher schärfsten interventionistischen Maßnahme, zur Nationalisierung der Kohlenvorkommen im Rahmen des Coal Act 1938²⁸. Eine neugeschaffene «Coal Commission» übernahm die Verwaltung über die Kohlenvorkommen und erhielt gleichzeitig größere Gewalt als ihre Vorgängerin, die «Coal Mines Reorganisation Commission», zur Fusionierung von unrationellen und volkswirtschaftlich schädlichen Gruben. Damit war der Faktor beseitigt, dem die Hauptschuld an der zersplitterten Betriebsstruktur zukommt: Die betriebliche Planung konnte ab jetzt ohne Rücksicht auf die Eigentumsgrenzen vorgenommen werden. Allerdings kam diese Maßnahme reichlich spät, denn der Einfluß der Royalty-Besitzer war im Laufe der dreißiger Jahre bereits erheblich zurückgegangen.

c) Die Bilanz der staatlichen Eingriffe

Über die Wirkungen der staatlichen Eingriffe besteht keine Einigkeit. Konservative²⁹ Stimmen verurteilen die Gesetze. Sie weisen mit einigem Recht darauf hin, daß die Bestimmungen über Kartellierung und Verschmelzung miteinander im Widerspruch standen. Tatsächlich bewahrten Quotenzuteilung wie Minimumpreise verschiedene Grenzgruben vor dem finanziellen Zusammenbruch und hemmten dadurch die Rationalisierung.

²⁶ Vgl. HAUSSMANN, a.a.O., S. 103, Tabelle über die Bergwerke der Ruhr.

²⁷ Das Gesetz von 1930 wurde unter der zweiten Labourregierung Ramsey MacDonalds erlassen. Diese war aber für durchgreifende Maßnahmen zu wenig stark. Vor allem die Bestimmungen über die Coal Mines Reorganisation Commission mußten unter dem Druck der Opposition wesentlich milder gestaltet werden.

²⁸ Trotz starkem Widerstand im Oberhaus und in der eigenen Partei wurde das Gesetz unter der rein konservativen Regierung von Baldwin erlassen. Die ehemaligen Eigentümer beziehen aus den Zinsen der berechneten Entschädigungssumme weiterhin ein festes Einkommen (vgl. Part I, Section 6 und 7).

²⁹ Vgl. dazu NEUMANN, a.a.O., S. 459–461.

Andererseits geben sozialistische Kreise³⁰ mit gleichem Recht dem Widerstand der Grund- und Grubenbesitzer die Schuld an der gescheiterten Reorganisation. Doch auch hier liegt die Wahrheit in der Mitte.

Grundsätzlich ist das Problem ein doppeltes: Es stellt sich erstens die Frage, ob unter den herrschenden Umständen eine Kontrolle irgend welcher Art dem freien Spiel der Kräfte überhaupt vorzuziehen war. In zweiter Linie erst sind die getroffenen Maßnahmen zu werten. Die primäre Frage muß auf Grund des bereits Gesagten unbedingt bejaht werden. Denn erstens verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der Kohlenindustrie von Jahr zu Jahr; und zweitens zeigen die gescheiterten, privatwirtschaftlichen Reorganisationsversuche gegen Ende der zwanziger Jahre, daß die Industrie sich den notwendigen Schutz zur Reorganisation nicht selbst gewähren konnte.

Es ist allerdings nicht mit Sicherheit zu beurteilen, was ohne staatliche Zwangskartellierung geschehen wäre. Die Krise der dreißiger Jahre, während der sich selbst die staatlich geschützte Industrie nur schwer über Wasser halten konnte, läßt aber vermuten, was unter freier Konkurrenz geschehen wäre. Es kann nur wenig Zweifel bestehen, daß die Staatskontrolle einer viel schwereren Krise vorgebeugt hat.

Zum zweiten Problem, der Beurteilung des Gesetzesinhaltes, muß vorerst festgehalten werden, daß die Kartellbestimmungen im ersten Teil des Gesetzes ungefähr der Regelung entsprechen, die von den mittellengischen Distrikten in ihrem Five Counties Scheme ohne jeglichen Zwang getroffen wurde. Zudem war ein Schema dieser Art zu Beginn von einem großen Teil der Industriellen³¹ verlangt und begrüßt worden. In der Praxis aber erwiesen sich die Gesetzesbestimmungen tatsächlich als widerspruchsvoll. Vor allem die Kartellierungsvorschrift im ersten Teil des Akts von 1930 stand im Gegensatz zu den Zusammenschlußversuchen. In den jährlichen Berichten³² der Coal Mines Reorganisation Commission wird immer wieder auf Fälle hingewiesen, in denen Gruben gezwungen waren, unter ihrer optimalen Kapazität zu produzieren, während andererseits unrationelle Gruben ihre Produktion dank der zugeteilten Quoten aufrecht erhalten konnten. Allerdings muß dem Gesetz zugute gehalten werden, daß es der Industrie einen gewissen Schutz gab, unter dem sich eine Reorganisation hätte entwickeln können. Wenn das nicht gelungen ist, so sind die gesetzlichen Widersprüche sicher nur zu einem geringen Teil daran schuld.

Es ist offensichtlich, daß die Hauptfehler wiederum im Aufbau des englischen Kohlenbergbaus zu suchen sind. Die Standortsverteilung der Kohlenvorkommen, verbunden mit der überdimensionierten Produktionsstruktur, mußte ohne zentrale Lenkung zu einem ständigen Konkurrenzkampf

³⁰ Vgl. WILSON, a. a. O., S. 25.

³¹ Die Mining Association veröffentlichte eine entgegengesetzte Ansicht: «It is in the national interest rather to spread employment geographically, than to concentrate unemployment geographically» (zitiert nach C. M. R. C., a. a. O., S. 11).

³² Vgl. zum Beispiel den Bericht der C. M. R. C. aus dem Jahr 1933, a. a. O., S. 11/12. Durch die Schließung unrationeller Gruben hätte unter Berücksichtigung der Abfidungssummen «jährlich viele Millionen» gespart werden können.

zwischen den einzelnen Distrikten führen. Nur durch großen Kapitaleinsatz, den die Industrie sich aus ihrer Situation nicht selbst beschaffen konnte, wäre es möglich gewesen, die veralteten Gruben vollständig zu erneuern und zu rationalisieren.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in der Zwischenkriegszeit sämtliche möglichen Organisationsformen – von der freien Konkurrenz und der privatwirtschaftlichen Konkurrenzbeschränkung bis zu staatlichen Interventionen in verschiedener Stärke – des langen und breiten versucht worden sind, ohne daß die Industrie hätte saniert werden können. Schon zu Beginn des zweiten Weltkriegs blieb deshalb keine andere Möglichkeit mehr offen als die Nationalisierung. Die Verstaatlichung der Royalties im Jahre 1938 war einzig der erste Schritt dazu, wobei man kaum erwarten konnte, mit dieser Maßnahme allein das Ei des Kolumbus gefunden zu haben. Das Fazit aus dem Mißerfolg aller Reorganisationsversuche ist vielmehr die Schlußfolgerung, daß in Zukunft nur wirklich rigorose staatliche Eingriffe, die den Widerstand aller Kräfte vollständig überwinden, eine Sanierung der Kohlenindustrie überhaupt möglich machen.

10. Kapitel

Das Versagen der Kohlenindustrie im zweiten Weltkrieg

Die Entwicklung der Kohlenindustrie im zweiten Weltkrieg¹ und im ersten Friedensjahr vollzog sich, wie nach den Ereignissen der Zwischenkriegszeit vorauszusehen war, und stellt nur wenig neue Gesichtspunkte zur Diskussion. Sie verschärfte jedoch den wirtschaftlichen Niedergang und demonstrierte durch das volkswirtschaftliche Versagen der Kohlenproduktion der ganzen Nation die Nationalisierungsreife. «This confused national awakening to the true magnitude of the question arising out of the state of the coal industry gives to the war history its main significance².»

Durch den Ausfall der Kohlenlieferungen nach Italien und Frankreich war der Exporthandel praktisch auf den Nullpunkt gesunken. Wie im ersten Weltkrieg verließ eine große Zahl Bergarbeiter die stark betroffenen Gruben der Exportdistrikte. Der Exportausfall konnte vorerst nicht durch einen erhöhten Inlandabsatz wettgemacht werden. Die oftmals lahmgelegten Eisenbahn- und Küstenschiffahrtsverbindungen verhinderten den Transport der

¹ Die offizielle und beste Beschreibung der Kohlenindustrie im zweiten Weltkrieg ist W. H. B. COURT, *Coal, History of the Second World War*, London 1951.

Vgl. im weitern WILSON, a. a. O., Kapitel II, III, IV, sowie PEP, *Political and Economic Planning, The British Fuel and Power Industries*, London 1947.

² COURT, a. a. O., S. 391.

überschüssigen Produktion von den Exportdistrikten nach den Verbrauchsorten im Innern des Landes, und die Förderung nahm deshalb stark ab.

Als sich die englische Wirtschaft im Jahre 1942 vollständig auf die Kriegsheproduktion umgestellt hatte und dringend Kohle benötigte, war die Kohlenindustrie nicht mehr in der Lage, der Nachfrage zu genügen. Die Regierung übernahm die Kontrolle der Produktion, konnte aber trotz großen Anstrengungen den Niedergang nicht aufhalten. Auch das erste Nachkriegsjahr brachte keine Besserung.

Im Schoße der Koalitionsregierung Churchill fanden verschiedene Diskussionen um die zukünftige Gestaltung der Kohlenwirtschaft statt, ohne daß eine Einigung erzielt wurde. Mit herannahendem Kriegsende wurde die hinausgeschobene Frage wieder akut. Verschiedene Projekte wurden von privater Seite der Öffentlichkeit vorgelegt, die sämtliche die Notwendigkeit einer drastischen Reorganisation anerkannten und eigentlich einzig in der Frage der Organisationsform differierten. Wesentliche Staatseingriffe wurden allerseits befürwortet; nur in der Bezeichnung der empfohlenen Maßnahme wurde Zurückhaltung geübt und mit dem Titel Nationalisierung von konservativer Seite sehr sparsam umgegangen. Im folgenden sollen der Reihe nach die wirtschaftliche Entwicklung im zweiten Weltkrieg, die staatlichen Eingriffe und die verschiedenen Reorganisationsprojekte in Kürze diskutiert werden.

1. Der fortgesetzte wirtschaftliche Niedergang

Die Verstärkung, die der wirtschaftliche Niedergang der englischen Kohlenindustrie durch die Kriegseignisse erfahren hat, ist aus der folgenden Übersicht³ deutlich zu ersehen:

Die Kohlenindustrie im zweiten Weltkrieg

Jahr	Produktion ⁴ (nur Bergbau)	Exporte in Mio t	Beschäftigung (in tausend Besch.)
1939	231	37	766
1940	224	20	749
1941	206	5	698
1942	204	5	709
1943	195	5	708
1944	184	4	710
1945	175	6	709
1946	181	4	696

³ Ministry of Fuel and Power, Statistical Digest 1946 und 1947, London H. M. S. O., S. 2 und 21.

⁴ Seit 1942 hat die Regierung auf eigene Rechnung und direkt unter der Leitung des Ministry of Fuel and Power Kohle im Tagbau (opencast) gewonnen. Die Produktion stieg von 1,3 Mio t

Die Tabelle bedarf keiner langen Erläuterung: In acht Jahren ist die Produktion um 50, der Auslandabsatz um nur 33 Millionen Tonnen zurückgegangen. Die Differenz von 17 Millionen Tonnen zeigt zur Genüge, daß es sich nicht nur um eine freiwillige, nachfragebedingte Produktionsanpassung handelt. Im Gegenteil, nach einem Nachfragerückgang zu Beginn des Krieges ist der inländische Bedarf in der zweiten Kriegshälfte wieder stark angestiegen. — Trotz enormer staatlicher Anstrengungen und höherer Beschäftigtenzahl durch Rekrutierung ungelernter Arbeiter ist die Produktionsziffer aber immer tiefer gesunken. Es ist unnötig, die für die englische Kriegswirtschaft daraus resultierenden Schäden zu betonen.

Allerdings konnte der Anteil maschinell abgebauter Kohle im Zeitabschnitt von 1938 bis 1945 (bzw. 1946), dank einer staatlichen Subvention von 27,5⁵ Millionen Pfund, von 59 %⁶ auf 72 % (bzw. 74 %), der Anteil mechanisch transportierter Kohle von 54 % auf 71 % (73 %) gesteigert werden. Unter Berücksichtigung des Mangels an geeignetem Material und anderer kriegsbedingter Schwierigkeiten darf dieses Resultat als sehr gut bezeichnet werden.

Bedauerlicherweise wurde dieser Erfolg durch die Minderleistung der Bergleute mehr als kompensiert. Die Überalterung der Bergarbeiter, ihre steigende Abneigung vor der Grubenarbeit und die geringe Übung der neu-rekrutierten «Bevin-Boys⁷» wirkten sich in einer Zunahme des «absenteeism», d. h. der verlorenen Schichten, von 6,4 %⁸ auf 16,3 % (16,0 %) seit 1938 und in einem Rückgang der Schichtleistung von 1,14 auf 1,00 Tonnen (1,03 Tonnen) aus.

Durch Lohnerhöhungen versuchte die Regierung diesen Tendenzen entgegenzuwirken. Obschon aber die Schichtlöhne von 11/3 s.⁹ im Jahre 1938 bis Kriegsende auf mehr als das Doppelte gestiegen sind, konnten weder neue Arbeitskräfte in die Gruben gelenkt noch die Bergleute zu größerer Leistung angespornt werden. Das zeigt deutlich, wie schlecht die Arbeitsbeziehungen in der Kohlenindustrie waren: So verhaßt war die Grubenarbeit, daß selbst eine 50 %ige¹⁰ Steigerung des Reallohns — bei genügender anderweitiger Beschäftigung — nicht genügte, um der Kohlenindustrie den notwendigen Nachwuchs zu sichern.

Die von 10/6¹¹ s. auf 25/5 s. gestiegenen Lohnkosten pro Tonne wurden

im Jahre 1942 bis auf ca. 10 Mio t in den Nachkriegsjahren. Noch heute wird — entgegen den ursprünglichen Erwartungen — der Tagbau aufrecht erhalten. Diese Kohle ist aber qualitativ bedeutend schlechter und konnte auch mengenmäßig den Produktionsrückgang im Bergbau nie ausgleichen. Die angegebenen — wie auch die folgenden — Förderziffern enthalten nur die im Bergbau gewonnene Produktion und müssen, um die totale Förderung zu erhalten, ergänzt werden. Der Tagbau wurde den NCB nicht unterstellt.

⁵ National Coal Board, Annual Report and Statement of Accounts 1946 London 1948, S. 3.

⁶ Stat. Digest, a. a. O., S. 40 und 43.

⁷ Die Rekrutierungsaktion ging vom damaligen Arbeitsminister Ernest Bevin aus.

⁸ Stat. Digest, a. a. O., S. 10 und 11.

⁹ Vgl. CYB 1949, a. a. O., S. 660, Tabelle über die Veränderung der Löhne von 1938–47.

¹⁰ Berechnet aus den Lohnangaben im CYB und dem Lebenshaltungskostenindex im Annual Abstract of Statistics, 1935–46, S. 252.

¹¹ Vgl. die Tabelle in CYB 1949, a. a. O., S. 590.

zwar voll und ganz auf die Konsumenten überwältzt, die mehr als den doppelten Vorkriegspreis zu bezahlen hatten, doch kam indirekt auch die Kohlenindustrie selbst zu Schaden. Obwohl die Gewinne absolut konstant blieben, ging ihr relativer Anteil am notwendigen Betriebskapital erheblich zurück; das bedeutet: die Rentabilität des Kohlenbergbaus ist gesunken und das Interesse an Investitionen zur Reorganisation von seiten der privaten Unternehmer wird immer geringer.

Noch weitere Ereignisse wiesen auf drohende Schwierigkeiten einer weiterhin privat geführten Kohlenindustrie hin: Einerseits verließen mit heranahendem Kriegsende viele Bergarbeiter die Kohlenindustrie, in der sie bisher durch staatliche Maßnahmen und durch ihr Verständnis für die nationale Notwendigkeit von Kohle zurückgehalten wurden, und suchten in der sich neu anbahnenden Produktion von Friedensgütern Beschäftigung. Die Zahl der Bergarbeiter sank dadurch auf den tiefsten je erreichten Punkt. Andererseits nahmen die Arbeitsunruhen beängstigend zu. Die Streiks, die sich seit 1914 langsam, aber ständig vermehrt hatten, verdreifachten sich gegen Kriegsende, erreichten 1945 die Zahl von 1306¹² und ein Jahr später gar 1329. Nur sofortige und umfassende Konzessionen der Unternehmer bewegten die Bergleute jeweils zur raschen Wiederaufnahme der Arbeit, so daß die Zahl der verlorenen Tage nicht allzu schwerwiegend ins Gewicht fiel.

2. Das System der Regierungskontrolle

Die Kohlenkrise im Winter 1941/42 gab jenen Optimisten unrecht, die erwartet hatten, daß die Kohlenindustrie die stark reduzierte Kriegsnachfrage leicht bewältigen könne. Nachdem bereits mit Kriegsbeginn die bisherigen Kartellierungsschemata durch eine Kontrolle des Staates abgelöst worden waren, war jetzt der Zeitpunkt zu einer vollständigen Übernahme gekommen. Die Koalitionsregierung gelangte nach langen Diskussionen zu einem Kompromiß-Kontrollsystem¹³ und verschob die endgültige Lösung bis nach den ersten Nachkriegswahlen. Die Aufsicht über die Kohlenindustrie wurde vom neu errichteten Ministry of Fuel and Power übernommen. Bis auf die eigentliche Leitung des Abbaus in der einzelnen Grube gingen sämtliche Befugnisse auf einen «Controller General» über. Unterstützt durch ein «National Coal Board¹⁴» traf der Controller sämtliche Entscheidungen über Produktions- und Finanzpolitik weitgehend selbständig. Private Unternehmer, deren Unfähigkeit erwiesen war, konnten durch die Zentrallerleitung ersetzt, unrationelle Gruben geschlossen werden. Die Gewinne und Verluste wurden durch den sogenannten Coal Charges Account ausgeglichen.

Nach Gesetz schien der Staat eine große Gewalt über die Industrie erhalten zu haben; in der Praxis erwies sich aber, daß die Industrie zwei Herren dienen mußte. Das System erhielt deshalb die Bezeichnung «Dual Control».

¹² Vgl. CYB 1949, a. a. O., S. 567.

¹³ Vgl. das Weißbuch: COAL, London H. M. S. O., 1912.

¹⁴ Nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen öffentlich-rechtlichen Körperschaft nach der Nationalisierung.

Von den privaten Grubenbesitzern war unter der getroffenen Lösung keine Initiative zu erwarten. Aus einer größeren Leistung ihrer Grube zogen sie keine höheren Gewinne: Im letzten Kriegsjahr erlitten beispielsweise Cumberland und Süd-Wales Verluste von 10/10 s.¹⁵ und 7/4 s. pro Tonne, während Leicestershire einen Gewinn von 9/7 s. verzeichnete. Der Coal Charges Account glich diese Unterschiede weitgehend aus. Kurzfristig wurde dadurch die Produktion an einem weiteren Absinken gehindert. Auf lange Sicht erwies sich das System aber als nicht von gutem. Die unrationellen Gruben wurden auf Kosten der modernen unterstützt und dadurch zu einer Fortsetzung der Produktion ermutigt. Die rationellen Gruben andererseits konnten mit den verbleibenden Gewinnen keine technischen Verbesserungen vornehmen. Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß die Investitionen während des Krieges durch den Staat finanziert werden mußten.

Die Regierung führte auch einige kleinere Projekte der Verschmelzung durch und legte etliche unrationelle Gruben still. Im allgemeinen wurde aber die Ansicht¹⁶ vertreten, daß die Regierung von ihrer Macht zu wenig Gebrauch mache, und daß sich die getroffene gemischtwirtschaftliche Organisation für die Kohlenindustrie nicht bewähre.

3. Reorganisationspläne am Ende des zweiten Weltkrieges

Bevor im Parlament die Entscheidung über die Zukunft der Kohlenindustrie gefallen war, wurden neben verschiedenen privaten Vorschlägen drei ausgearbeitete Projekte publiziert, die alle in der Öffentlichkeit große Beachtung fanden.

Weitaus die bedeutendste Veröffentlichung ist der Bericht «Coal Mining¹⁷» einer vom Brennstoffministerium eingesetzten Kommission unter dem Vorsitz von Charles Reid. Nach einer gründlichen Untersuchung und verschiedenen technischen Empfehlungen äußerte sich der Bericht auch zur Organisationsform der Kohlenindustrie. Da es sich um ein technisches Komitee handelte, umging es die heikle Frage der Eigentumsordnung. Seine Empfehlungen¹⁸ gingen aber darauf hinaus, daß eigentlich nur eine Nationalisierung den nötigen Erfolg bringen könnte. Um ein Kohlengebiet möglichst rationell abzubauen, sei es nötig, daß die gegensätzlichen Interessen einzelner Gruben unter eine gemeinsame Leitung gestellt würden, welche

¹⁵ Vgl. über die Ergebnisse des Coal Charges Account die bereits erwähnte Literatur, wie z. B. PEP, a. a. O., S. 9, sowie die jährlich publizierten Ergebnisse der Coal Commission, London H. M. S. O.

¹⁶ Vgl. die Kritik in den diversen Zeitschriften, z. B. *The Economist*, 15. Juli 1944, S. 86; 2. Januar 1943, S. 7.

¹⁷ Report of the Technical Advisory Committee, nach dem Obmann Reid Report benannt, London H. M. S. O. 1945.

¹⁸ CHARLES REID wurde nach der Nationalisierung zum Mitglied des National Coal Board ernannt. Es erwies sich, daß er eine Übernahme der Gruben durch den Staat aus den gegebenen Umständen heraus befürwortet hatte, mit der gewählten Organisationsform aber nicht einverstanden war. Vgl. *The Times*, 22–24. Nov. 1948, The Problem of Coal, Reids Stellungnahme zur Organisation nach seinem freiwilligen Ausscheiden aus dem Coal Board.

die volle Verantwortung über die Entwicklung übernehme. Eine nationale Autorität müsse die Kontrolle über die gesamte Industrie ausüben. Der Bericht weist anderseits darauf hin, daß die Industrie nicht nach einem stereotypen Plan geleitet werden könne. Ihre Mannigfaltigkeit verlange – so ausgedehnt die Integration auch sein müsse – ein weites Feld für individuelle Initiative.

Ein weiterer Plan¹⁹ wurde von einer Gruppe konservativer Parlamentsabgeordneter herausgebracht. Auch er anerkannte die Notwendigkeit von Fusionen und schlug zur Finanzierung der dringend notwendigen technischen Verbesserungen ein spezielles Institut vor, das am Erfolg der Produktion beteiligt sein sollte. Zur Überwachung der Zusammenschlüsse sollte eine zentrale Behörde, unterstützt von Distriktbehörden, eingesetzt werden. Der Plan sprach sich gegen eine Nationalisierung aus, doch ist unklar, wie die Finanzierung und Überwachung der Verschmelzungen ohne Staatsintervention hätten vorgenommen werden sollen. Die Bergarbeiter wären kaum bereit gewesen, mit den privaten Besitzern zusammenzuarbeiten.

Von seiten der Grubenbesitzer²⁰ selbst kam ein dritter Plan, der naturgemäß am wenigsten weit in Richtung der Nationalisierung ging. Auch er konnte aber nicht umhin, die Notwendigkeit einer Verschmelzung und ihrer Koordination durch eine Zentralstelle zu postulieren. Die Fusionen sollten jedoch auf privater Basis durchgeführt werden und die zentrale Kontrolle nur aus Grubenbesitzern bestehen. Es handelte sich offensichtlich um einen Versuch, bereits erfolglosen Organisationsformen erneut zum Durchbruch zu verhelfen, mit dem Ziel, eine Nationalisierung vorläufig zu verhindern. Der Plan stieß auf starke Kritik, die auch von einem Teil der Grubenbesitzer unterstützt wurde: Die erwünschten Ziele hätten mit den vorgeschlagenen Mitteln nicht durchgeführt werden können. In letzter Minute wurde der Plan noch abgeändert, doch auch der zweiten Ausgabe kam keine praktische Bedeutung zu.

Die Regierung Churchill, die sich vor den Wahlen auf rein konservativer Basis rekonstruiert hatte, beschloß im Mai 1945 eine Regelung für die Kohlenindustrie, die praktisch der im Kriege bestehenden «Dual-Control» entsprach. Doch auch das war nur als provisorische Antwort auf die Nationalisierungsforderung der Labourregierung im Rahmen des Wahlkampfes gedacht.

Zusammenfassend kann zur Entwicklung im zweiten Weltkrieg gesagt werden, daß sie keine neuen Probleme schuf, die bisherigen aber bestätigte und verstärkte. Auf der Produktionsseite litten die technischen Einrichtungen durch den mangelnden Unterhalt und die Bergarbeiter durch die feh-

¹⁹ Vgl. Tory Reform Committee, *Forward by the Right: A National Policy for Coal*, London 1944. Es handelt sich um eine radikale Gruppe von Konservativen, die nicht die Meinung der Partei repräsentieren. Ihre Ansicht wurde von einem großen Teil der Grubenbesitzer nicht geteilt.

²⁰ Vgl. R. Foot, *A Plan for Coal*, 1945, der offizielle Vorschlag der Mining Association.

lende Fürsorge: Die — verglichen mit 1939 — am Kriegsende um fünfzig Millionen Tonnen kleinere Produktionsziffer entspricht deshalb einer tatsächlichen Verschlechterung der Produktionsbedingungen und Arbeitsverhältnisse. Im weitem ist in bezug auf die Möglichkeiten der Reorganisation insofern eine Klärung eingetreten, als sich eine gemischtwirtschaftliche Ordnung in Form von staatlich geleiteten, aber privateigenen Gruben nicht bewährt hat.

Die wesentlichste Wirkung des zweiten Weltkrieges aber ist, daß zu den Bergarbeitern und Sozialisten, die bereits bisher die Nationalisierung gefordert hatten, sich nun auch ein großer Teil der britischen Öffentlichkeit gesellte, dem die Kohlenknappheit deutlich den wirtschaftlichen Zerfall der Kohlenindustrie vor Augen geführt hatte.

Schluß

Nationalisierung und Zukunftsaussichten

Es wäre zu erwarten, daß die vorliegende Arbeit mit der Tatsache der Nationalisierung ihren Abschluß fände. Weder Form noch Bewährung der staatlichen Industrie sind Problemkreise, die mit ihrer Aufgabe, einer Darstellung der Gründe der Nationalisierungsreife, unmittelbar im Zusammenhang stehen. Die spezifischen Ergebnisse der englischen Kohlenindustrie unter staatlicher Leitung und weitere Gründe, die damit eng verknüpft sind, veranlassen uns aber, in Kürze auf die Entwicklung nach der Nationalisierung einzutreten:

1. In den neun Jahren seit der Nationalisierung ist es der staatlichen Kohlenverwaltung nicht gelungen, sicht- und spürbare Erfolge zu verzeichnen. Die zu geringe Produktion und die wachsenden finanziellen Defizite geben Anlaß zu heftiger Kritik. Es erheben sich – weniger in England als in der Schweiz – immer wieder Stimmen, die aus diesem Versagen schließen, daß eine Nationalisierung unnötig gewesen sei. Dieser Ansicht soll eine objektive Darstellung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der geschichtlich bedingten Schwierigkeiten entgegengestellt werden.

2. Aus geschichtlicher Perspektive sind die Fehler und Mängel der staatlichen Verwaltung besser zu verstehen. Unter Umständen können dadurch Mittel und Wege zu ihrer Behebung gefunden werden.

3. Mit der Atomkraft ist in der Energiewirtschaft eine neue Epoche angebrochen. Die Strukturwandlungen, die sich bereits vollzogen haben und zweifellos weitergehen werden, machen es nötig, die Organisationsform der Kohlenindustrie zu überprüfen und die Frage der Nationalisierung unter den veränderten Gesichtspunkten zu betrachten.

11. Kapitel

Nationalisierung und Ergebnisse

1. Die Ausgangslage der Verstaatlichung

Seit dem ersten Weltkrieg hat sich die englische Kohlenindustrie in einer permanenten wirtschaftlichen Notlage befunden. Infolge der Bedeutung des Kohlenbergbaus für Großbritannien sind nicht nur die Grubenbesitzer und Bergarbeiter, sondern die gesamte Volkswirtschaft zu Schaden gekommen.

Der Abbau kam einem fürchterlichen Verschleiß von Produktionsmitteln und Kapitalien gleich und belastete, da unnötig viel Grubenholz importiert werden mußte, auch die Zahlungsbilanz. Ein guter Teil der arbeitssparenden neuen Maschinen konnte gar nicht angewandt werden. Während der ganzen Zwischenkriegszeit ging die Produktion zurück, die Kosten stiegen, die Arbeitsbedingungen wurden kaum verbessert und in technische Neuerungen nur wenig investiert.

Verschiedene Maßnahmen wurden zur Behebung der schlechten Wirtschaftslage getroffen, und dabei ist der freie Wettbewerb immer stärker eingeschränkt worden. Bis Mitte der zwanziger Jahre bestand sozusagen eine freie Konkurrenz zwischen einer großen Zahl von Unternehmern. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse schlossen sich die Unternehmer vorerst freiwillig zu privaten Kartellen, darauf unter staatlichem Druck zu zentral koordinierten Zwangskartellen zusammen und gliederten sich zudem Mitte der dreißiger Jahre ein Verkaufssyndikat an. Schließlich ging während des zweiten Weltkrieges die Verwaltung fast sämtlicher Belange der Kohlenindustrie an den Staat über.

Keiner Maßnahme jedoch ist die Reorganisation der Kohlenindustrie gelungen. Die dringend notwendigen Verschmelzungen unrationeller Zwergebetriebe, die Verminderung der fixen Produktionskosten und eine gleichzeitige Lohnerhöhung zur Aufmunterung der Bergarbeiter blieben aus. Es stellte sich deshalb am Ende des zweiten Weltkrieges erneut die Frage nach der geeignetsten Organisationsform.

Vom ökonomischen und soziologischen Standpunkt sprachen vor allem vier Gründe grundsätzlich zugunsten einer Übernahme der Kohlenindustrie durch den Staat, ohne daß der innere Aufbau dadurch zum vornherein bestimmt war:

1. Die dringend notwendigen Zusammenschlüsse von Betrieben zu optimalen Produktionseinheiten lassen sich kaum durchführen, wenn nicht sämtliche entgegengesetzten Interessen der einzelnen Grubenbesitzer eliminiert und die Gruben unter zentraler Leitung zusammengefaßt werden. Um eine Beeinflussung der Zentralgewalt zu verhindern, sollte den ehemaligen Unternehmern auch kein Mitspracherecht eingeräumt werden. Die Erfahrung der Zwischenkriegsjahre hat gezeigt, daß ein freiwilliger Verzicht der Grubenbesitzer auf ihre angestammten Rechte zugunsten einer unpersönlichen, zentralen Organisation kaum denkbar ist. Um das gesetzte Ziel zu erreichen, besteht deshalb einzig die Möglichkeit einer zwangsweisen Fusionierung. Theoretisch könnte man sich dermaßen gebildeten Distriktskonzerne als private Kapitalgesellschaften vorstellen. Abgesehen davon, daß eine fruchtbare Zusammenarbeit kaum möglich und das Einverständnis aller früheren Grubenbesitzer nur schwer erreichbar wäre, stehen einer Beteiligung auf Grund des geschätzten Grubenwertes schon rein rechenmäßig fast unüberwindliche Schwierigkeiten gegenüber. Eine Durchführung auf privater Basis würde deshalb staatliche Regelungen nötig

machen, die sich in bezug auf den Grad des Interventionismus kaum mehr von einer Nationalisierung unterscheiden.

2. Die geographische Verteilung der Kohlenvorkommen verlangt nach einer nationalen Zentralstelle. Die Erfahrung hat gezeigt, daß zwischen den einzelnen Distrikten eine starke Rivalität besteht, die infolge der Unvollkommenheiten des Marktes für Kohle und der technischen Unmöglichkeit einer kurzfristigen Anpassung des Produktionsapparates keineswegs zu einer optimalen Versorgung der englischen Konsumenten geführt hat. Eine monopolistische Konkurrenz auf der Basis verschiedener privater Distriktsunternehmungen würde unter den herrschenden Verhältnissen zu einem ebenso großen volkswirtschaftlichen Verschleiß von Kapitalien führen. Hingegen hat eine zentrale Lenkung durch den Staat — unter Wahrung einer gewissen notwendigen Entscheidungsfreiheit der Distriktsleitung — die Möglichkeit, durch geschickte Planung den funktionsunfähigen Automatismus zu ersetzen.

3. Zur technischen Erneuerung sind große Mengen von Kapital nötig. Da sich an der Kohlenindustrie unbeteiligte Private keinesfalls auf das Risiko von Investitionen einlassen wollen, muß der Staat zwangsläufig einspringen. Die Verantwortung über die Staatsgelder den bisherigen Grubenbesitzern anzuvertrauen und dabei den Hauptkapitalgeber und Risikoträger von der Verwaltung auszuschließen, wäre bestimmt zu viel verlangt.

4. Die Entwicklung gegen Kriegsende beweist zur Genüge, daß die Bergleute sich weigern würden, in privatgeleiteten Gruben weiter zu arbeiten. Zu tief hat die fast eineinhalb Jahrhunderte lange Ausbeutung ihre Spuren in der Erinnerung der Bergleute zurückgelassen. Nur unter staatlicher Leitung kann ein geordnetes Arbeiten einigermaßen erwartet werden.

Aus allen diesen Gründen war die Nationalisierungsreife der Kohlenindustrie allgemein anerkannt, und durchgreifende Maßnahmen wurden vom größten Teil der Öffentlichkeit gefordert. Als die Labour-Party, welche die Verstaatlichung zum Hauptpunkt ihres Wahlmanifests¹ erkoren hatte, im Juli 1945 die Regierungsgeschäfte übernahm, betraf einer ihrer ersten Beschlüsse die Überführung der Kohlenindustrie in das Eigentum des Staates. Der Widerstand der Konservativen war mehr rhetorischer Art: Sie hatten im Grunde genommen nur wenig gegen die Nationalisierung einzuwenden und waren froh, die ihrer Doktrin widersprechende Maßnahme nicht selber durchführen zu müssen. Ihre Kritik² beschränkte sich deshalb zur Hauptsache auf die getroffene Organisationsform.

Bereits im Dezember 1945 wurde der Entwurf des Nationalisierungsgesetzes dem Parlament zur ersten Lesung vorgelegt. Die endgültige Annahme erfolgte am 20. Mai 1946 mit 324 gegen 143 Stimmen.

¹ Vgl. *Let Us Face The Future*, London 1945, S. 5.

² Die Konservative Partei machte keine klaren Vorschläge über die Organisation der Kohlenindustrie. Auch sie hätte jedoch eine zentrale Behörde eingesetzt, die sich aber in bezug auf Macht und Funktion vom N. C. B. unterschieden hätte. Vgl. *QUINTIN HOGG, The Case For Conservatism*, London 1947, S. 284.

2. Die Organisation der verstaatlichten Kohlenindustrie

Der Coal Industry Nationalisation Act bildete das Rahmengesetz für die Enteignung der Kohlengruben, für ihre Überführung in das Staatseigentum sowie für die Organisationsform. Als Spitzenorganisation wurde ein National Coal Board³ eingesetzt, dessen Mitglieder vom Brennstoffminister ernannt werden und diesem direkt über sämtliche Belange der Kohlenwirtschaft Rechenschaft schuldig sind. Der National Coal Board übernahm neben sämtlichen Kohlengruben auch einige damit verbundene Betriebszweige, wie Kokereien, Elektrizitätswerke und Transportanstalten. Seine Aufgabe ist die rationelle Entwicklung der Kohlenindustrie und die Bereitstellung von Kohle, die nach Qualität, Menge und Preis den Bedürfnissen der Allgemeinheit entsprechen soll. Dabei muß die Ertragsrechnung über eine gewisse Periode guter und schlechter Jahre ausgeglichen sein. Das Gesetz enthält aber keine Bestimmungen über die konkreten Funktionen des N. C. B. im Hinblick auf die Leitung der Kohlenwirtschaft und die Finanzierung der technischen Verbesserungen. Hingegen behält sich das Brennstoffministerium bei verschiedenen entscheidenden Punkten, wie Reorganisationsprojekten mit hohen Kapitalkosten, die Entscheidung vor.

Die gesamte Kohlenindustrie wurde vom N. C. B.⁴ aus administrativen Zwecken in 8 Divisionen und 48 Areas eingeteilt. Die Area entspricht in ihrer Größe der den bedeutendsten Privatbetrieben vor der Nationalisierung und stellt die Produktionseinheit dar. Die Kompetenz des Area-General-Managers ist aber gegenüber seinem privatwirtschaftlichen Vorgänger wesentlich eingeschränkt, da die allgemeine Kompetenzordnung im N. C. B. auf funktionaler Basis aufgebaut ist. Die Weisungen für bestimmte Direktionsaufgaben gehen von speziellen Departementen der nationalen Verwaltung direkt auf die entsprechende Abteilung in den Divisionen und Areas über. Die Entscheidungen werden ganz allgemein oben gefällt.

Von verschiedenen Seiten wurde die Organisation des N. C. B. stark kritisiert und unter anderem die Bürokratisierung und Überzentralisierung als Angriffspunkt genommen. Die schärfste Kritik richtet sich jedoch gegen ihr Zurückbleiben hinter den Erwartungen.

3. Resultate der Verstaatlichung

Zur objektiven Beurteilung des Erfolgs oder Mißerfolgs der verstaatlichten Kohlenindustrie fehlt eine konkrete Vergleichsbasis. Es ist nicht möglich auch mit nur einiger Sicherheit zu bestimmen, wie der englische Kohlenbergbau unter privater Leitung weitergewirtschaftet hätte. Den einzigen greifbaren Ausgangspunkt, um zu einem Entscheid zu gelangen, bietet die

³ Vgl. Coal Industry Nationalisation Act, 1946, Sektion 1–4.

⁴ Vgl. National Coal Board, Annual Report and Statement of Accounts 1946, London H. M. S. O. 1948, S. 3ff.

Fragestellung: Was konnte man von einer verstaatlichten Kohlenindustrie erwarten?

Die Erwartungen müssen, um nicht zu stark ins Irrationale zu entgleiten, auf den Grundtatsachen der Kohlenindustrie fußen. Wer ihre Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert kennt, konnte von der Nationalisierung keine Wunder erwarten. Viele Mängel saßen so tief, daß an eine vollständige Regeneration nicht zu denken und zum vornherein mit einer langen Rekoneszenz zu rechnen war. Die Wiederherstellung der einmal im Raubbau ihren Lagerstätten entzogenen Bodenschätze ist unmöglich. Es mußte deshalb für die Zukunft mit abnehmendem Ertrag und steigenden Kosten gerechnet werden. Die durch den übereilten Abbau entstandenen Mängel im Ausbau der Gruben sind nur durch jahrzehntelange Arbeit wiedergutmachen, und nur durch langfristige Planung können die zersplitterten Gruben zu optimalen Produktionseinheiten vereinigt werden. Auch die Mechanisierung braucht eine gewisse Zeit, um sich in einer Steigerung der Produktivität auszuwirken. Einzig von seiten der Bergarbeiter hätte man unmittelbar mit einer beträchtlichen Mehrleistung rechnen dürfen.

Der vom National Coal Board 1950⁵ veröffentlichte Plan über die zukünftige Entwicklung der Kohlenindustrie ist dementsprechend auf eine langfristige Verbesserung ausgerichtet. Um mehr und billigere Kohle zu produzieren, plant der Coal Board, bis 1965 etwa 635 Millionen Pfund zu investieren. Zu diesem Zeitpunkt sollen noch 550 Gruben im Betrieb sein, wovon 250 Gruben 70 % der gesamten Kohlenmenge fördern werden. In der Periode von 1961–1965 soll die Produktion ungefähr 240 Millionen Tonnen betragen und von 618000 Bergleuten abgebaut werden. Das entspricht einer Jahresleistung von 388 Tonnen pro Bergmann. Durch diese gewaltige Produktivitätssteigerung könnten die Kosten für Kohle um 7,0 s. pro Tonne reduziert werden. Diese, nach Aussagen des Coal Board, auf vorsichtigen Schätzungen beruhende Ersparnis soll zu gleichen Teilen den Konsumenten und Beschäftigten zugute kommen.

Die Urteilsbildung über die bisherige Bewährung der Kohlenindustrie steht vor der Schwierigkeit, daß für den jetzigen Zeitpunkt kein berechnetes Plansoll vorliegt, das als Vergleichsbasis dienen könnte. Notgedrungen müssen deshalb Mittelwerte zwischen den für die Periode 1961–65 geplanten und den Ausgangsziffern des Plans im Jahre 1949 verwendet werden. Außerdem muß berücksichtigt werden, daß der Plan for Coal vor dem Korea-Boom aufgestellt worden ist und seine Schätzungen für den Inlandkonsum im Jahre 1961–65 nur 205–215 Millionen Tonnen betragen. Einer Kommission⁶ gegenüber, die 1951 zur Untersuchung der Energieverknappung eingesetzt wurde, hat das Coal Board ausdrücklich die Anpassungsfähigkeit seines Plans an die erhöhte Nachfrage betont. Das kann allerdings

⁵ Plan for Coal, a.a.O., S. 3ff.

⁶ Report of the Committee on National Policy for the Use of Fuel and Power Resources, London H. M. S. O. 1952, nach dem Obmann Ridley Report benannt, S. 11 und 178/179.

nur dadurch geschehen, daß Grenzgruben mit kleinerer Produktivität und höheren Kosten länger in Betrieb gehalten werden.

Aus diesen Gründen darf dem finanziellen Mißerfolg der Kohlenindustrie, der sich nach einem erneuten Verlust von 3,8 Millionen Pfund im Jahre 1954 auf 17,4 Millionen Pfund akkumuliert, nicht entscheidendes Gewicht beigegeben werden. Im Gegensatz zu privaten Unternehmungen kann der Erfolg eines verstaatlichten Betriebes, dessen Aufgabe eine optimale Bedarfsdeckung ist, nicht am ausgewiesenen Gewinn gemessen werden. Tatsächlich verhält es sich so, daß der Coal Board durch die alle Schätzungen übertreffende Nachfrage gezwungen wurde, unrationelle Gruben in Betrieb zu halten. Zudem lagen die britischen Kohlenpreise bis zum Preisaufschlag⁷ vom 18. Juli 1955 beträchtlich unter den ausländischen, so daß die englische Industrie indirekt am Ertrag des National Coal Board beteiligt war. Andererseits findet bestimmt ein gewisser bürokratischer Verschleiß statt: Auch nach dem neuerlichen massiven Preisaufschlag, der einen Mehrertrag von 53 Millionen Pfund einbringt, soll sich das Defizit um weitere 15 Millionen Pfund vergrößern. Der N. C. B. wird demzufolge seiner Pflicht die Ertragsrechnung langfristig auszugleichen, nicht gerecht.

Der Entscheid über die Bewährung der verstaatlichten Kohlenindustrie muß sich aus diesen Gründen zur Hauptsache auf die Produktionsseite stützen. Doch auch unter Berücksichtigung der gemachten Voraussetzungen ist das Ergebnis enttäuschend. Die folgende Tabelle⁸ soll kurz die Entwicklung in den ersten acht Jahren seit der Nationalisierung wiedergeben.

Ergebnisse der nationalisierten Kohlenindustrie

Jahr	Produktion (ohne Tagbau) in Mio t	Beschäftigten- zahl (zu Jahresende)	Schicht- (Jahres-) Leistung in t (overall)	Gearbeitete Schichten (pro Arbeiter)
1946	181	697 000	1,03 (260)	4,84
1947	187	711 000	1,07 (263)	4,69
1948	198	724 000	1,11 (279)	4,70
1949	203	720 000	1,16 (282)	4,67
1950	204	697 000	1,19 (293)	4,72
1951	212	698 000	1,21 (303)	4,80
1952	214	720 000	1,19 (297)	4,80
1953	212	709 000	1,22 (299)	4,67
1954	214	705 000	1,23 (303)	4,71

⁷ Die Preissteigerung beträgt 18%, oder durchschnittlich 11/5 s. pro t: National Coal Board, Daily Press Summary, 9. Juli 1955. Auch die weiteren aktuellen Ziffern entstammen dieser Quelle.

⁸ N. C. B. Annual Reports, 1946–54, a. a. O.

Sämtliche Ziffern liegen unter den bescheidensten Erwartungen. Die Produktion ist bereits in den Jahren 1947–50 unter der vom offiziellen Economic Survey gesetzten Limite gelegen. In den folgenden Jahren ist die Differenz immer größer geworden. Für 1955 rechnet man mit einem Manko von etwa 10 Millionen Tonnen gegenüber den Ansätzen des Plan for Coal. Das entspricht der Kohlenmenge, die 1955 importiert werden muß. Von einer Anpassung der Produktion an die Nachfrage, wie sie dem Coal Board noch 1951 vorgeschwebt hat, ist nicht zu reden. Besonders enttäuschend ist, daß England in einer Zeit, in der es große Mengen von Kohle auf dem Weltmarkt absetzen und damit seine Zahlungsbilanzschwierigkeiten überwinden könnte, sogar Kohle importieren muß. Es ist verständlich, daß die staatliche Verwaltung nicht nach dem Muster der privaten Unternehmer der Zeit bis nach dem ersten Weltkrieg durch einen Raubbau der Nachfrage Herr werden will, was durchaus im Bereich ihrer Möglichkeiten läge. Um so erstaunlicher ist es aber, daß die bisher ausgeführten technischen Projekte mit den geplanten und genehmigten langfristigen Investitionen nicht Schritt gehalten haben.

Entgegen den zu Beginn der Nationalisierung gehegten Erwartungen ist der Unterschied zwischen geplanter und aktueller Produktion zur Hauptsache durch die Bergarbeiter bedingt, deren Zahl seit Kriegsende nicht wesentlich vergrößert werden konnte. Durch den großen Mehrbedarf an Kohle ist die im Plan for Coal vorgesehene Ziffer von 618000 Beschäftigten längst hinfällig geworden. Die Politik des Coal Board geht heute dahin, die Beschäftigtenzahl möglichst zu vermehren. Nach einem anfänglichen Erfolg war mit ansteigender Konjunktur aber ein großer Rückschlag zu verzeichnen. Das beweist, daß die Bergleute eine andere Arbeit, die sogar schlechter bezahlt sein kann, noch immer der verhaßten Grubenarbeit vorziehen.

Noch deutlicher drückt sich die Abneigung der Bergarbeiter gegenüber der Grubenarbeit in der Produktivität aus. Trotz starker Mechanisierung ist die Schichtleistung seit dem Krieg – verglichen mit den Vorkriegsziffern (1938) von 1,14 Tonnen in England und 1,50 in der Ruhr – nur geringfügig (von 1,03 auf 1,23) angestiegen. Vollends klar ward das Mißverhältnis in einem Vergleich mit der für die Periode 1961–65 geplanten Ziffer von 1,58 Tonnen.

Der Grund der geringen Produktionszunahme liegt im starken «absenteeism». Im Rahmen der Maßnahmen zur sozialen Besserstellung der Grubenarbeiter hat die staatliche Kohlenverwaltung unter anderem die Arbeitszeit reduziert und längere Ferien bewilligt. Außerdem werden für zusätzliche Schichten hohe Spezialprämien ausgesetzt. Der «absenteeism» konnte aber nur unwesentlich reduziert werden. Die Erwartung, daß die Bergarbeiter durch die erhaltenen Vergünstigungen die Arbeitszeit besser einhalten würden, hat sich aber bisher nicht erfüllt. Im Gegenteil, mit zunehmendem Verdienst zeigte das Arbeitsangebot des Großteils der Bergarbeiter ein anormales Verhalten. Die von einem Arbeiter pro Woche durchschnittlich gearbei-

tete Schichtzahl ist deshalb von 5,1 in den Jahren 1937 -39 auf 4,71 im Jahre 1954 gesunken.

Seine Aufgabe voll und ganz erfüllt hat das N. C. B. nur auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge. Doucheneinrichtungen, Kantinen und moderne Wohnsiedlungen werden für sämtliche Gruben erstellt. Die Löhne sind stark erhöht worden, so daß die Bergarbeiter heute für ihre harte Arbeit ein gerechtes Entgelt bekommen und wieder an der Spitze der britischen Arbeiterschaft stehen. Außerdem sind die Sicherheitseinrichtungen verbessert worden, was sich in einer erheblich zurückgegangenen Unfallziffer ausdrückt. Aus allen diesen Gründen mag die Minderleistung der Bergarbeiter um so erstaunlicher erscheinen. Sie beweist, daß die Bergarbeiter ihre Resentiments gegen die Kohlenindustrie nicht so leicht vergessen konnten, und weist darauf hin, daß die Behandlung der Grubenarbeiter andere Wege gehen muß, als das bisher geschehen ist. Wir werden auf dieses Problem im nächsten Abschnitt zurückkommen.

Zusammenfassend kann über den Erfolg der Nationalisierung – basierend auf den Erwartungen – folgendes ausgesagt werden: Ohne Zweifel hat die staatliche Kohlenverwaltung selbst gemäßigte Erwartungen wie auch ihre eigenen Produktionspläne nicht erfüllen können. Das Zurückbleiben der Produktion wird allerdings im gegenwärtigen Zeitpunkt durch die starke Nachfrage nach Kohle übermäßig hervorgehoben. Da es aber zum vornherein kaum zu erwarten war, daß England innert kurzer Frist seine Vorkriegsproduktion wieder erreiche, können für das Versagen der Kohlenindustrie mildernde Umstände geltend gemacht werden. Man kann ruhig behaupten, daß in diesem speziellen Fall die Nationalisierung trotz ihren Schwächen gegenüber einer Weiterführung unter privater Leitung erhebliche Vorzüge hat.

4. Gründe des Zurückbleibens

Die Resultate der verstaatlichten Kohlenindustrie sind ein in unzähligen Schriften und Artikeln bearbeitetes Thema. Ihr Versagen reizt zu mehr oder weniger qualifizierten Kommentaren verschiedener politischer Richtung. Unter den vielen Kritikern finden sich aber nur wenige, die der Nationalisierung als solcher die Schuld für den Mißerfolg zuschieben und gar die Maßnahme rückgängig machen wollen. In England⁹, wo die verantwortungsbewußte Kritik mit gründlicher Sachkenntnis operiert, wird diese Ansicht nur von wenigen Stimmen vertreten. Der größte Teil beschränkt sich darauf, die wirklichen Mängel in der Organisation und der Verwaltung anzukreiden.

⁹ In der Schweiz wird die Nationalisierung der englischen Kohlenindustrie oft ohne Darstellung der Voraussetzungen als krasser Mißerfolg bezeichnet. Theoretisch gut fundiert vertritt eine St. Galler Diss., die nächstens erscheint, die These der Entstaatlichung (vgl. A. O. MÜLLER, Die Verstaatlichung des britischen Kohlenbergbaus, ihre volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Auswirkungen). Müller unterschätzt m. E. die Situation am Ende des zweiten Weltkrieges. Seine Erklärung des Versagens stimmt mit dem später zitierten Fleck-Report nicht überein.

Abgesehen davon, daß eine Entnationalisierung zu großen politischen Schwierigkeiten führen würde, der ungeheuren Arbeitsunruhen wegen undenkbar wäre und sich überhaupt keine privaten Käufer finden würden, sind die Vorteile einer solchen Maßnahme nicht zu erkennen. Eine freie wie auch eine monopolistische Konkurrenz privater Unternehmer ist im heutigen Zeitpunkt, wo die Kohlenindustrie im Umbruch von einem relativ kapitalintensiven zu einem intensiven Abbau steht und ihre sämtlichen Mittel zur Kompensation des abnehmenden Ertrags aufwenden muß, vollständig undenkbar. Andererseits hätte ein privates Monopol im Vergleich zum staatlichen Coal Board keine wesentlich verschiedenen volkswirtschaftlichen Wirkungen und braucht diesem in bezug auf bürokratische Schwerfälligkeit nicht unbedingt unterlegen zu sein.

Die Kritik¹⁰ an der Organisationsform griff vor allem die starke Zentralisierung an. Sie befürwortete einen Wettbewerb zwischen den Distrikten oder kleineren Einheiten, die noch zu bilden wären. Unter den Vertretern dieser Kritik waren zur Hauptsache konservative Politiker, die das Postulat des Wettbewerbs auf die nationalisierte Industrie anwenden wollten. Bereits 1948 wurde diese Ansicht von einem Komitee¹¹, das vom Coal Board selbst eingesetzt war, gründlich widerlegt. Eindeutig sprachen sich die Mitglieder für die Fortsetzung der bestehenden Einteilung in Divisions und Areas aus. Noch deutlicher wurde aber zu Beginn des Jahres 1955 mit der Idee der Überzentralisation aufgeräumt, als ein vom Ministry of Fuel and Power beauftragter Untersuchungsausschuß¹² seinen gutqualifizierten Bericht veröffentlichte. Die Kommission stand unter dem Vorsitz von Dr. Fleck, dem Präsidenten eines der größten, privatwirtschaftlichen Konzerne Englands, der Imperial Chemical Industry. Der Bericht anerkennt die Notwendigkeit der Nationalisierung und bestätigt in ihren Grundzügen die bestehende Organisationsform. Hauptschuldig am bisherigen Versagen ist die Verwaltung, die infolge mangelnder Zusammenarbeit sich in der Kohlenindustrie nicht genügend durchsetzen konnte. Ungenügende Koordination und zu wenig Kenntnis über die Belange der Industrie auf allen Stufen ließen viele Projekte und gute Vorschläge im Sand verlaufen. Diese personellen Mängel sind zur Hauptsache historisch bedingt. Bereits vor der Nationalisierung fehlten der Kohlenindustrie leitende Kräfte. Der Übergang in das Eigentum des Staates veranlaßte die besten «Manager» sich anderen Beschäftigungen zuzuwenden. Für die Koordination des gesamten Riesenbetriebs mußten deshalb Kräfte verwendet werden, die sich wohl in der Grubenadministration bewährt hatten, für die Leitung eines Riesenbetriebes aber vollständig ungeeignet waren.

Die Ratschläge des Fleck Report gehen darauf hinaus, die Kohlenindu-

¹⁰ Vgl. Col. C. G. LANCASTER, *The Organisation of the Coal Board*, London 1948, sowie zusammen mit Reid und Sir Eric Young, *Structure and Control of the Coal Industry*, London 1951.

¹¹ Burrows Committee, vgl. N. C. B. Annual Report 1948, a.a.O.

¹² Advisory Committee on Organisation; der Bericht wird nach dem Obmann Fleck Report genannt, London H. M. S. O. 1955 (Februar).

strie einer tüchtigen Leitung zu unterstellen, und sie nach den Methoden eines privatwirtschaftlichen Großbetriebes zu organisieren. Höhere Gehälter für die verantwortlichen Direktoren sind die erste Forderung. Das Direktionsmandat darf nicht zum vornherein zeitlich begrenzt sein, sondern sollte eine möglichst lange Zeit ausgeübt werden. Andererseits sind als unfähig erkannte, undisziplinierte und zu alte Angestellte auf sämtlichen Stufen rücksichtslos zu entlassen. Der Direktionsnachwuchs muß aus der Kohlenindustrie selbst rekrutiert werden. Area- und Grubendirektoren sollten eine spezielle Ausbildung erhalten und auf ihre Eignung für höhere Posten bereits früh geprüft werden. Die Empfehlungen des Fleck-Komitees erkennen zweifellos die fundamentalen Ursachen des Versagens eines verstaatlichten Betriebes. Einen wesentlichen Ansatzpunkt zur durchgreifenden Rationalisierung bildet die Reorganisation nach privatwirtschaftlichem Muster, mit finanziellen Prämien als Anreiz zur Mehrleistung und der Sanktion von Entlassung bei Versagen. Ein straff organisierter Staatsbetrieb dieser Art, dessen Spitze vollständig frei entscheiden kann, sollte den besten Privatbetrieben, die ja mit zunehmender Größe auch von «Managern» geführt werden, ebenbürtig sein. Es ist jedoch fragwürdig, ob sich eine privatwirtschaftliche Organisation in einem Staatsbetrieb überhaupt durchführen läßt: Bilden nicht die Kontrolle durch den Minister, die Verpflichtung, der Öffentlichkeit jährlich in umfangreichen Berichten Rechenschaft abzulegen, die politischen Kontroversen und die damit verbundene, fortwährende Kritik sowie die Pflicht zur Hochhaltung des Beschäftigungsgrades Ansätze zum Mißlingen? Das amerikanische Experiment der Tennessee Valley Authority¹³ beweist, daß eine staatliche Unternehmung in Konkurrenz mit der Privatwirtschaft erfolgreich sein kann. Der National Coal Board, der im übrigen ähnliche Ausgangsbedingungen wie die TVA hatte, muß nun beweisen, ob sich ein in Amerika erfolgreicher Versuch auch unter den veränderten politischen, wirtschaftlichen und soziologischen Bedingungen Englands durchsetzen kann. Die ersten Schritte wurden vom Brennstoffminister unmittelbar nach dem Erscheinen des Berichts vorgenommen, indem er sechs Mitglieder der obersten Verwaltung, darunter die beiden Vizepräsidenten, entließ. Der neue Board wird nun die weiteren Empfehlungen Dr. Flecks in die Tat umzusetzen haben. Bereits hat aber die sozialistische Presse gegen die Einführung privatwirtschaftlicher Methoden in einem Staatsbetrieb, der auf «demokratischer Basis¹⁴» geführt werden soll, scharf protestiert. Im Falle eines Mißlingens wird die englische Kohlenindustrie nie als vollständig rationalisierter Betrieb arbeiten können.

Während der Fleck-Report gründlich auf betriebswirtschaftliche Fragen eingeht, streift er die mit den Bergarbeitern im Zusammenhang stehenden Problemkreise nur kurz: Es ist irrig, die führenden Stellen in den Departementen für Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrt mit Gewerkschaftsfunk-

¹³ Vgl. LILIENTHAL DAVID, TVA, Democracy on March, New York 1945.

¹⁴ Vgl. z. B. New Statesman and Nation (26. Februar 1955), eine unabhängige, linksgerichtete Zeitschrift.

tionären zu besetzen, da diese organisatorisch oft zu wenig ausgebildet sind. Diese Feststellung trifft zweifellos zu, übersieht aber die Tragweite des Arbeitsproblems.

Was bisher am meisten Kopfschütteln verursacht hat, ist die merkwürdige Haltung der Bergarbeiter. Früher verlangten sie mit einer Vehemenz sondergleichen die Nationalisierung, bekämpften die privaten Eigentümer und versprachen eine Mehrleistung für den Staat. Heute ist es um die Mehrleistung still geworden, dafür hört man von Lohnforderungen, Streiks, «absenteeism» und ständiger Unzufriedenheit. Das erstaunt um so mehr, als der Coal Board den Grubenarbeitern in jeglicher Beziehung entgegengekommen ist. Die Wohlfahrtseinrichtungen wurden stark ausgebaut, und die Löhne haben eine Höhe erreicht, die ohne wirtschaftliche Schäden kaum überschritten werden darf. Andererseits herrscht nicht die geringste Gefahr von Arbeitslosigkeit oder Lohnsenkung. Im Gegenteil, die Ausfuhr soll binnen kurzem vollständig eingestellt und immer mehr Kohle eingeführt werden. Trotzdem stößt ein Versuch¹⁵, italienische Arbeitskräfte in die Gruben zu bringen, der von der ganzen Nation unterstützt wird, auf den erbitterten Widerstand der Bergarbeiter. Die Gewerkschaftsfunktionäre, welche diese Einstellung zu erklären haben, vertreten den Standpunkt, die Kohlenbehörde müsse noch höhere Löhne und noch kürzere Arbeitszeiten anbieten, um genügend britische Arbeiter in die Gruben zu bringen. Diese Forderungen grenzen ans Erpresserische und sind kaum erfüllbar. Die Ursachen des Widerstands liegen aber im Grunde genommen tiefer, als die materialistische Begründung der Funktionäre vermuten läßt. Es ist die Vergangenheit, die den Bergarbeitern in den Kohledörfern noch immer in Erinnerung geblieben ist. Viele von ihnen haben die Arbeitslosigkeit der Zwischenkriegsjahre noch nicht vergessen, andere wissen aus Erzählungen von den schlechten Arbeitsbedingungen und niederen Löhnen des 19. Jahrhunderts. Die damalige Devise war Kampf — nur deshalb konnten so große Fortschritte erzielt werden. Diese soziologisch bedingte Einstellung wirkt sich dahin aus, daß auch der heutige Arbeitgeber bekämpft wird. Es ist dem Coal Board nicht gelungen, ein Vertrauensverhältnis mit den Bergarbeitern zu schaffen. Die mit der Pflege der Arbeitsbeziehungen betrauten früheren Bergarbeiter werden von ihren einstigen Kameraden kritisch betrachtet. Es fehlt ihnen die nötige Autorität und die Überzeugungskraft, heute Ansichten zu vertreten, die sie vor Jahren verworfen haben. Das ist der Hauptgrund, warum die früheren Gewerkschaftsfunktionäre bei Verhandlungen über Lohnerhöhungen und Arbeitsbedingungen gewöhnlich versagen.

Das ganze Problem kann nur gelöst werden, wenn der Coal Board seine Beschäftigungspolitik grundlegend ändert. Es muß den Bergleuten durch qualifizierte Kräfte klargelegt werden, daß die Situation sich heute grundlegend geändert hat, daß keine Gefahr der Arbeitslosigkeit und Lohnsen-

¹⁵ Es bestände die Möglichkeit, ca. 10000 italienische Arbeiter in die britischen Kohlengruben zu bringen, was eine Mehrproduktion von 4–5 Millionen Tonnen ergäbe. Die britischen «miners lodges», d. h. die Dorfgemeinschaften der Gewerkschaft, haben sich aber dagegen ausgesprochen.

kung besteht. Die verbesserten Wohlfahrtseinrichtungen sind nur die Grundbedingungen und Ausgangspunkte. Zusätzlich ist eine langwierige und mühsame Arbeit zur Überzeugung der Bergleute nötig. Schulung und Auslandsreisen müssen in den Dienst der Bemühungen gestellt werden. Auch die Wohnpolitik des Coal Board muß ändern: Bisher wurden nach altem Muster die Bergleute einer Grube in einem speziell erbauten Kohledorf zusammengefaßt. Das hat den Vorteil eines einfachen Transports in die Gruben, aber auch den großen Nachteil, daß die Bergleute weiterhin abgesondert und die Jungen unter dem Einfluß der Alten bleiben. Kontakt mit andern Arbeitern besteht nur wenig. Auch die Freizeit verbringt die Bergbaubevölkerung in ihren Dörfern, im Miners Club. Eine Auflockerung ist hier bestimmt von Nöten. Statt in abgesonderten Dörfern, könnten in Zusammenarbeit mit andern Industrien die Wohnungen in bereits bestehenden Stadtviertel angeschlossen werden.

Außerdem muß vorsichtig und stetig versucht werden, qualifizierte und charakterlich einwandfreie Fremdarbeiter zur Grubenarbeit zuzulassen. Wenn sich die Bergleute davon überzeugt haben, daß dadurch keine Gefahr für ihre Beschäftigung droht, wird auch eine größere Zahl ohne Schwierigkeiten zugelassen werden. Zudem befindet sich die englische Regierung politisch in einer Lage, die ihr erlaubt, den Widerstand der Bergarbeiter im Notfall zu brechen. Die Anwendung politischer Gewalt und die Schaffung von Gesetzen zum Verbot von Streiks muß allerdings sehr vorsichtig gehandhabt werden. Ein generelles Streikverbot, wie es in totalitären Ländern gepflogen wird, kommt für englische Verhältnisse nicht in Betracht. Hingegen sollte im Anschluß an die verschiedenen von verantwortungslosen Elementen ausgelösten Streiks des Jahres 1955 — es sei nur an den inoffiziellen Streik in der Doncaster Area in Yorkshire im Mai dieses Jahres erinnert, wo zirka 8000 Arbeiter 90000 Bergleute von der Arbeit abhielten und einen Verlust von fast einer Million Tonnen Kohlen verursachten — die Frage geprüft werden, ob nicht inoffizielle Streiks gesetzlich verboten werden sollen.

12. Kapitel

Zukunftsansichten des britischen Kohlenbergbaus¹

Wie früher die Kohle den Energiehaushalt vollkommen umgestaltet hat, so scheint mit der Atomkraft wiederum eine neue Epoche anzubrechen. Von der ökonomischen Entwicklung, die von der neuen Situation ihren Ausgang nimmt, interessieren in diesem Zusammenhang die Auswirkungen auf die Kohlenwirtschaft und vor allem auf die englische Kohlenindustrie. Bestimmtes und Abschließendes kann allerdings nicht ausgesagt werden —

¹ Vgl. SALIN, Vor einer neuen Etappe der industriellen Revolution, a. a. O., S. 26 ff.

noch zu sehr liegt die Zukunft im Dunkeln. Doch sollten die Folgerungen über die Wirkung der Verstaatlichung, auch wenn die Entwicklung nicht parallel zu den Erwartungen verläuft, früher oder später sich als zutreffend erweisen.

Die Pläne² der staatlichen Kohlenverwaltung sind bereits besprochen worden: Bis 1961/65 soll die Produktion von Kohle auf 240 Millionen Tonnen gesteigert werden. Zusätzlich kann England maximal 10 Millionen Tonnen im Tagbau gewinnen. Unter Berücksichtigung der bereits 1955 eingetretenen Verzögerung, muß eventuell damit gerechnet werden, daß die genannten Ziffern erst 1970 erreicht werden. Der Coal Board hat allerdings noch keine Angaben in dieser Richtung gemacht. Zu diesem Zeitpunkt soll der Abbau derart rationalisiert sein, daß nur noch 618000 Bergarbeiter benötigt werden. Eine Steigerung über die geplante Förderung hinaus ist bis auf 260 Millionen Tonnen zu bewerkstelligen — jedoch nur unter stark ansteigenden Kosten.

Im Laufe der Zeit wird aber auch der Energiekonsum etwelche Wandlungen durchmachen. Man rechnet mit einer allgemeinen Zunahme, wobei aber die direkte Verwendung von Kohle auf Kosten des Verbrauchs von Elektrizität etwas zurückgehen wird. Die folgende Zusammenstellung von Schätzungen, die allerdings verschiedenen Quellen entstammen, soll Auskunft über die Erwartungen geben.

Erwarteter Kohlenverbrauch bis 1975

Jahr	Total Kohle	Direkt ver- brauchte K.	Koks/Gas	Elektrizität
1946 ³	183,5	114,5	42,5	26,2
1951 ⁴	207,4	117,9	53,0	36,5
1959/63 ⁴	236,0	113,7	72,1	50,2
1965 ⁵	(251)	keine Zunahme		65
1975 ⁵	(285)	keine Zunahme		100

Die Ziffern von 1946 und 1951 sind die effektiven Verbrauchszahlen. Die Schätzungen von 1956/63 kommen aus dem Ridley Report, diejenigen von 1965 und 1975 aus dem Weißbuch über Atomenergie. Die eingeklammerten Angaben sind aus den Erwartungen über die Zunahme des Elektrizitätsverbrauchs errechnet.

² Plan for Coal, a.a.O., S. 3ff.

³ Vgl. CYB 1949, a.a.O., S. 628, die im Tagbau gewonnene Kohle ist in den Konsumziffern inbegriffen.

⁴ Ridley Report, a.a.O., S. 5/6, die Schätzungen beruhen auf Angaben der staatlichen Elektrizitätsverwaltung, der Eisenbahnen, der Industrie usw.

Der offen zutage tretende Kohlenmangel führt in Großbritannien jedoch zum raschen Ausbau anderer Energiequellen. Nach Angaben eines im Februar 1955 publizierten Weißbuchs⁵ soll der Bau von Atomkraftwerken vom Staat mit allen Mitteln gefördert werden, um England wieder zu seiner führenden Stellung als Industrieland zu verhelfen. Der Plan sieht bis 1965 den Bau von acht Werken mit einer Gesamtleistung von 2 Millionen kw vor. Damit können etwa 5 Millionen Tonnen Kohle eingespart werden. Es ist möglich, den Bau der Atomkraftwerke so zu beschleunigen, daß diese den Neubedarf an elektrischer Energie, der auf etwa 3 Millionen kw jährlich geschätzt wird, ab 1970 laufend decken könnten. Die bis 1975 in Betrieb genommenen Werke würden etwa 40 Millionen Tonnen Kohle pro Jahr einsparen.

Obwohl der Entschluß zum Bau von Atomkraftwerken nicht von einem ins einzelne gehenden Kostenvergleich abhängig ist, geht aus dem Weißbuch doch hervor, daß vorerst die Stromkosten nicht viel höher liegen als bei gewöhnlichen thermischen Kraftwerken. Ab 1965 kann es sogar wirtschaftlich vorteilhafter sein, Atom- statt Kohlenkraftwerke zu bauen.

Das Weißbuch ist durch die neueste Entwicklung bereits überholt worden. Einerseits hat der Brennstoffminister den Bau von weiteren sechs nuklearen Kraftwerken angekündigt⁶, was vermuten läßt, daß die Entwicklung nach 1965 noch bedeutend rascher als ursprünglich geplant vor sich gehen wird. Andererseits hat die Atomkonferenz in Genf erkennen lassen, daß bereits in absehbarer Zeit mit Kraftwerken auf der Basis von Wasserstoff gerechnet werden darf, was sich preislich außerordentlich günstig auswirken würde. Billigere Energie wird wiederum einen stärkeren Effekt auf die Elektrifizierung haben. Die Schätzungen im Ridley Report setzen voraus, daß die verschiedenen Konsumenten ihren Energiebedarf weiterhin mit Kohle decken, und müssen unter Umständen revidiert werden. Ein wesentlicher Preisunterschied wird sowohl die Eisenbahnen, die ihre betriebseigenen Elektrizitätswerke durch Reaktoren ergänzen können, wie auch andere Industrien dazu veranlassen, auf Atomenergie überzugehen. Die direkte Verwendung von Kohle und ihr Verbrauch zur Herstellung von Elektrizität wird in diesem Fall zurückgehen. Mit zunehmender Erfahrung wird sich die Bauzeit für Atomkraftwerke wesentlich verkürzen lassen: Das Weißbuch rechnet mit 6 Jahren, während thermische Kraftwerke auf der Basis von Kohle und Öl in 3 Jahren fertiggestellt werden können. Falls eine Anpassung dieser Art gelingt, ist es möglich, die Produktion nuklearer Energie wesentlich schneller voranzutreiben.

Ein Vergleich der geplanten Energieproduktion aus Kohle und Uran mit den geschätzten Konsumziffern führt zu folgenden Ergebnissen: Wenn so-

⁵ A Programme of Nuclear Power, London H. M. S. O., Februar 1955, Weißbuch der Regierung über Atomenergie.

⁶ Die neueren Angaben sind den Pressekommentaren des N. C. B. (Daily Press Summary) sowie der Tagespresse entnommen.

wohl das Coal Board als auch die Atomic Energy Authority⁷ ihre Pläne einhalten, wird bereits ab 1965 der gesamte Inlandbedarf gedeckt sein: 240 Millionen Tonnen Kohle aus den Gruben des Coal Board + 10 Millionen Tonnen Tagbau-Kohle + 5 Millionen Tonnen Kohlenäquivalente aus Atomenergie ergibt bereits einen geringen Überschuß auf den erwarteten Inlandkonsum. Wenn auch der Rückstand der Investitionspläne des Coal Board sicher verlangsamernd wirkt, so muß doch andererseits mit einer Beschleunigung der Atomprojekte gerechnet werden, so daß der Ausgleich kaum über das Jahr 1970 hinausgezögert wird. Für die folgenden Jahre stellt sich dann unweigerlich das Problem der Verwendung des Überschusses. Der Ridley-Report rechnet zwar mit einer Exportmöglichkeit von 30 Millionen Tonnen im Jahre 1965, doch läßt diese Behauptung etwelche Zweifel aufkommen. Kann England, nachdem es 25 Jahre kaum exportiert hat, mit bereitwilligen Abnehmern rechnen? Sind nicht, analog zur Entwicklung nach dem ersten Weltkrieg, Autarkiebestrebungen bisheriger Kohlenimportländer zu befürchten? Zwei mögliche Abnehmer englischer Kohle, Frankreich und Schweden, beschäftigen sich bereits jetzt mit dem Bau von Atomkraftwerken. Im weitem werden bis zu diesem Zeitpunkt die Kosten für Kohle, als Folge des abnehmenden natürlichen Ertrags und der steigenden Löhne, die Kosten für nukleare Energie beträchtlich überschritten haben.

Die Kohlenindustrie selbst ist sich allerdings über die Zukunftsperspektiven noch nicht einig. Meldungen aus Amerika sprechen davon, daß die Nachfrage nach den langen Jahren des Niedergangs wieder anzuziehen beginnt. Bereits haben die Befürchtungen und Rufe nach staatlicher Hilfe einem starken Optimismus Platz gemacht. Der Nachfrageanstieg ist zum großen Teil auf den steigenden Verbrauch der Thermalkraftwerke zurückzuführen. Angesichts der zahlreichen im Bau befindlichen thermischen Elektrizitätswerke, von denen mehrere den Bedarf der Atomic Energy Commission⁸ befriedigen sollen, rechnet die Kohlenindustrie für das Jahr 1975 mit einer um 100 % größeren Förderung. Solche Aussagen müssen im «Atomzeitalter» natürlich besonders skeptisch beurteilt werden. Trotzdem ist es angebracht, auf einige grundlegende Unterschiede gegenüber England hinzuweisen: Die amerikanischen Kohlenvorkommen sind viel günstiger abzubauen und lassen eine fast vollständige Mechanisierung zu. Die Schichtleistung eines Arbeiters ist deshalb viermal größer als in England. Produktionskostenmäßig scheint die amerikanische Kohle demzufolge der nuklearen Energie noch für längere Zeit überlegen zu sein. Der Ausgleich mit den Produktionskosten in England wird jedoch durch die viermal höheren Schicht-Löhne der amerikanischen Bergarbeiter herbeigeführt. Ausschlaggebend für den Optimismus des amerikanischen Kohlenbergbaus ist die Tatsache, daß vorläufig kein Bedürfnis nach neuen Energiequellen besteht, solange Kohle und Erdöl noch in genügenden Mengen vorhanden sind. Man

⁷ Die dem Ministry of Fuel and Power unterstellte Atombehörde.

⁸ Die Atombehörde der Vereinigten Staaten.

will daher vorerst die Forschung stärker entwickeln, um erst bei großen Kostenersparnissen mit einem großzügigen Ausbau von Atomkraftwerken einzusetzen. Im Vergleich zu England ist die geplante nukleare Energiegewinnung in den nächsten zwanzig Jahren absolut gerechnet geringer, wobei zudem die Unterschiede im gesamten Energieverbrauch berücksichtigt werden müssen. Immer unter der Voraussetzung einer anhaltenden Konjunktur – auf der die Schätzungen sämtlicher Kommissionen beruhen – muß deshalb damit gerechnet werden, daß England vielleicht schon früher als die Vereinigten Staaten vor einem neuerlichen Nachfragerückgang nach Kohle stehen wird.

Wenn der Zeitpunkt der unausweichlichen Kohlenkrise auch noch unbestimmbar ist, so muß doch bereits heute nach Auswegen aus dieser potentiellen Situation gesucht werden. Die Anpassungsschwierigkeiten der Kohlenindustrie in der Zwischenkriegszeit sind noch zu stark in Erinnerung, um unbeachtet über dieses Problem hinwegzuschreiten.

Hierin liegt nun bestimmt der größte langfristige Vorteil der Verstaatlichung: Von Anbeginn ist eine Zusammenarbeit zwischen den beiden konkurrierenden Energieträgern, Kohle und Atomkraft, möglich. Durch den engen Kontakt der beiden verantwortlichen Produzenten, des National Coal Board und der Atomic Energy Authority, kann schrittweise und unter ständiger Prüfung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen eine gegenseitige Angleichung erfolgen. Der Konkurrenzmechanismus wäre, nachdem er bereits den Nachfragerückgang der Zwischenkriegszeit nicht zu regeln vermochte, kaum in der Lage, derart wichtige, für die Bergarbeiter sogar lebenswichtige Fragen zu entscheiden. Kontinuierlich, wie es auf Grund des Plan for Coal möglich ist, müssen die unrationelleren Gruben aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet werden: 1965 sollen ja 250 modernisierte Gruben 70 % der gesamten Produktion fördern. Ohne allzugroße Kapitalverluste können im kritischen Zeitpunkt die restlichen 250 seit der Nationalisierung nicht ausgebauten Gruben stillgelegt werden. Auch das außerordentlich heikle Problem der Zukunft der überschüssigen Kohlenarbeiter kann nur durch staatliche Intervention einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden – denn schließlich wird die Kohlenindustrie im kritischen Zeitpunkt mindestens eine halbe Million Arbeiter beschäftigen.

Es soll mit den obigen Feststellungen keineswegs einer allgemeinen Sozialisierung das Wort geredet werden. Im Gegenteil, wir sind nach wie vor fest davon überzeugt, daß eine liberale Grundordnung, nebst ihren weltanschaulichen Vorzügen, auch wirtschaftlich die besten Resultate hervorbringt. Das gilt für das Atomzeitalter, wie es sich grundsätzlich im Hoch- und Spätkapitalismus erwiesen hat. Der größte Teil der Industrie ist auf privatwirtschaftlicher Basis am rationellsten organisiert. Eine Ausnahme bildet die Energiewirtschaft. Nicht nur in England, auch in Amerika sind die Kraftwerke, als Public Utilities, einer strengen Staatsaufsicht unterstellt, und der Ausbau der größten Projekte erfolgt gänzlich unter staatlicher Leitung.

Die Verwaltung der Atomenergie muß schon infolge der damit verbundenen Gefahr und weiterer Gründe, die aufzuzählen hier nicht der Ort ist, notgedrungen beim Staate liegen. Ohne große strukturelle Anpassungsschwierigkeiten mit unabsehbaren Folgen und Gefahren für eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist die Koordination in der Energiewirtschaft nur durch eine gewisse staatliche Lenkung möglich.

In diesem Sinne war die Verstaatlichung der englischen Kohlenindustrie nicht nur eine ökonomische Notwendigkeit, die sich aus der geschichtlichen Entwicklung unausweichlich ergab, sondern bildet sie auch einen wichtigen Ausgangspunkt für das Blühen und Gedeihen der englischen Volkswirtschaft im kommenden Atomzeitalter.

Erklärungen zu den Karten

Grunddarstellung: Die englischen Kohlenfelder, die Kohlendistrikte des National Coal Board und die Standorte der verschiedenen Industrien.

Pfeile: Exporte der verschiedenen Distrikte in den Jahren 1913 und 1938, aufgeteilt nach Absatzrichtungen. Für das Jahr 1946 erübrigt sich ein Spezialblatt, da praktisch nicht mehr exportiert wurde.

Quellen

Kohlenvorkommen und Distriktseinteilung nach den Angaben des National Coal Board, z. B. Annual Report and Statement of Accounts 1946, London 1948, S. 30.

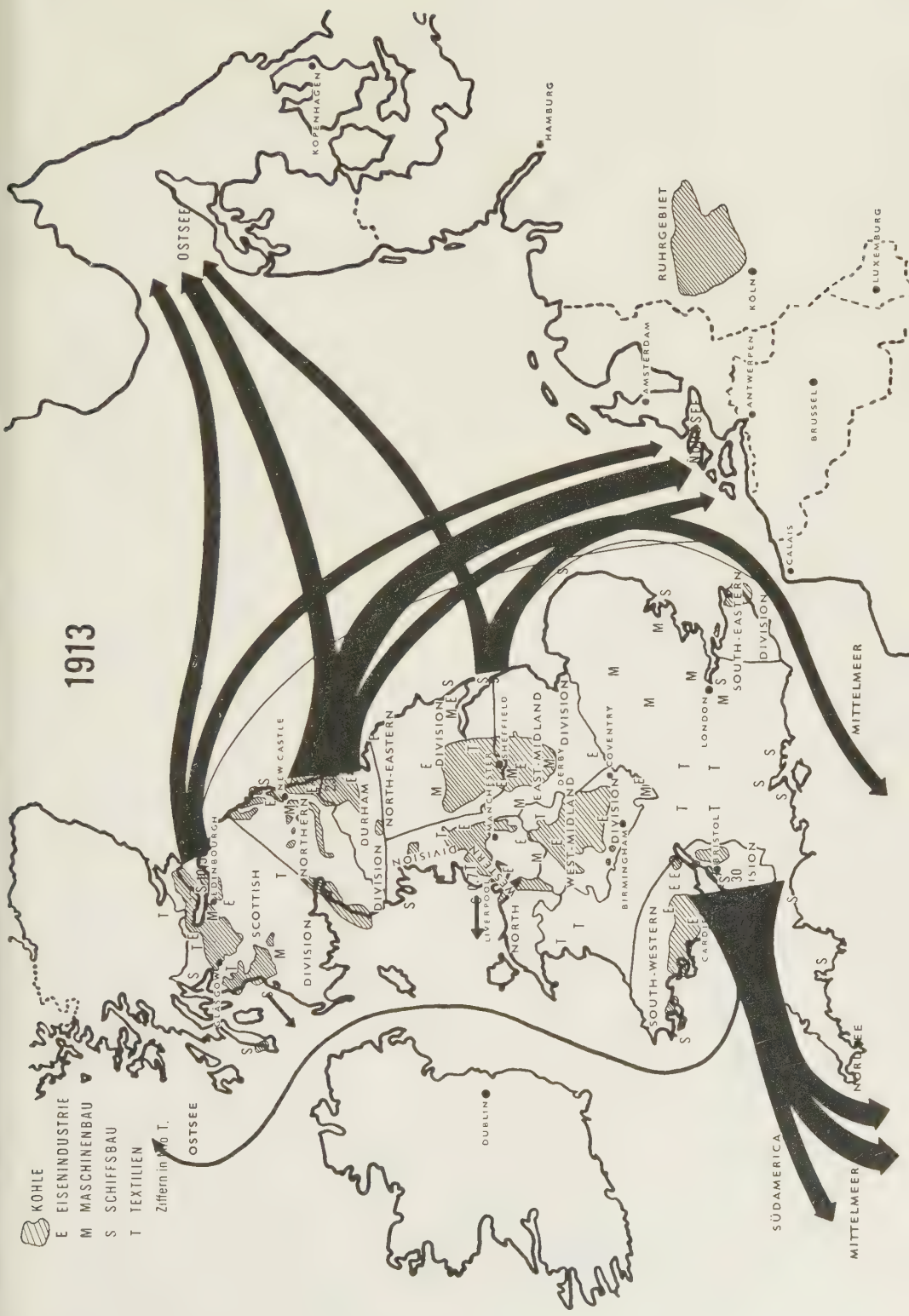
Verteilung der Industrie nach den Wirtschaftskarten in der Encyclopaedia Britannica.

Exportziffern: CYB 1949, a.a.O., S. 616–619, sowie Jones, a.a.O. S. 51–54.

1913

-  KOHLE
- E EISENINDUSTRIE
- M MASCHINENBAU
- S SCHIFFSBAU
- T TEXTILIEN

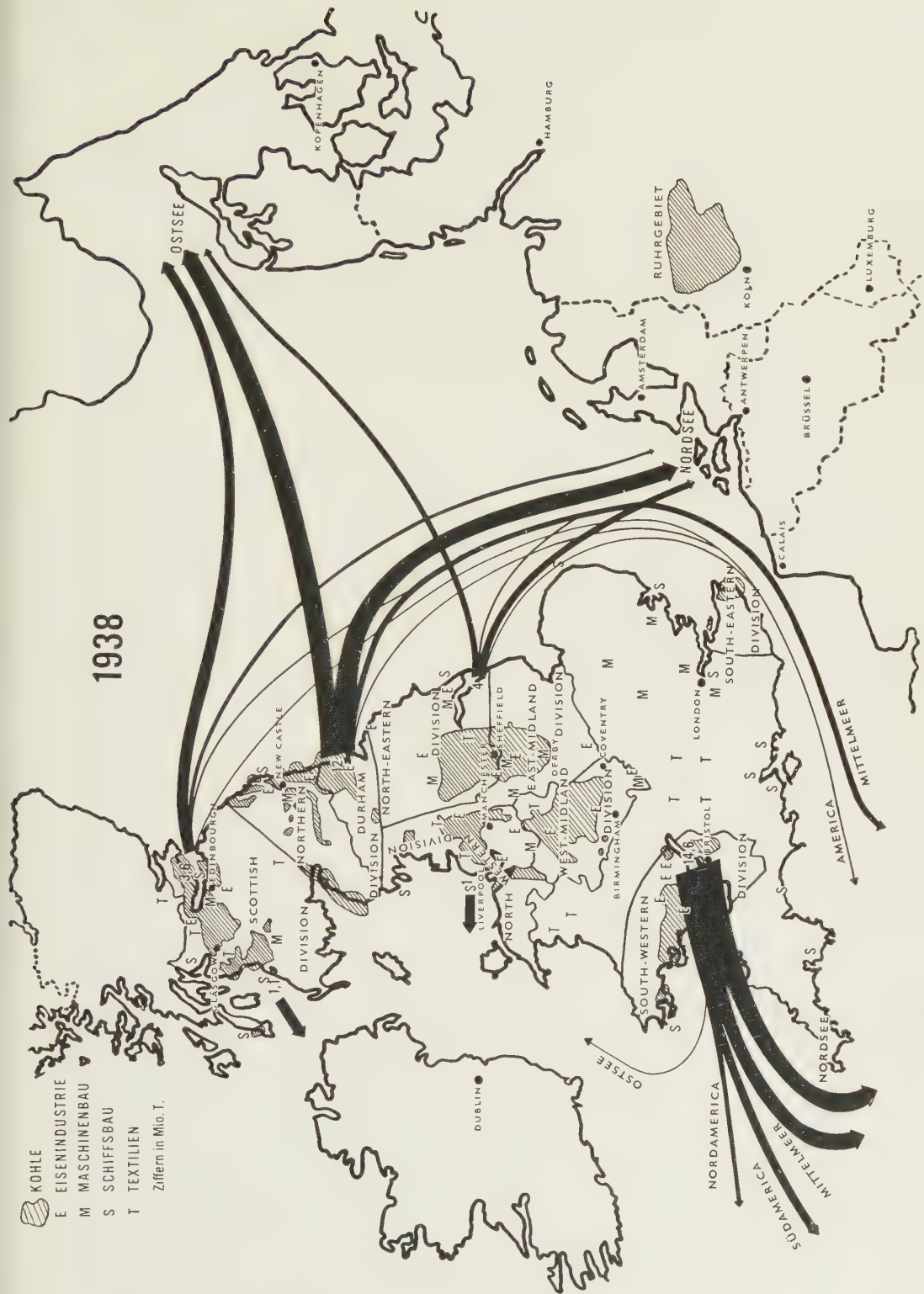
Ziffern in % T.





Ziffern in Mio. T.

1938



Literaturverzeichnis

Allgemeine Literatur

- ALLEN, G. C.: *British Industries and Their Organisation*, 3. Auflage, London 1951.
- ARNDT: Die allgemeinen rechtlichen und polizeilichen Verhältnisse des Bergbaus; Die Bergarbeiter; Bergwerksabgaben; in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, 2. Auflage, 2. Bd., Jena 1899, S. 547ff.; 557ff.; 584ff.
- *Theorie und Geschichte des Bergregals*, Halle 1879.
- ARNOT, PAGE, R.: *The Miners*, vol. I., 1889–1910; vol. II., 1910–1935; London 1949, 1953.
- ASHTON, T. S. and SIKES, J.: *The Coal Industry of The 18th Century*, Manchester 1929.
- BALDWIN, GEORGE, B.: *Beyond Nationalisation*, «The Labor Problems of British Coal», Cambridge 1955.
- BEACHAM, A.: *Efficiency and Organisation of the British Coal Industry*, in: *Economic Journal*, June–September, London 1945.
- *The Present Position of the Coal Industry in Great Britain*, in: *Economic Journal*, March, London 1950.
- BEER, MAX: *A History of British Socialism*. 2 vols.; London 1920.
- BIERMER, M.: *Arbeitseinstellungen in Großbritannien*, in: *Hdw. d. St.*, 2. Auflage, 1. Bd., Jena 1898, S. 800ff.
- BIRNIE, ARTHUR: *An Economic History of Europe, 1760–1939*, London 1948.
- BRADY, ROBERT: *Crisis in Britain: Plans and Achievements of the Labour Government*, Berkeley and Los Angeles 1950.
- BRENTANO, LUJO: *Die Gewerkvereine in England*, in: *Hdw. d. St.*, 2. Auflage, 4. Bd. Jena 1900, S. 623ff.
- BUREAU INTERNATIONAL DU TRAVAIL (BIT): *L'industrie charbonnière dans le monde*, vol. I., conditions économiques, vol. II., questions sociales, Genf 1938.
- CHESTER, D. N.: *The Nationalised Industries: An Analysis of the Statutory Provisions*, Revised second edition, London 1951.
- CLAPHAM, J. H.: *An Economic History of Modern Britain*, 3. vols, Cambridge 1927/38.
- CLEGG, H. A. and CHESTER, T. A.: *Future of Nationalisation*, Oxford 1953.
- COLE, G. H. D.: *Fabian Socialism*, London 1944.
- *Guild Socialism: A Plan For Economic Democracy*. New York 1920.
- *Labour in the Coal-Mining Industry, 1914–1921*. Oxford 1923.
- A COLLIERY MANAGER: *Coal – Facts about «an unknown Industry»*, London 1945.
- THE COLLIERY YEARBOOK AND COAL TRADES DIRECTORY (CYB), London 1949, 1950.
- COURT, W. H. B.: *Coal*. London 1951.
- CRONIN, A. J.: *The Stars Look Down*, London 1935.
- DAVIES, ERNEST: *National Enterprise*, London 1946.
- DICKIE, J. P.: *The Coal Problem, 1910–1936*, London 1936.
- DITZ, GERHARD W.: *British Coal Nationalized*, New Haven 1951.
- FOOT, ROBERT: *Plan For Coal: A Report to the Colliery Owners*, London, Mining Association of Great Britain, 1945.
- GIBSON, WALCOT: *Coal in Great Britain*, London 1920.
- GOTHEIN, EBERHARD: *Bergbau und Hüttenwesen*, in: *Grundriß der Sozialökonomik*, VI. Abteilung, 2. Auflage, Tübingen 1923, S. 294ff.
- HACKER, ANDREWS: *Why Nationalize? – British Labour's Unasked Question*, in: *Social Research*, Vol. 22, Nr. 1, New York 1955.

- HALL, J. E. D.: *Labour's First Year*, West Drayton, Middlesex 1947.
- HANCOCK, W. K. and M. M. Gowing: *British War Economy*, London 1950.
- HASBACH: *Arbeiterversicherung in Großbritannien*, in: *Hdw. d. St.*, 2. Auflage, 1. Bd., Jena 1898, S. 656.
- HAUSSMANN, FREDERICK: *Der Neuaufbau der deutschen Kohlenwirtschaft im internationalen Rahmen*, München und Berlin 1950.
- *Die öffentliche Hand in der Wirtschaft*, München und Berlin 1954.
- H. A. HAYNES, WILLIAM WARREN: *Nationalization in Practice: The British Coal Industry*, London 1953.
- HEINEMANN, MARGOT: *Britain's Coal: A Study of the Mining Crisis*, London 1944.
- HOGG, QUINTIN: *The Case for Conservatism*, London 1947.
- HUNOLD, A.: *Die Reorganisation des englischen Kohlenbergbaues*, Diss. Zürich 1934.
- JEVONS, STANLEY, H.: *The British Coal Trade*, London 1920.
- JEVONS, W. S.: *The Coal Question*, revised third edition, London 1906.
- JONES, J. H.: *Organized Marketing in The Coal Industry*, in: *Economic Journal*, March, London 1929.
- *The Present Position of the Coal Trade*, in: *Journal of the Royal Statistical Society*, Part. 1. London 1930.
- JONES, J. H., G. CARTWRIGHT and P. H. GUENAU: *The Coal Mining Industry, An International Study In Planning*, London 1939.
- JURASCHEK, v.: *Bergbaustatistik*, in: *Hdw. d. St.*, 2. Auflage, 2. Bd., Jena 1899, S. 561ff.
- KEYNES, J. M.: *The Economic Consequences of Mr. Churchill*, London 1925.
- THE LABOUR PARTY: *Let Us Face The Future*, London 1945.
- *Labour Believes in Britain*, London 1949.
- LAJUGIE, J.: *L'industrie et le marché britannique du charbon depuis 1939*, Paris 1950.
- LANCASTER, COL. C. G.: *About Coal*, London 1948.
- *The Organisation of the Coal Board*, London 1948.
- in association with Sir Charles Reid and Sir Eric Young: *Structure and Control of the Coal Industry*, London 1951.
- LANGE, E. G.: *Steinkohle*, Leipzig 1936.
- LLEWELLYN, RICHARD: *How Green Was My Valley*, London 1939.
- LEXIS, W.: *Steinkohlen*, in: *Hdw. d. St.*, 2. Auflage, 6. Bd., Jena 1901, S. 1076ff.
- LILIENTHAL, DAVID, TVA: *Democracy on March*, New York 1945.
- LUBIN, ISADOR: *Coal Industry*, in: *Encyclopaedia of the Social Sciences*, vol. 3, New York 1930, S. 588.
- LUBIN, ISADOR and HELEN EVERETT: *British Coal Dilemma. Institute of Economics, Investigations in Industry and Labor*, New York 1927.
- MÜLLER, A. O.: *Die Verstaatlichung des britischen Kohlenbergbaus, Ihre volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Auswirkungen*, Diss. St. Gallen 1955.
- MORRISON, HERBERT: *Socialisation and Transport*, London 1933.
- NEF, J. U.: *The Rise of the British Coal Industry*, 2 vols, London 1932.
- NEUMANN, A. M.: *Economic Organisation of the British Coal Industry*, London 1934.
- PARKER, JOHN: *Labour Marches On*, West Drayton, Middlesex 1947.
- POLITICAL AND ECONOMIC PLANNING (PEP): *Location of Industry*, London 1939.
- *The British Fuel and Power Industries*, London 1947.
- *Report on the British Coal Industry*, London 1936.
- PRICE, JOHN: *British Trade Unions*, London 1948.
- PRITCHETT, C. HERMANN: *The Tennessee Valley Authority: A Study of Public Administration*, Chapel Hill 1945.
- RAYNES, J. R.: *Coal and its Conflicts*, London 1928.
- REDMAYNE, R. A. S.: *The British Coal-Mining Industry During the War*, Oxford 1923.
- *Men, Mines, and Memories*, London 1942.
- *The Problem of the Coal Mines*, London 1945.
- REID, CHARLES: *The Problem of Coal*, in: *The London Times*, November 1948.

- RICHTER, OTTO: Arbeiterschutzgesetzgebung in Großbritannien, in: Hdw. d. St., 2. Auflage, 1. Bd., Jena 1898, S. 523ff.
- ROBSON, WILLIAM A.: editor, Public Enterprise: Developments in Social Ownership and Control in Great Britain, London 1937.
- Problems of Nationalised Industries, London 1950.
- ROWE, J. W. F.: Wages in the Coal Industry, London 1923.
- SALIN, EDGAR: Standortsverschiebungen der deutschen Wirtschaft, in: Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, herausgegeben von Bernhard Harms, 1. Band, Berlin 1929, S. 75ff.
- Vor einer neuen Etappe der industriellen Revolution, in: Kyklos Fasc. 1, 1955.
- SAXENA, S. K.: Nationalisation and Industrial Conflict, S'Gravenhage 1955.
- SCHLOESSER, H. H.: The Nationalisation of the Mines and Minerals Bill, London 1913.
- SCHMID, HENRI: Das Problem der Nationalisierung im englischen Kohlenbergbau, Diss. Basel 1924.
- SCHMID, H.: Das Bergrecht der Schweiz, in: Schweizerische Juristen-Zeitung, 17. Jg., Zürich 1920/21.
- SCHWEIZERISCHER BANKVEREIN: Energiewirtschaft an einem Wendepunkt, Bulletin Nr. 3, Basel 1954.
- SINGER, J.: Arbeitszeit in Großbritannien, in: Hdw. d. St., 2. Auflage, 1. Bd., Jena 1898, S. 1025ff.
- SOCIÉTÉ DES NATIONS: Le problème du charbon, 2. Bde, Genf 1929 et 1932.
- SOMERVELL, D. C.: Geistige Strömungen in England im 19. Jahrhundert, Bern 1946.
- SPIETHOFF, ARTHUR: Die wirtschaftlichen Wechsellagen, Bd. 1 und 2, Tübingen und Zürich 1955.
- STEINER, E.: Wirtschaft und Energieversorgung, hrsg. von der Basler Handelskammer, Basel 1954.
- STELLING, ILSE: Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus in Großbritannien, Kiel 1950.
- STREET, ARTHUR: Quasi-Governments Bodies since 1918, London 1951.
- THOMAS, D. A.: The Growth and Direction of our Foreign Trade in Coal during the Last Half Century, in: Journal of the Royal Statistical Society, September, London 1903.
- TORY REFORM COMMITTEE (Quintin Hogg, Col. Lancaster and Peter Thorneycroft, editors): Forward By The Right, A National Policy For Coal, London 1944.
- TOWNSHEND-ROSE, H.: The British Coal Industry, London 1951.
- TRUSCOTT, S. J.: Mine Economics, London 1937.
- UHDE, KURT: Produktions-Bedingungen des deutschen und englischen Steinkohlenbergbaus, Jena 1907.
- WATKINS, HAROLD M.: Coal and Men: An Economic and Social Study on the British and American Coalfields, London 1934.
- WEBB, SIDNEY and BEATRICE WEBB: The History of Trade Unionism, revised edition, extended to 1920; London 1920.
- WEBB, SIDNEY: The Story of the Durham Miners (1662–1921), London 1921.
- WEBER, ALFRED: Über den Standort der Industrien, I. Teil, Reine Theorie des Standorts, Tübingen 1909.
- Industrielle Standortlehre, Allgemeine und kapitalistische Theorie des Standortes, in: Grundriß der Sozialökonomik, IV. Abteilung, 2. Auflage, Tübingen 1923, S. 58–86.
- WIEL, PAUL: Untersuchungen zu den Kosten- und Marktproblemen der westeuropäischen Kohlenwirtschaft, Essen 1953, S. 23ff.
- WILBRANDT, ROBERT: Sozialismus, Jena 1919.
- WILSON, HAROLD: New Deal For Coal, London 1945.
- WORSWICK, G. D. N. and ADY, P. H.: The British Economy, 1945–1950, London 1952.
- ZWEIG, F.: Men in the Pits. London 1949.
- ZIMMERMANN, E. W.: World Resources and Industries, New York 1951.

Staatliche Publikationen

- ATOMIC ENERGY AUTHORITY: A Programme of Nuclear Power, London 1955.
- BOARD OF TRADE: Coal (Cmd. 6364), London 1942.
- CENTRAL STATISTICAL OFFICE: Annual Abstract of Statistics, No. 84, 1935–1946, London 1948.
- Annual Abstract of Statistics, No. 86, 1938–1948.
- COAL COMMISSION: Accounts, 1946. London 1948.
- COAL INDUSTRY COMMISSION (SANKEY COMMISSION): Reports and Minutes on the First Stage of Inquiry (Cmd. 359), London 1919.
- Reports and Minutes of Evidence on the Second Stage of the Inquiry (Cmd. 360), London 1919.
- GENERAL REGISTER OFFICE: Census 1951, London 1951.
- HOUSE OF COMMONS: Parliamentary Debates, Hansard, London.
- MINES DEPARTMENT: Coal Mines Reorganisation Commission, Report to the Secretary of Mines, London 1933.
- MINISTRY OF FUEL AND POWER: Coal Industry Nationalisation (Cmd. 6716), London 1945.
- Coal Mining: Report of the Technical Advisory Committee (Cmd. 6610), Reid Report, London 1945.
 - The Coalfields of the Midland Region: Regional Survey Report, London 1945.
 - Durham Coalfield: Regional Survey Report, London 1945.
 - Forest of Dean Coalfield: Regional Survey Report, London 1946.
 - Kent Coalfield: Regional Survey Report, London 1945.
 - North Eastern Coalfield: Regional Survey Report, London 1945.
 - North Midland Coalfield: Regional Survey Report, London 1945.
 - Northumberland and Cumberland Coalfields: Regional Survey Report. London 1945.
 - North Western Coalfields: Regional Survey Report, London 1945.
 - South Wales Coalfield (Including Pembrokeshire): Regional Survey Report, London 1946.
 - Statistical Digest from 1938 (Cmd. 6538), London 1944.
 - Statistical Digest, 1946 and 1947 (Cmd. 7548), London 1948.
 - Report of the Committee on National Policy for the Use of Fuel and Power Resources (Ridley Report), London 1952.
- NATIONAL COAL BOARD: Reports and Accounts 1946–53, London 1948–54.
- Report of the Advisory Committee on Reorganisation of the Coal Industry (Fleck-Report), London 1955.
- Plan for Coal, The National Coal Board's Proposals, London 1950.
 - Daily Press Summary, London 1952–55.
 - A Guide to Coal Statistics, (R. F. George), London 1949.
 - Diverse Broschüren (Visit to a coalmine, books about coal, Coal Mining, At the root of it all, Pit Pony, Take a look at a Coal Mine, Coal – its origin and occurrence, the Coal Miner, 50 Questions and Answers on British Coal, etc.).
- ROYAL COMMISSION ON THE COAL INDUSTRY (1925) (Samuel Commission): Report. 2 vols, London 1926.
- SCOTTISH HOME DEPARTMENT: Scottish Coalfields, The Report of the Scottish Coalfields Committee (Cmd. 6575), Edinburgh 1944.

Gesetze

- COAL MINES ACT, 1911, 1 and 2 Geo. 5. Ch. 50.
- COAL MINES ACT, 1930, 20 and 21 Geo. 5. Ch. 34.
- COAL ACT, 1938, 1 and 2 Geo. 6. Ch. 52.
- COAL INDUSTRY NATIONALISATION ACT, 1946, 9 and 10, Geo. 6. Ch. 59.

Periodica

BARCLAYS BANK REVIEW
THE ECONOMIST
LLOYD'S BANK REVIEW
THE MANCHESTER GUARDIAN
MIDLAND BANK REVIEW
THE (LONDON) TIMES
THE WESTMINSTER BANK REVIEW

CURRICULUM VITAE

Ich, Gustav Eric Grisard, wurde als Sohn des Chemikers und Direktors Dr. Gustav Grisard und seiner Ehefrau Erika geb. Senft, am 31. Dezember 1931 in Basel geboren. Ich bin Bürger von Basel und Villeret (Bern).

Nach vierjährigem Besuch der Primarschule in Riehen trat ich 1942 in das Mathematisch-Naturwissenschaftliche Gymnasium Basel ein, das ich bis zum Erwerb des Maturitätszeugnisses im Jahre 1950 besuchte.

Mit der Absicht, Nationalökonomie zu studieren, immatrikulierte ich mich vorerst an der Université de Neuchâtel, wo ich während zwei Semestern eingeschrieben war und im Frühling 1951 das erste Teilexamen der licence ès sciences commerciales et économiques absolvierte. Während meiner Neuenburger Studien besuchte ich die Vorlesungen folgender Dozenten: Prof. P. Berthoud, Prof. F. Clerc, Prof. M. Erard, Prof. J. Gabus, Prof. B. Gartmann, Prof. A. Grisel, Prof. Ch. Knapp, Prof. Lagotala, Prof. E. Lugin, Prof. J. Marchand, Prof. C. Du Pasquier, Prof. T. Perrin, Prof. Ed. Privat, Prof. P. R. Rosset, Prof. F. Scheurer.

Im Sommersemester 1951 immatrikulierte ich mich an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität meiner Vaterstadt, wo ich während sieben Semestern die Vorlesungen und Seminare der Herren Professoren Dr. Theodor Brogle, Dr. Louis V. Furlan, Dr. Max Imboden, Dr. Hans Lewald, Dr. Jürg Niehans, Dr. Fritz Neumark, Dr. Erwin Ruck, Dr. Edgar Salin, Dr. August Simonius, Dr. Max Stähelin, Dr. Valentin F. Wagner und Dr. Max Weber besuchte. Im Herbst 1952 unterbrach ich meine Basler Studien und begab mich für ein Jahr an die London School of Economics, wo ich meine Dissertation in Angriff nahm und die Vorlesungen oder Seminare folgender Dozenten besuchte: Prof. R. D. G. Allen, Prof. E. H. Phelps Brown, Prof. J. E. Meade, Prof. M. J. Oakeshott, Prof. F. W. Paish, Prof. L. Robbins, Mr. H. S. Booker, Mr. A. D. Knox, Mr. A. T. Peacock, Dr. W. J. L. Ryan, Mr. R. Turvey. Im Frühjahr 1955 erhielt ich ein Stipendium zum Besuch der 37th Session des «Salzburg Seminar in American Studies», wo ich mich vor allem an den Übungen von Prof. Frank Freidel (Harvard University) beteiligte.

Die vorliegende Dissertation entstand auf Anregung und unter Leitung meines verehrten Lehrers, Herrn Prof. Dr. E. Salin. Am 26. Januar 1956 legte ich die mündliche Prüfung des Doktorexamens ab. Zur Zeit arbeite ich unter den Auspizien der List-Gesellschaft e. V. an einer Studie für die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

